

INHALT

GRUNDLAGEN UND STRATEGIEN:

Tobias Pflüger

Empire Europa: Das militärische Fundament der Wirtschaftsmacht EU 2

Jürgen Wagner

Lissabon-Vertrag hin oder her – das militärische Kerneuropa soll kommen! 6

Tobias Pflüger

Transatlantisches Kriegsbandnis - Militaristische Zweckallianz: 12
Die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen NATO und EU

Christoph Marischka

Frontex: Im Netz des EU-Sicherheitssektors 16

Malte Lühmann

Aus dem All in alle Welt. Weltraumpolitik für die Militärmacht Europa 22

Tobias Pflüger

Verquastete Weltbilder und EU-Militarisierungskataloge 29

DIE EU IM EINSATZ:

Claudia Haydt

Kanonendoote und Piraten: Die EU am Horn von Afrika 32

Christoph Marischka

Piraten oder Flüchtlinge – 34
Wen jagt die internationale Gemeinschaft im Golf von Aden?

Jürgen Wagner

Gas-OPEC und Afrikanische Nabucco 35

Tobias Pflüger

Die ESVP-Mission in Georgien: „Vom Wasserträger zum Führungsspieler“ 43
oder der Krieg in Georgien als Geburtsstunde des neuen Imperiums EU?

Christoph Marischka

Tschad: Die EUFOR als Brandbeschleuniger 46

Jürgen Wagner

Risiken und Nebenwirkungen: Neoliberaler Kolonialismus und 52
NATO/EU-Aufstandsbekämpfung im Kosovo

NACHWORT

Tobias Pflüger

Militarismus und Antimilitarismus – immer zuerst gegen 57
die eigene Regierung!

Impressum:

Diese Broschüre wurde in Kooperation mit der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen erstellt.
www.imi-online.de



Drucktermin 15. April 2009,
Auflage 800
Druckerei: Campus Druck, Hechinger Str. 203, Tübingen

Texthinweise:

Tobias Pflüger, Empire Europa, in: Kritische Justiz 3/2008;
Tobias Pflüger, Transatlantisches Kriegsbandnis - Militaristische Zweckallianz, in: Junge Welt, 26.2.2009;
Christoph Marischka, Frontex: Im Netz des EU-Sicherheitssektors, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.), 2009, S. 39-51;
Claudia Haydt, Kanonendoote und Piraten, In Friedensforum 1/2009;
Tobias Pflüger, Militarismus und Antimilitarismus – immer zuerst gegen die eigene Regierung!, in: Antifaschistische Linke Berlin/dielinke.SDS (Hg.): Ich war, ich bin, ich werde sein - Luxemburg und Liebknecht für das 21. Jahrhundert, Berlin 2009, S. 45-54;
Alle anderen Texte im IMI-Magazin Ausdruck 2008/2009

Brüssel/Berlin
Europaparlament:
René Jokisch
Parlement Européen
Rue Wiertz, ASP 6F266
B-1047 Brüssel, Belgien
Tel.: 0032-2-284 55 55
Fax: 0032-2-284 95 55

Berlin
Verbindungsbüro
Dt. Bundestag:
Judith Demba
Unter den Linden 50
10117 Berlin
Tel.: 030/227 71 407
Fax: 030/227 76 819

Tübingen
Regionalbüro:
Hechinger Straße 203
72072 Tübingen
Tel.: 07071-7956981
Fax: 07071-7956982

e-Mail-Adresse für alle Büros: tobias.pflueger@europarl.europa.eu

VORWORT

„Was ist unsere künftige Aufgabe?“, so die Frage des EU-Außenbeauftragten Javier Solana, die von ihm zugleich folgendermaßen beantwortet wird: „Die EU zu einer globalen Macht zu machen.“ Noch deutlicher äußerte sich der britische EU-Abgeordnete Andrew Duff: „Die EU sollte nicht zögern, eine Supermacht zu werden.“ Um dieses Ziel zu erreichen, rüstet die Europäische Union seit mehreren Jahren auf breiter Front auf. Die Militarisierung der EU schreite „mit Lichtgeschwindigkeit“ voran, stellte Solana schon vor längerer Zeit befriedigt fest.

Und tatsächlich: Immer häufiger wird inzwischen Militär zur Durchsetzung europäischer Interessen entsandt. Mittlerweile fanden bereits 27 Einsätze im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) statt. Die vorliegende Broschüre will einen umfassenden – wenn auch beileibe nicht vollständigen – Überblick über den Stand und das Ausmaß der Militarisierung der Europäischen Union geben. Dies ist allein schon deshalb notwendig, weil die Europäische Union weit davon entfernt ist, sich auf ihren „Lorbeeren“ auszuruhen. Im Gegenteil, es wird beabsichtigt, den Militarisierungsprozess in den kommenden Jahren weiter zu intensivieren. Ende 2008 wurde der sog. „Capability Development Plan“ verabschiedet, mit dem die EU verbleibenden „Fähigkeitslücken“ schließen, sprich künftig effektiver Krieg führen will. Dazu gehören zahlreiche Rüstungsprojekte, die unter Führung der EU-Rüstungsagentur in Gang gesetzt wurden. Die Zielsetzung ist überaus ambitioniert: bis zu 19 zivile und militärische Operationen will man in Zukunft gleichzeitig durchführen können, wie auf dem Abschlussgipfel der französischen Ratspräsidentschaft am 11./12. Dezember 2008 beschlossen wurde.

So beängstigend diese Aussichten auch sind, sie dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass es an zahlreichen Stellen gelang, Sand in die EU-Militärmaschinerie zu streuen. Die erfolgreiche Kampagne gegen die EU-Verfassung und anschließend den Vertrag von Lissabon zeigt dabei eindrucksvoll, dass Widerstand gegen den EU-Militarisierungsprozess nicht nur nötig, sondern auch möglich ist. Die vorliegende Broschüre soll dazu beitragen, diesen Widerstand inhaltlich zu unterfüttern.

Tobias Flüger

Empire Europa

Das militärische Fundament der Wirtschaftsmacht EU

von Tobias Pflüger

Die Europäische Union ist derzeit dabei, sich grundlegend zu verändern. Beleg hierfür sind etwa die Aussagen von EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn, der die Union als ein „gutmütiges Imperium“¹ bezeichnet oder von Kommissionschef José Manuel Barroso, der in ihr ebenfalls „eine Art Imperium“ sieht.² Die Zeit falscher Bescheidenheit ist vorbei, offensiv formulieren die Verantwortlichen in der EU und den Mitgliedsstaaten inzwischen den Anspruch, in den Kreis der Großmächte aufsteigen zu wollen. Die im Jahr 2000 veröffentlichte Lissabon-Strategie mit ihrer Zielvorgabe, innerhalb von zehn Jahren zur Weltwirtschaftsmacht Nummer eins aufzusteigen, stellt in diesem Zusammenhang die wirtschaftliche Komponente der „Supermacht EU“ dar. Erreicht werden soll dieses ehrgeizige Ziel einerseits durch einen neoliberalen Umbau innerhalb der Mitgliedstaaten – in Deutschland etwa mit der Agenda 2010 und dem damit einhergehenden massivem Sozialabbau – sowie durch die Durchsetzung der eigenen Liberalisierungsagenda nach Außen.

Nicht von ungefähr wurde nahezu parallel mit einem umfassenden Programm zur Militarisierung der Europäischen Union begonnen, um dem ökonomischen Weltmachtanspruch ein militärisches Fundament zu verschaffen. Dieser Beitrag zeichnet die wichtigsten Stationen, Dokumente und Komponenten dieser Entwicklung nach und analysiert sie im Kontext einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), die immer offener auf die Durchsetzung eigener Machtansprüche abzielt. Im Kern geht es dabei inhaltlich um drei Dinge: Einfluss im Weltmaßstab – auch gegen die USA; Rohstoffkontrolle; und die militärische Absicherung der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung.

1. Stationen und Komponenten der Militarisierung Europas

Obwohl die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) bereits Anfang der 1990er mit dem Vertrag von Maastricht als eine der drei zentralen Säulen der Europäischen Union eingeführt wurde, führte sie lange Jahre eher ein Schattendasein. Erst das französisch-britische Treffen in St. Malo Ende 1998 ebnete grundsätzlich den Weg für eine Militarisierung der Europäischen Union. Schon im Juni des darauf folgenden Jahres beschlossen die Staats- und Regierungschefs, eine EU-Eingreiftruppe aufzustellen. Mit der Verabschiedung des „European Headline Goal“ durch Beschluss des Europäischen Rates nach Art. 13 Abs. 1 i.V.m. Art. 23 Abs. 1 EUV im Dezember 1999³ wurde der Umfang dieser Truppe auf 60.000 Soldaten festgelegt, von denen

Deutschland ca. ein Drittel stellt. Berücksichtigt man die für ein solches Kontingent notwendige Rotation, müssen je nach Schätzung 150.000 bis 180.000 Soldaten vorgehalten werden. Interessant ist der Aktionsradius, der inzwischen für einsatzbereit erklärten Truppe. Er wurde zunächst auf 4.000 Kilometer rund um Brüssel festgelegt, was in seiner weltumspannenden Reichweite bereits indiziert, dass es hier um die Etablierung einer global agierenden Interventionsarmee zur Durchsetzung europäischer Interessen geht.

Auf der Tagung des Europäischen Rates im Dezember 2000 in Nizza wurden auf der Grundlage der Art. 11 ff. EUV mit dem Beschluss zur Einsetzung eines Militärausschusses (EUMC), eines Militärstabes (EUMS) und eines ständigen Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees (PSK) auch die organisatorischen Rahmenbedingungen für offensiv ausgerichtete EU-Truppen geschaffen. Derart aufgestellt wurde das neue militärische Selbstverständnis rasch Praxis: Die ersten ESVP-Einsätze, „Concordia“ in Mazedonien und „Artemis“ im Kongo, fanden bereits im Jahr 2003 statt. Letzterer ist aus zwei Gründen interessant: Einmal liegt das Einsatzgebiet deutlich weiter als 4.000 Kilometer von Brüssel entfernt, womit auch diese räumlich ohnehin schon sehr weit gefasste Einschränkung endgültig ad acta gelegt wurde. Zudem agierte die EU im Kongo erstmalig ohne Rückgriff auf NATO-Strukturen und damit unabhängig von den USA, indem Frankreich die operative Führung übernahm. Im Dezember 2004 übernahm die Europäische Union die NATO-Mission in Bosnien-Herzegowina. Dieser „Althea“ genannte Einsatz umfasst 7.000 Soldaten, bereits diese Zahl manifestiert, die zunehmende Bedeutung der EU-Streitkräfte. Seither kommen immer häufiger weitere Einsätze hinzu, mittlerweile fanden über 20 Missionen im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik statt.⁴

Im Juni 2004 wurde darüber hinaus eine neue militärische Zielvorgabe, das „Headline Goal 2010“, vom Europäischen Rat beschlossen, die u.a. den Aufbau von EU-Kampftruppen (sog. Battlegroups) vorsieht. Diese 1.500 Soldaten umfassenden, hochflexiblen Kampfeinheiten sollen innerhalb von 5 bis 30 Tagen vor Ort stationiert werden können. Seit Januar 2007 stehen die ersten der insgesamt 22 bislang geplanten Kampfeinheiten zur Verfügung, die im Übrigen auch explizit ohne UN-Mandat eingesetzt werden können.⁵

Ebenfalls seit 2007 verfügt die EU auch über eine so genannte Zivil-militärische Zelle zur Planung und Durchführung von Einsätzen im Umfang von bis zu 2.000 Soldaten

(zuvor war man entweder auf nationale Kapazitäten oder auf die NATO und damit auf die USA angewiesen). Sie bildet den Nukleus für ein voll funktionsfähiges Hauptquartier, mit dem sich die Europäische Union künftig weiter von den USA emanzipieren, also unabhängiger machen will.

2. Globalmacht Europa

Einen „Meilenstein“ (so Fraser Cameron, ehemaliger Berater der Europäischen Kommission und derzeit Direktor des EU-Russia Centre in Brüssel) für die Fortentwicklung der europäischen Militärkomponente stellte die im Dezember 2003 verabschiedete Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) dar. Mit ihr erhebt die Europäische Union unmissverständlich den Anspruch, im Konzert der Supermächte eine führende Rolle zu spielen: „Als Zusammenschluss von 25 Staaten mit über 450 Millionen Einwohnern, die ein Viertel des Bruttonettoprodukts (BSP) weltweit erwirtschaften, ist die Europäische Union [...] zwangsläufig ein globaler Akteur. [...] Europa muss daher bereit sein, Verantwortung für die globale Sicherheit und für eine bessere Welt mit zu tragen.“⁶

Gleichzeitig identifiziert die EU-Sicherheitsstrategie eine Reihe von Bedrohungen, gegen die frühzeitig militärisch vorgegangen werden müsse: „Die erste Verteidigungslinie wird oftmals im Ausland liegen. [...] Wir müssen eine Strategiekultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen fördert.“⁷ Damit übernimmt die ESS indirekt die US-amerikanische Präventivkriegsstrategie, wobei sie als eine wesentliche Bedrohung u.a. die zunehmende Abhängigkeit von Rohstoffimporten benennt.

Schon dieser kurze Überblick zeigt, wie weit die Militarisierung Europas bereits fortgeschritten ist. Mit dem Lissabonner Vertrag soll sie jedoch entscheidend weiter vorangetrieben werden.

3. Militarisierung per Vertrag

Ursprünglich, d.h. vor der Ablehnung im irischen Referendum, sollte der „Lissabonner Vertrag“ bis spätestens Sommer 2009 als neue Rechtsgrundlage der Union in Kraft treten.⁸ Obwohl bereits sein Vorgänger, der EU-Verfassungsvertrag, bei Referenden in Frankreich und den Niederlanden im Jahr 2005 abgelehnt wurde, gelang es den EU-Regierungen, alle wesentlichen Punkte in den Vertrag von Lissabon hinüberzuretten, wie eine Presseerklärung der Bundesregierung unumwunden einräumt: „Der Begriff ‚Verfassung für Europa‘ war nach der Ablehnung bei den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden nicht mehr haltbar. Das erklärte Ziel der deutschen Ratspräsidentschaft war es aber, die Substanz der Verfassung zu erhalten. Dies konnte erreicht werden.“⁹ Diese Substanz besteht neben dem schon in den Gründungsverträgen festgeschriebenen neoliberalen Wirtschaftsmodell insbesondere in den neuen Regelungen im Militärbereich. So wird mit dem Lissabonner Vertrag das mögliche Aufgabenspektrum für EU-Kampfeinsätze substanziell erweitert. In Artikel 43 (1) werden hierfür u.a. „die Unterstützung für Drittländer

bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet“, „Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung“, „Operationen zur Stabilisierung der Lage“, also Besatzungsmissionen wie in Afghanistan und sogar „gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen“ benannt, eine Formulierung, die verdächtig an die US-amerikanische Begründung für den Angriffskrieg gegen den Irak erinnert. Extrem weit reichend ist auch die so genannte „Solidaritätsklausel“ in Artikel 222 (1a), mit dem der Lissabonner Vertrag festschreibt, dass die EU „„alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel, einschließlich der ihr von den Mitgliedstaaten bereitgestellten militärischen Mittel““ mobilisiert, um „„terroristische Bedrohungen im Hoheitsgebiet von Mitgliedstaaten abzuwenden.““ Mit diesem Artikel wird die Europäische Union nicht nur zu einem Militärbündnis, er eröffnet zudem auch noch die Option zum Einsatz von EU-Militär im Inneren. Dies ist überaus problematisch, da die EU-Justizminister bereits im Dezember 2001 eine Rahmenerklärung verabschiedeten, in der es heißt, Terrorismus beinhalte auch Aktivitäten, die in der Absicht erfolgen, „öffentliche Körperschaften oder eine internationale Organisation unangemessenem Zwang auszusetzen, damit sie bestimmte Handlungen unternehmen oder unterlassen.“¹⁰ Interessant in diesem Kontext, dass die viel gerühmte Grundrechtecharta offensichtlich die gezielte Tötung zur Aufstandsbekämpfung legitimiert: „Eine Tötung wird nicht als Verletzung dieses Artikels [Art. 2. Abs. 1: Recht auf Leben, T.P.] betrachtet, wenn sie durch eine Gewaltanwendung verursacht wird, die unbedingt erforderlich ist, um [...] einen Aufruhr oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen.“¹¹

Des Weiteren wird der Lissabonner Vertrag einen regelrechten Rüstungsschub ermöglichen. Denn mit Artikel 41 wird erstmals die Möglichkeit zur Aufstellung eines EU-Rüstungshaushalts, euphemistisch „„Anschubfonds““ genannt, eröffnet, was bislang durch den noch gültigen Vertrag von Nizza untersagt ist. Darüber hinaus schreibt Artikel 42 (3) den Mitgliedsstaaten in bislang einzigartiger Weise vor, militärisch aufzurüsten: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“ Um die Einhaltung dieser Verpflichtung zu kontrollieren, wurde bereits im Juni 2004 die „Europäische Verteidigungsagentur“ ins Leben gerufen. Dass dieses Organ in einem frühen Entwurf der EU-Verfassung noch explizit als „Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten“ bezeichnet wurde, macht ihre eigentliche Zielsetzung ebenso deutlich, wie frühe Versuche, in die Aufrüstungsverpflichtung eine bindende Zielgröße von 2% des Bruttoinlandsprodukts für Rüstungsausgaben aufzunehmen. Dies hätte für Deutschland eine Steigerung um etwa 30% zur Folge gehabt.

Besonders besorgniserregend ist, dass hinsichtlich der Entsendung von EU-Kampftruppen die Gewaltenteilung auf EU-Ebene faktisch außer Kraft gesetzt ist. So spricht Artikel 275 dem Europäischen Gerichtshof keinerlei Kontrollbefugnisse bzgl. der EU-Militärpolitik zu. Auch das Europäische Parlament ist nicht zuständig, es wird gemäß

Artikel 36 lediglich regelmäßig darüber „„unterrichtet““, was die Exekutive in diesem Bereich unternimmt. Das Parlament darf zwar „Anfragen oder Empfehlungen an den Rat und den Hohen Vertreter richten, zu entscheiden hat es aber nichts. Ohnehin stellt sich die Frage, wie die kurze Einsatzzeit der Battle Groups (5 bis 30 Tage) mit dem deutschen Parlamentsvorbehalt¹² zu vereinbaren ist. Die damalige britische Ratspräsidentschaft antwortete dem Autor auf diese Frage im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlaments, die deutschen Kollegen hätten angemerkt, dass eine Zustimmung des Bundestages unter Umständen auch im Nachhinein möglich sei. In dieses Bild passt, dass der parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium Christian Schmidt (CSU) Vorratsbeschlüsse für EU Battle Groups und NATO Response Force fordert.¹³ Genau dies hat die im Mai 2008 veröffentlichte „Sicherheitsstrategie für Deutschland“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nun auch offiziell vorgeschlagen.¹⁴ Diese drastische Einschränkung demokratischer Kontrollmöglichkeiten bei einer solch entscheidenden Frage ist nicht hinnehmbar, da sie zur Folge hat, dass die Exekutive das EU-Militär nahezu beliebig einsetzen kann. Nachdem bereits das Europäische Parlament über keinerlei Mitentscheidungsrechte hinsichtlich der Frage von EU-Militäreinsätzen verfügt, soll mit der „Sicherheitsstrategie für Deutschland“ nun auch die Hoheit des Deutschen Bundestages ausgehebelt und somit die formale Gewaltenteilung in der entscheidenden Frage von Krieg und Frieden de facto aufgehoben werden.

4. Kerneuropakonzept konkret

Neben der forcierten Militarisierung soll der Lissaboner Vertrag vor allem eine massive Machtverschiebung zugunsten der mächtigen, bevölkerungsreichen EU-Länder bewerkstelligen. Hierfür sind zwei Elemente entscheidend. Einmal ermöglicht Artikel 46 die Einführung einer „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“, mit der einzelne Mitgliedsstaaten ganz im Sinne des Kerneuropa-Prinzips Exklusivgruppen im militärischen Bereich bilden können. Da sich dabei das Einstimmigkeitsprinzip „allein auf die Stimmen der Vertreter der an der Zusammenarbeit teilnehmenden Mitgliedstaaten“ bezieht, wird hierdurch die bislang geltende Konsenspflicht im Militärbereich ausgehebelt. Zudem regelt Protokoll 10, dass nur die Mitgliedsländer an der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ teilnehmen dürfen, die sich an den wichtigsten EU-Rüstungsprojekten beteiligen und Battle Groups bereitstellen.

Schließlich wird mit dem Vertrag von Lissabon die Stimmverteilung im wichtigsten EU-Gremium, dem Rat der Staats- und Regierungschefs, massiv zugunsten der Großmächte verschoben. Von der neuen Regelung profitieren vor allem die bevölkerungsreichsten Staaten, allen voran Deutschland, das hierdurch seinen Stimmanteil von 8,4% auf 16,73% nahezu verdoppelt. Aber auch Frankreich, Großbritannien und Italien zählen zu den Gewinnern. Die Tragweite dieser Machtverschiebung nach in Kraft treten

des Lissabonner Vertrags ist kaum zu überschätzen: „Die Union [wird] danach eine andere werden. Die Mitgliedstaaten verlieren weiter an Souveränität, die großen Länder werden auf Kosten der kleinen gestärkt und die Zentralisierung ihrer Entscheidungsstrukturen wird die EU noch undemokratischer machen. Sie droht ihren Charakter als Aushandlungsgemeinschaft zu verlieren und eine feste Hegemonialordnung von Metropole und Peripherie zu werden.“¹⁵ Dies bedeutet nichts anderes als das alt-bekanntes Kerneuropakonzept, nur diesmal konkret umgesetzt.

5. Militärische Rohstoffsicherung

Aufgrund der schwindenden Weltölvorkommen bei gleichzeitig rapide wachsender Nachfrage, rückt die militärische Energiesicherung nicht nur in den USA, sondern auch innerhalb der Europäischen Union immer stärker in den Mittelpunkt der Strategieplanung. Im European Defence Paper, dem Entwurf für ein EU-Militär-Weißbuch, werden Rohstoffkriege bereits unverblümt ins Auge gefasst: „Künftige regionale Kriege könnten europäische Interessen tangieren [...], indem Sicherheit und Wohlstand direkt bedroht werden. Z.B. durch die Unterbrechung der Ölversorgung und/ oder einer massiven Erhöhung der Energiekosten, [oder] der Störung der Handels- und Warenströme.“ Konkret wird daraufhin folgendes Szenario beschrieben: „In einem Land x, das an den indischen Ozean grenzt, haben anti-westliche Kräfte die Macht erlangt und benutzen Öl als Waffe, vertreiben Westler und greifen westliche Interessen an.“ Ziel sei es in diesem Fall, „das besetzte Gebiet zu befreien und die Kontrolle über einige der Ölinstallation, Pipelines und Häfen des Landes x zu erhalten.“¹⁶

6. Die Militärische Absicherung der Globalisierung

Obwohl die kapitalistische Globalisierung und die sie begleitenden Politiken zu einer dramatischen Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung geführt hat, versucht die Europäische Union seit einigen Jahren immer aggressiver, ihre Liberalisierungsagenda im europäischen Großraum und, das stellt die außenpolitische Entsprechung der Lissabon-Strategie dar, auch darüber hinaus durchzusetzen. In diesem Zusammenhang ist es mehr als zynisch, wenn der Lissabonner Vertrag in Artikel 21 (2) angibt, die Europäische Union bekenne sich zu dem „vorrangigen Ziel, die Armut zu beseitigen“, nur um im nächsten Satz als zentrale Maßnahme hierfür folgendes zu benennen: „„die Integration aller Länder in die Weltwirtschaft zu fördern, unter anderem auch durch den schrittweisen Abbau internationaler Handelshemmnisse.“

Hierbei kommt dem Militär die Aufgabe zu, die dem neoliberalen Weltwirtschaftsmodell inhärenten Hierarchie- und Ausbeutungsverhältnisse abzusichern und weltweit durchzusetzen. Selbst die Weltbank räumt inzwischen ein, dass Armut, nicht etwa religiöse, ethnische oder sonstige Faktoren wie zumeist suggeriert wird, der bei weitem einflussreichste Faktor für die gewaltsame Eskalation von Konflikten in der Dritten Welt darstellt.¹⁷ Während also die Globalisierung einerseits den westlichen Großkonzernen

neue Profitmöglichkeiten eröffnete, müssen auf der anderen Seite die permanent produzierten Konflikte „befriedet“ werden, um die Stabilität der globalen Ordnung zu garantieren.

Darüber hinaus gilt es, die erzielten „Fortschritte“ in diesem Bereich irreversibel zu gestalten, wie ein Beitrag in der Zeitschrift „griphan global security“, die gegenwärtig versucht, sich als Zentralorgan an der Schnittstelle zwischen Sicherheitspolitik und Wirtschaft zu etablieren, verdeutlicht: „Zur Zeit ist eines der größten Risiken, dass die gegenwärtig Ausgeschlossenen irgendwann Gehör finden und ihren Einfluss dann auf nationaler Ebene wieder geltend machen. Daraus entsteht sowohl für globale Unternehmen als auch für Investoren eine Herausforderung: Wie schützt man globale Unternehmensstrukturen in einer Zeit, wo sich das ‚Länderrisiko‘ im weitesten Sinne verschärft? Unternehmen müssen [sich] gegen politische und soziale Unruhen in den Nationalstaaten sichern.“¹⁸

7. Die Imperiale Ordnung des Robert Cooper

Sollte diese wirtschaftliche Expansionsstrategie jedoch auf Widerstände stoßen, entweder in Form von sozialen Unruhen, Armutskonflikten, die sich in gewaltsame Konflikte niederschlagen oder renitenten Regierungen, die sich dem EU-Liberalisierungsprojekt widersetzen, ist die Union zunehmend bereit, ihr Militär zur Aufrechterhaltung der imperialen Ordnung einzusetzen. Dies legen etwa die Aussagen Robert Coopers, seines Zeichens Büroleiter Javier Solanas und Hauptautor der Europäischen Sicherheitsstrategie, nahe: „Der postmoderne Imperialismus hat zwei Komponenten. Die erste ist der freiwillige Imperialismus der globalen Ökonomie. Er wird normalerweise von einem internationalen Konsortium durch internationale Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank ausgeübt [...] Die zweite Dimension des postmodernen Imperialismus könnte der Imperialismus des Nachbarn genannt werden. Instabilität in der Nachbarschaft stellt eine Gefahr dar, die kein Staat ignorieren kann. Politische Misswirtschaft, ethnische Gewalt und Kriminalität auf dem Balkan stellen eine Gefahr für Europa dar. Die Antwort hierauf war, eine Art freiwilliges UN-Protectorat im Kosovo und in Bosnien zu schaffen.“¹⁹ Damit redet der EU-Spitzenpolitiker einer de facto Re-Kolonisierung der Peripherie das Wort, die keineswegs freiwillig erfolgt.

Darüber hinaus geht es Cooper nicht nur darum, die imperiale Ordnung im europäischen Großraum abzusichern, sondern sie auch gegenüber dem Rest der Welt durchzusetzen: „Die Herausforderung der postmodernen Welt ist es, mit der Idee doppelter Standards klarzukommen. Unter uns gehen wir auf der Basis von Gesetzen und offener kooperativer Sicherheit um. Aber wenn es um traditionellere Staaten außerhalb des postmodernen Kontinents Europa geht, müssen wir auf die rauerer Methoden einer vergangenen Ära zurückgreifen – Gewalt, präventive Angriffe, Irreführung, was auch immer nötig ist, um mit denen klarzukommen, die immer noch im 19. Jahrhundert leben, in dem

jeder Staat für sich selber stand. Unter uns halten wir uns an das Gesetz, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir ebenfalls das Gesetz des Dschungels anwenden.“²⁰

Vor diesem Hintergrund häufen sich nassforschende Plädoyers wie etwa vom Chefkolumnisten der Welt am Sonntag, die Europäische Union müsse das „Imperium der Zukunft“ werden und künftig z.B. als „imperiale Stabilisierungsmacht“ in Afrika agieren.²¹ Auf eine perfide Weise ist dies nur konsequent. Denn solange keine Bereitschaft zur Veränderung der herrschenden Hierarchie- und Ausbeutungsverhältnisse besteht, wird wenig anderes übrig bleiben, als diese imperiale Ordnung militärisch gegen die „Verdammten dieser Erde“²² abzusichern.

Anmerkungen

- 1 Alan Posener, Globale Politik - Warum Europa das Zeug zur Weltmacht hat, Die Welt vom 15.9.2007, 7.
- 2 „Dimensionen eines Imperiums“ (Interview mit José Manuel Barroso), Die Welt vom 17.10.2007, 3.
- 3 Europäischer Rat Helsinki 10./11.12.1999 Schlussfolgerung des Vorsitzes Anlage IV.
- 4 Allein im Jahr 2008 wurden bis Mai drei Einsätze (im Tschad, in Guinea-Bissau und im Kosovo) begonnen.
- 5 Otfried Nassauer, Europas schnelle Eingreifverbände, Berlin-Information Center for Transnational Security-Stichwort, November 2004.
- 6 Europäische Sicherheitsstrategie, Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Brüssel 12.12.2003.
- 7 Ebd., 6 ff.
- 8 Rat der Europäischen Union, Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Brüssel, den 15.4.2008. Die im Folgenden angegebenen Artikelnummern beziehen sich auf diese Fassung des Vertrages.
- 9 Staats- und Regierungschefs verabschieden Reform der Europäischen Union, e-public, das Europa-Magazin, Nr. 50/2007.
- 10 Jean-Claude Paye, Ausnahmezustand in Permanenz, Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2006, 1089-1096, 1093.
- 11 Erläuterungen zur Charta der Grundrechte, 2007/C 303/02, 1 f., wo auf Art. 2 Abs. 2 lit. C EMRK Bezug genommen wird, der normiert: „Eine Tötung wird nicht als Verletzung dieses Artikels betrachtet, wenn sie durch eine Gewaltanwendung verursacht wird, die unbedingt erforderlich ist, um [...] einen Aufruhr oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen“.
- 12 BVerfGE 90, 286 (381 ff.); Gesetz über die parlamentarische Beteiligung bei der Entscheidung über den Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Ausland (Parlamentsbeteiligungsgesetz), BGBl. 2005 I, 775 ff.
- 13 Handelsblatt vom 7.1.2007: CSU-Staatssekretär will „Doppelbeschluss“ für Auslandseinsätze.
- 14 Eine Sicherheitsstrategie für Deutschland, Beschluss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 6.5.2008.
- 15 Andreas Wehr, Vom Verfassungs- zum Reformvertrag, Marxistische Blätter 5/2007.
- 16 André Dumoulin, u.a.: European Defence – A Proposal for a White Paper, Report of an independent Task Force, Paris, Mai 2004, 81 ff.
- 17 World Bank, Breaking the Conflict Trap: Civil War and Development Policy, Oxford 2003.
- 18 David Bowers, Nationale Bedrohungen für globale Bestrebungen, in: griphan global security, Herbst 2007, 8-14, 10.
- 19 Robert Cooper, The Post-Modern State, in: Mark Leonard (ed.), Re-Ordering the World, London 2002, 11-20, 18.
- 20 Ebd., 16.
- 21 Posener, Alan: Globale Politik - Warum Europa das Zeug zur Weltmacht hat, Die Welt, 16.9.2007.
- 22 Frantz Fanon, Die Verdammten dieser Erde, Frankfurt am Main 2009 (1961).

Lissabon-Vertrag hin oder her - das militärische Kerneuropa soll kommen!

Der European Council on Foreign Relations fordert ein Militärdirektorium -
auch ohne neuen EU-Vertrag

von Jürgen Wagner

Einleitung

Das NEIN der irischen Bevölkerung zum Vertrag von Lissabon beim Referendum am 12. Juni hat den EU-Militaristen einen schweren Schlag versetzt. Ziel des Vertrages war es schließlich explizit zur Stärkung der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (ESVP) beizutragen und damit die Militarisierung der Europäischen Union massiv voranzutreiben - nun fehlt zahlreichen der geplanten Militarisierungsinitiativen schlicht die Rechtsgrundlage. Weder kann nach gegenwärtigem Stand erstmals ein EU-Rüstungshaushalt aufgestellt werden noch ist es (vorläufig) möglich, EU-Militär innerhalb der Union einzusetzen, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Ein besonderes Ärgernis stellt für die EU-Eliten die Tatsache dar, dass ohne den Vertrag von Lissabon die - in ihrer Tragweite häufig unterschätzte - „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ wieder in der Versenkung zu verschwinden droht. Denn mit diesem Mechanismus würde erstmals die Bildung eines Kerneuropas im Militärbereich möglich - die kleinen und mittleren EU-Länder könnten dadurch von wesentlichen außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden. Deshalb setzt man derzeit alles daran, den Vertrag doch noch verabschiedet zu bekommen, indem die Iren massiv unter Druck gesetzt werden.¹ Da aber ein endgültiges Scheitern des Vertrages durchaus im Bereich des Möglichen liegt, werden gegenwärtig auch fieberhaft Alternativen ausgearbeitet.

In diesem Zusammenhang sicherte sich der neu gegründete European Council on Foreign Relations (ECFR) die Dienste eines echten Hochkaräters. Er verpflichtete als leitenden Wissenschaftler für Politikberatung den Briten Nick Witney, bis 2007 noch Chef der Europäischen Verteidigungsagentur. Dieser legte Ende Juli 2008 einen 52seitigen Forderungskatalog zur „Revitalisierung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ vor, der aus zwei Gründen von großer Relevanz ist: Einerseits, weil damit der European Council on Foreign Relations

seinem erklärten Anspruch gerecht zu werden droht, sich zur zentralen Schaltstelle für die Forcierung der EU-Militarisierung aufzuschwingen. Auf der anderen Seite handelt es sich bei der Studie um die bis dato detailliertesten Überlegungen, wie ein Kernbereich des Lisabonner Vertrages, die besagte „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“, im Falle seines endgültigen Scheiterns dennoch implementiert werden könnte. Witneys Vorschläge sind von höchster Brisanz, will der Brite doch mit einem dreistufigen Selektionsprozess die militärpolitische Spreu vom Weizen trennen und damit letztlich den Weg zur Bildung eines Militärdirektoriums bestehend aus den mächtigsten EU-Staaten ebnen. Vor diesem Hintergrund ist es wenig verwunderlich, dass diese Initiative in den großen Mitgliedsländern wohlwollend aufgegriffen wurde.

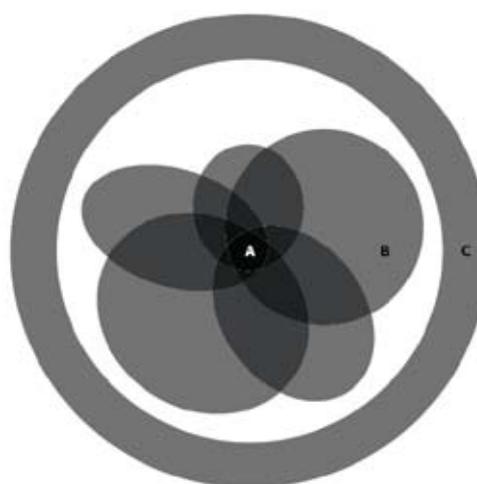
Da alle kleinen und mittleren EU-Länder sich damit künftig mit dem Platz am militärpolitischen Katzentisch zufrieden geben müssten, ist die entscheidende Schwachstelle des Witney-Konzepts die Tatsache, dass die hierdurch massiv benachteiligten Länder nach gegebener Rechtslage zuvor ihrer eigenen Marginalisierung auch noch zustimmen müssten. Deshalb ist es notwendig, seine Vorschläge als das zu entlarven, was sie sind: der Versuch einen Kernbereich der EU-Politik in den Händen einiger weniger Staaten zu konzentrieren.

Bevor in dieser Studie nun die Ursprünge des Kerneuropa-Konzepts, dessen Verankerung im Vertrag von Lissabon und die neuen Versuche, das EU-Militärdirektorium durch die Hintertür umzusetzen, näher beschrieben werden, soll zunächst noch auf den European Council on Foreign Relations eingegangen werden, der Witneys Vorschläge publizierte.

ECFR: Europas Militärelite formiert sich

In den letzten Jahren hat sich eine wachsende Anzahl von Think Tanks um die immer aggressiver werdende EU-Militärpolitik „verdient“ gemacht.² Allerdings wird dennoch häufig darüber geklagt, es fehle an einem hinreichend profilierten Sam-

A Model for Pioneer Groups in European Defence



- A** The core grouping of Member States: those who contribute most to most
- B** Different sub-groups cooperating on e.g. defence research, or shared capabilities
- C** Member States not yet satisfying the initial entry criteria

melbecken, das Elitendiskussionen zusammenführt und die dort vereinbarten Forderungskataloge anschließend effektiv in die Debatte einspeist. Und in der Tat, ein wirkliches Flaggschiff - ähnlich dem US-amerikanischen Council on Foreign Relations mit seinem publizistischen Aushängeschild "Foreign Affairs" - fehlt bislang.

Genau diese Lücke soll der im Oktober 2007 gegründete privat finanzierte European Council on Foreign Relations (ECFR) schließen. Zahlreiche Beobachter bescheinigen dem ECFR, er habe durchaus das Potenzial, innerhalb kürzester Zeit zum relevantesten EU-Think Tank aufzusteigen. So bescheinigt der Finne Martti Ahtisaari, ECFR-Gründungsmitglied und als UN-Sondergesandter für das Kosovo maßgeblich an der endgültigen Zerschlagung Jugoslawiens beteiligt, dem Think Tank eine glänzende Zukunft: „Der European Council on Foreign Relations ist von zentraler Bedeutung dafür, Kanäle für eine offene Debatte in Europa zu schaffen. Der ECFR setzt sich für die Notwendigkeit ein, dass Europa ein wichtiger, einheitlicher, couragierter, innovativer und kohärenter Akteur wird. Ich erachte den ECFR als entscheidend für die Förderung dieser Vision in einer sich globalisierenden Welt.“³ Ganz ähnlich äußerte sich der deutsche Ex-Außenminister Joschka Fischer: „Das internationale System benötigt im 21. Jahrhundert eine starke und vereinte Europäische Union und das ECFR wird hierfür einen wichtigen Beitrag leisten.“⁴ Betrachtet man die Liste der 50 Gründungsmitglieder, scheinen solche Einschätzungen alles andere als abwegig, umfasst sie doch das Who-is-Who der außenpolitischen EU-Elite (siehe Kasten).

Interessant ist dabei auch - und das könnte die tatsächliche Relevanz des ECFR ausmachen -, dass die Liste der Gründungsmitglieder Vertreter aus den zwei rivalisierenden Lagern vereint. Sie vereint sowohl Transatlantiker, die für eine enge Kooperation mit den USA plädieren als auch Eurochauvinisten, die explizit den US-Vormachtstatus in Frage stellen. Dem ECFR kommt in diesem Kontext die Funktion zu, gegensätzliche Vorstellungen zusammenzuführen, Gegensätze einzuebnen und so zu verhindern, dass die Formierung eines aggressiven EU-Militärblocks von taktisch-strategischen Differenzen innerhalb der Eliten behindert wird. Denn der Aufbau eines EU-Militärapparats zur aggressiven Durchsetzung eigener Interessen stellt ungeachtet aller Differenzen das einigende Band dar. Kurz: die Aufgabe des ECFR ist es laut Eigenbeschreibung, dafür zu sorgen, dass die Europäische Union „mit einer Stimme spricht“, um die „Weltordnung zu gestalten.“⁵

Die ECFR-Selbstdarstellung, der alle 50 Gründungsmitglieder zugestimmt haben, ist nichts anderes als ein Manifest für eine offensiv ausgerichtete EU-Außen- und Militärpolitik: „Wir rufen die europäischen Regierungen dazu auf, eine kohärentere und entschlossener Außenpolitik zu entwickeln, die sich nach unseren gemeinsamen Werten richtet, unseren gemeinsamen europäischen Interessen verpflichtet ist und von europäischer Macht gestützt wird. [...] Die EU-Außenpolitik sollte von Europas kompletter öko-

nomischer, politischer, kultureller und - als letztem Mittel - militärischer Macht unterstützt werden.“⁶

In der Selbstdarstellung findet sich sogar der vom ECFR-Geschäftsführer Mark Leonard geprägte Begriff von Europa als „transformativer Macht“. Dies ist eine Anspielung auf die Absicht, ein imperiales Großeuropa zu schaffen, in dem EUropa seine Machtposition für die Durchsetzung neoliberaler Reformen und eine periphere Anbindung der Nachbarschaftsländer an das EU-Zentrum nutzt. Laut Leonard, der diesen imperialen Großraum als „Eurosphere“ bezeichnet, sollen insgesamt 80 Staaten in dieses Projekt einbezogen werden.⁷ Dies deckt sich exakt mit den Präferenzen des ECFR-Hauptfinanziers, des Multimilliardärs George Soros bzw. seines Open Society Institutes, das bereits bei den pro-westlichen Umstürzen auf dem Balkan und bei den „bunten“ Revolutionen in Osteuropa eine tragende Rolle gespielt hat.⁸

Vor dem Hintergrund dieser Agenda ist es nicht weiter verwunderlich, dass sämtliche ECFR-Mitglieder für die Fortsetzung - ja Intensivierung - der EU-Militarisierungsagenda plädieren. Aus diesem Grund will man sich von dem drohenden Scheitern des Vertrags von Lissabon auf keinen Fall die Suppe versalzen lassen. Deshalb veröffentlichte der ECFR kurz nach der irischen Ablehnung eine Presseerklärung, in der er unmissverständlich untermauerte, dass trotz allem Kurs gehalten werden müsse: „Die EU kann es sich nicht leisten, zum Symbol für Schwäche und Niedergang zu werden.“⁹

Gesagt, getan. Angesichts einer vom Scheitern des Vertrages möglicherweise ausgelösten „Paralyse“ der EU-Militarisierung geht das ECFR nun in die Offensive und versucht die Pläne für ein militärisches Kerneuropa, das schon seit Langem weit oben auf der Wunschliste der EU-Großmächte steht, zu retten.

Die Anfänge des Kerneuropa-Prinzips

Hintergrund für die Idee eines Kerneuopas war die Sorge der mächtigsten EU-Staaten, angesichts der kontinuierlichen Erweiterung der Europäischen Union um immer mehr kleine und mittelgroße Länder, sukzessive an Macht einzubüßen.¹⁰ Charles Grant vom Centre for European Reform, fasste diese Überlegung folgendermaßen zusammen: „Nun, da die EU größer wird, müssen sich die kleinen Staaten damit abfinden, dass es schwieriger werden wird, die großen Mitglieder davon zu überzeugen, dass sie innerhalb des EU-Rahmens agieren sollen, anstatt in kleinen, informellen Gruppen.“¹¹ Mit anderen Worten, „die Regierungen der großen Staaten [...] sind der Auffassung, dass ihnen eine größere Rolle bei der Steuerung der Union zukommen sollte.“¹²

Es waren vor allem deutsche Politiker und Intellektuelle, die sich besonders dabei hervortaten, die Schaffung eines Kerneuopas voranzutreiben. Konzeptionelle Vordenker waren in diesem Zusammenhang die CDU-Politiker Wolfgang Schäuble und Karl Lamers. Sie plädierten bereits im Jahr 1994 in einem gemeinsamen Papier für die „Heraus-

Gruselkabinett: Die ECFR-Gründungsmitglieder

Der European Council on Foreign Relations wurde im Oktober 2007 gegründet und unterhält seither Büros in sieben europäischen Großstädten – Berlin, London, Madrid, Paris, Rom, Sofia und Warschau. Die Liste der 50 Gründungsmitglieder umfasst das Who-is-Who der außenpolitischen EU-Eliten, darunter zahlreiche Hardliner. Hier eine Auswahl davon:

Mark Leonard (Großbritannien): Geschäftsführer des European Council on Foreign Relations. Ehemals Berater Tony Blairs und vormals Chef des Foreign Policy Centre. Propagandist eines von ihm als „Europasphäre“ bezeichneten imperialen EU-Großraums.

Robert Cooper (Großbritannien): Generaldirektor für Außenwirtschaftsbeziehungen und politisch-militärische Fragen im Generalsekretariat des Rates der EU. Wichtigster Berater des EU-Außenbeauftragten Javier Solana und führender Kopf einer von ihm selbst als „liberaler Imperialismus“ bezeichneten europäischen Außenpolitik. Hauptautor der Europäischen Sicherheitsstrategie.

Lionel Jospin (Frankreich): Ehemaliger Premierminister Frankreichs.

Karl-Theodor zu Guttenberg (Deutschland): Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages.

Ruprecht Polenz (Deutschland): Vorsitzen-

der des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages.

Joschka Fischer (Deutschland): Wolf im Schafspelz. Ehemaliger grüner Außenminister und treibende Kraft hinter der deutschen Beteiligung am Angriffskrieg gegen Jugoslawien.

Mary Kaldor (Großbritannien): Neben Herfried Münkler wichtigste Vertreterin der „Theorie“ der Neuen Kriege, das den EU-Interventionismus pseudoakademisch unterfüttert bzw. legitimiert.

Martti Ahtisaari (Finnland): Ehemaliger UN-Sondergesandter für das Kosovo. Verantwortlich für den Ahtisaari-Plan zur völkerrechtswidrigen Abspaltung des Kosovos von Jugoslawien. Präsident der Crisis Management Initiative.

Wolfgang Ischinger (Deutschland): Führender deutsche Balkan-„Diplomat“. Neuer Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, dem alljährlichen Treffen der westlichen Kriegselite.

George Soros (Ungarn): Selbsternannter Philanthrop. Hauptfinanzier des ECFR. Sein Open Society Institute war maßgeblich in die pro-westlichen Umstürze in Südost- und Osteuropa involviert.

George Robertson (Großbritannien): Ehemaliger NATO-Generalsekretär.

Chris Patten (Großbritannien): Ehemaliger



EU-Außenkommissar.

Giuliano Amato (Italien): Italienischer Innenminister.

Dominique Strauss-Kahn (Frankreich): Ehemaliger französischer Finanzminister. Heute Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds.

Pascal Lamy (Frankreich): Ehemaliger EU-Handelskommissar.

Caio Koch-Weser (Deutschland): Früher Vizepräsident und Managing Director der Weltbank, heute Vizepräsident der Deutschen Bank Gruppe und Mitglied im Kuratorium von Bertelsmann.

Renato Ruggiero (Italien): Ehemaliger italienischer Außenminister und früherer Generalsekretär der WTO.

Timothy Garton Ash (United Kingdom): Professor für Europäische Studien an der Universität von Oxford. Wichtiger Europaideologe.

bildung eines Kerneuropas.“¹³ Einen weiteren wichtigen Impuls in diese Richtung gab Joschka Fischer in seiner Rede an der Humboldt-Universität sechs Jahre später, als er vorschlug, dass „eine kleinere Gruppe von Mitgliedstaaten als Avantgarde diesen Weg vorausgehen, d.h. ein Gravitationszentrum aus einigen Staaten bilden.“¹⁴ Aber auch in Frankreich hat sich diese Idee mittlerweile durchgesetzt, so sprach Ministerpräsident Jacques Chirac schon im Jahr 2000 von „Pioniergruppen“¹⁵ und auch sein Nachfolger Nicolas Sarkozy vertritt die Idee, einzelne Staaten müssten zum „Motor des neuen Europa“ werden.¹⁶

An Begriffen für die hiermit einhergehende Hierarchisierung Europas mangelt es nicht, es herrscht diesbezüglich eine geradezu babylonische Sprachvielfalt: „differenzierte Integration“; „flexible Integration“; „asymmetrische Integration“; „engere Kooperation“; „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“; „variable Geometrie“; „à la carte Europa“. Am treffendsten ist wohl aber das Bild vom „Europa der konzentrischen Kreise“, denn im Kern laufen all diese Bezeichnungen auf dasselbe Ergebnis hinaus. Mit dem Argument, man wolle lediglich die „Entscheidungsfähigkeit“ der Union sicherstellen, soll den kleinen und mittelgroßen Mitgliedern dauerhaft der Platz am politischen Katzentisch der Union zugewiesen werden.¹⁷

Erste Umsetzungen im Wirtschaftsbereich

Einen ersten Teilerfolg erlangte das Kerneuropa-Konzept mit dem im Jahr 1997 unterzeichneten Vertrag von Amsterdam, der die so genannte „enge Zusammenarbeit“ ein-

führte. Sie ermöglicht es in Fragen, über die keine Einigung erzielt werden konnte, „voranzuschreiten“, indem sich einzelne Mitgliedsstaaten zu einer umsetzungswilligen Gruppe formieren, in der das Konsensprinzip nicht gilt. Allerdings wurde damals noch der komplette Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ausgeklammert und es mussten mindestens 50% der Mitgliedsstaaten Interesse an einer solchen Zusammenarbeit bekunden.¹⁸

Mit dem Vertrag von Nizza, den die Staats- und Regierungschefs im Jahr 2000 unterzeichneten, wurde das Limit auf acht Staaten herabgesetzt, womit die Bildung einer solchen nun „verstärkte Zusammenarbeit“ genannten Avantgarde-Gruppe erheblich vereinfacht wurde. Denn im Europa der 27 müssen sich somit weniger als 30% der Mitglieder (statt wie im Amsterdamer-Vertrag noch die Hälfte) für eine solche Zusammenarbeit bereit erklären. Darüber hinaus wurde das Instrument zudem noch für den Bereich der GASP geöffnet, militärrelevante Fragen – also der Bereich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – blieben allerdings weiterhin explizit ausgenommen. Hiermit hatten sich die großen Mitglieder dennoch ein mächtiges Instrument verschafft, um bei Bedarf den Widerstand renitenter Staaten aushebeln zu können. „Eine Reihe von Studien haben die abschreckende Natur der verstärkten Zusammenarbeit herausgearbeitet. Die Drohung, sie zu benutzen, diente als Verhandlungsmittel, um die widerspenstigsten Mitgliedsstaaten zum Einlenken zu bewegen.“¹⁹

Kerneuropa im Vertrag von Lissabon

Bereits im Jahr 2003 forderten Jürgen Habermas und andere europäische Intellektuelle in ihrer einflussreichen Initiative zur „Wiedergeburt Europas“, die „verstärkte Zusammenarbeit“ auf militärrelevante Bereiche auszuweiten: „Wenn Europa nicht auseinanderfallen soll, müssen diese Länder jetzt von dem in Nizza beschlossenen Mechanismus der ‚verstärkten Zusammenarbeit‘ Gebrauch machen, um in einem ‚Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten‘ mit einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik den Anfang zu machen. [...] Das avantgardistische Kerneuropa darf sich nicht zu einem Kleineuropa verfestigen; es muß - wie so oft - die Lokomotive sein.“²⁰

Nahezu parallel flossen diese Überlegungen sowohl in den EU-Verfassungsvertrag als auch in seinen Nachfolger, den Vertrag von Lissabon (auch: EU-Reformvertrag) ein.²¹ Die im Vertrag von Lissabon schließlich anvisierte „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (SSZ) würde erstmals die Bildung von Kerngruppen im Militärbereich erlauben. Darüber hinaus würde hierfür nicht einmal mehr eine Konsensentscheidung benötigt, der Rat kann mit qualifizierter Mehrheit eine SSZ beschließen. So schreibt der wissenschaftliche Dienst des Bundestages: „Nach dem [Vertrag von Lissabon] ist für die Einrichtung einer SSZ einschließlich der Liste der daran teilnehmenden Mitgliedstaaten ein Beschluss des Rates mit qualifizierter Mehrheit erforderlich. Innerhalb der SSZ gilt [...] das Prinzip der Einstimmigkeit - allerdings sind nur die sich an der SSZ beteiligenden Mitgliedstaaten stimmberechtigt.“²²

Dies ist umso problematischer, da für die SSZ keine Mindestteilnehmerzahl gilt, ja sogar Teilnehmer im Nachhinein wieder hinausgeworfen werden können - wiederum ohne dass sämtliche Beteiligten dem zustimmen müssten: „Sofern ein Mitgliedstaat nicht länger die Kriterien oder Verpflichtungen erfüllt, können die an der SSZ beteiligten Mitgliedstaaten diesen mit qualifizierter Mehrheitsentscheidung ausschließen [...]. Über die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten entscheiden ebenfalls lediglich die an der SSZ beteiligten Mitgliedstaaten mit qualifizierter Mehrheit.“²³ Berücksichtigt man zudem die Tatsache, dass mit dem Vertrag von Lissabon die Stimmgewichtung im Rat, die ja entscheidend für das Erreichen einer qualifizierten Mehrheit ist, ebenfalls stark zugunsten der Großmächte verschoben würde, gäbe es kaum Möglichkeiten, eine Ständige Strukturierte Zusammenarbeit zu verhindern, falls sich einige der großen EU-Staaten diesbezüglich einig sein sollten. Dies ist für die kleinen und mittleren EU-Länder extrem Besorgnis erregend: zwar wird allenthalben betont, jedes Unionsmitglied dürfe sich beteiligen, niemand beabsichtige, irgendjemanden damit auszuschließen. Gleichzeitig wurde die Messlatte für die Beteiligung an einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit in Form diverser Eintrittskriterien so hoch angelegt wird, dass ein Großteil der kleineren EU-Länder daran scheitern wird, wie aus dem - verbindlichen²⁴ - Protokoll Nr. 10 des Reformvertrags ersichtlich wird:

„An der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit nach Artikel 28a Absatz 6 des Vertrags über die Europäische Union kann jeder Mitgliedstaat teilnehmen, der sich ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon verpflichtet,

a) seine Verteidigungsfähigkeiten durch Ausbau seiner nationalen Beiträge und gegebenenfalls durch Beteiligung an multinationalen Streitkräften, an den wichtigsten europäischen Ausrüstungsprogrammen und an der Tätigkeit der Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung (Europäische Verteidigungsagentur) intensiver zu entwickeln und

b) spätestens 2010 über die Fähigkeit zu verfügen, entweder als nationales Kontingent oder als Teil von multinationalen Truppenverbänden bewaffnete Einheiten bereitzustellen.“ (Protokoll Nr. 10, Artikel 1)

Im Klartext sollen laut Vertrag von Lissabon nur die Staaten, die sich an den zentralen Rüstungsprojekten beteiligen und Battlegroups bereitstellen, künftig überhaupt die Chance eingeräumt bekommen, in zentralen sicherheitspolitischen Fragen mitreden zu dürfen. Diese Pläne bleiben schon jetzt nicht ohne Wirkung: Interne EU-Studien belegen, dass die Sorge, ggf. den Zugang zu diversen militärischen Exklusivgruppen verweigert zu bekommen, viele kleinere Länder zur Aufstellung von - kostspieligen - Battlegroups veranlasst hat.²⁵

Das Ziel: Ein „Direktorium“ für die EU-Außenpolitik

Die SSZ soll einerseits die Mitgliedsländer dazu veranlassen, mehr Geld in den Rüstungssektor zu pumpen, andererseits aber gleichzeitig auch exklusiv wirken.²⁶ Dies zeigen bspws. die Vorschläge von Pierre Lellouche, dem außenpolitischen Sprecher der Sarkozy-Partei UMP. Er sprach sich dafür aus, dass die sechs größten Mitgliedsstaaten eine Ständige Strukturierte Zusammenarbeit bilden („Verteidigungs-G6“), wobei er aber als Teilnahmebedingung u.a. Rüstungsausgaben von 2% des BIP und die Aufstellung von Battlegroups im Umfang von 10.000, statt wie bisher von 1.500 Soldaten benennt.²⁷

Sarkozy selbst schlug noch im März 2008 vor, die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit dafür zu nutzen, ein „Direktorium“ für den Bereich der Militärpolitik bestehend aus Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Italien, Spanien und Polen zu bilden.²⁸ Nahezu identische Überlegungen stellte auch die einflussreiche Bertelsmann-Stiftung mit ihrer Forderung nach einem EU-Sicherheitsrat an: „Mit der Bildung einer Sicherheits- und Verteidigungsgruppe unter der Kontrolle des Europäischen Rates sollte ein neuer strategischer Sicherheitsrahmen errichtet werden, um sicherzustellen, dass Führungsfunktionen innerhalb und nicht außerhalb des institutionellen Rahmens der EU wahrgenommen werden. [...] Eine Möglichkeit wäre, dass sich solch eine Führungsgruppe aus Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, den Niederlanden, Polen und Spanien zusammensetzt.“²⁹

ECFR-Plädoyer für ein EU-Militärdirektorium - auch ohne Vertrag von Lissabon

Nick Witney fasst das Ziel des Lissabonner Vertrages folgendermaßen zusammen: „Es scheint, als ob der Vertrag mit der Idee entworfen wurde, eine Art Verteidigungszone mit einem harten Kern von sechs bis acht Staaten zu schaffen, die in Verteidigungsfragen schneller und weiter als die anderen voranschreiten.“³⁰ Nun, nachdem der Vertrag zu scheitern droht, macht sich Witney auf, das militärische Kerneuropa auf anderem Wege einzuführen.

Denn gleich zu Beginn seiner Studie lässt der Brite keine Zweifel daran aufkommen, dass die machtpolitischen Vorteile der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit zu verlockend sind, als dass man sich vom Scheitern des Vertrages in dieser Frage beirren lassen dürfte: „Ein besonderes Element des Lisabonner Vertrages, die Bestimmungen über die ‚Ständige Strukturierte Zusammenarbeit‘ im Verteidigungsbereich, wäre besonders hilfreich. Im Kern geht es dabei darum, einen ‚Pioniergruppenansatz‘ zu implementieren. [...] Sollte sich die Verabschiedung des Vertrages stark verzögern - oder noch schlimmeres passieren -, dann sollte das Model dennoch geschaffen werden, sodass soviel als möglich davon in die ESVP-Arbeit, wie sie gegenwärtig funktioniert, integriert werden kann. Die ESVP benötigt dringend Pioniergruppen und die Grundlage dafür, um dieses Konzept zu implementieren, existiert bereits mit der Europäischen Verteidigungsagentur.“³¹

Selbstredend betont Witney auch, dass Staaten, die seine Kriterien nicht erfüllen können oder wollen, keinerlei Einfluss auf die Ausgestaltung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit erhalten sollen: „Außen stehende dürfen keinen Platz am Tisch beanspruchen, damit sie nicht das ganze Unterfangen auf die Geschwindigkeit des Langsamsten herunterbremsen.“³² Nachdem er dies klargestellt hat, schlägt Witney einen dreistufigen Aussiebungsprozess vor, mit dem das militärische Kerneuropa Gestalt annehmen und die Spreu vom Weizen getrennt werden soll:

1. Vorsortierung durch Basiskriterien: Rüsten und Krieg führen

Eine erste Hürde stellt der ehemalige Chef der Verteidigungsagentur auf, indem er einige Minimalanforderungen benennt, ohne deren Erfüllung eine Teilnahme von vorneherein ausgeschlossen ist. Konkret wird die Richtgröße von Rüstungsausgaben in Höhe von mindestens 1% des BIP benannt. Um diese Hürde zu nehmen, soll es ebenfalls notwendig sein, mindestens ein Prozent der Gesamtheit der EU-Soldaten zu stellen.³³

2. Die Spreu vom Weizen trennen: Spezialisierte Pioniergruppen

Nachdem durch die Basiskriterien „vorsortiert“ wurde, soll in einem zweiten Schritt weiter ausgesiebt werden: „Spezielle Pioniergruppen sollten für die wichtigsten Bereiche für die Ankurbelung der Europäischen Verteidigungskapazitäten gegründet werden - militärische Kapazitätenent-

wicklung, Forschung und Entwicklung, Rüstung, etc. Jede dieser Gruppen würde ihre eigenen Qualifikationskriterien entwickeln.“³⁴ Auch wenn die konkreten Anforderungen hier völlig im Dunkeln bleiben, so dürfte die Messlatte für die Beteiligung an den spezialisierten Pioniergruppen deutlich höher liegen als die zuvor definierten Basiskriterien.

3. Who pays plays: Im Kern nur die Mächtigen

Der letzte Schritt dient schließlich offenbar dem Zweck, das sich hierdurch herauskristallisierende Kerneuropa möglichst klein zu halten: „Aus den spezialisierten Gruppen könnte eine Kerngruppe gebildet werden, die sich aus den Staaten zusammensetzt, die am meisten zu den meisten Aktivitätsbereichen beitragen.“³⁵ Zwar macht Witney auch hier keine genauen Angaben, wie der finale Selektionsprozess im Detail ablaufen soll. Da aber der „Einfluss proportional zu den Beiträgen jedes Landes“ sein soll³⁶, werden hiermit per Definition lediglich die reichsten und größten EU-Mitgliedsländer in die Lage versetzt, das anvisierte „Militärdirektorat“ zu bilden.

Schon die Basiskriterien schließen eine ganze Reihe von Ländern von vorneherein aus - nach gegenwärtigem Stand Österreich, Irland, Luxemburg, Malta, Bulgarien, Zypern und Griechenland. Welche Länder im zweiten Schritt auf der Strecke bleiben und wer schlussendlich das militärische Kerneuropa bilden wird, lässt sich gegenwärtig noch nicht sicher sagen. Einen Blick in die Kristallkugel, wie sich Witney das Ganze schlussendlich vorstellt, versteckt er in seiner Studie aber dennoch in einer Fußnote. Dort befürwortet er die Überlegungen Lellouches für ein Sechserdirektorat, gibt aber zu bedenken, dass Schweden noch dazugehören sollte.³⁷

Es verwundert nicht weiter, dass von Medien und Politik der großen Mitgliedsstaaten Witneys Vorschläge wohlwollend aufgenommen wurden. Exemplarisch erklärte Ex-Außenminister Joschka Fischer kurz nach Veröffentlichung der Studie: „Wir müssen die Realität eines Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten bei der Verteidigung anerkennen.“³⁸ Ob allerdings die Begeisterung für Witneys Pläne in den Hauptstädten der kleinen und mittleren EU-Länder ähnlich groß ist, darf bezweifelt werden.

Irland, Österreich, etc. - die Marginalisierung ablehnen!

Einen besonderen Leckerbissen hält Witney für alle Länder bereit, die an der einen oder anderen seiner Hürden ausgesondert werden. Denn der EU-Strategie schlägt vor, das „costs lie where they fall“-Prinzip abzuschaffen.³⁹ Es besagt, dass die Länder, die sich an bestimmten Maßnahmen beteiligen, auch die jeweiligen Kosten übernehmen müssen. Stattdessen will Witney, dass solche Kosten künftig auf alle Länder - auch auf die, die nicht mitmachen wollen, dürfen oder können - verteilt werden. Dadurch könnte die paradoxe Situation entstehen, dass Länder zwar in bestimmten ESVP-Bereichen keinerlei Mitspracherechte eingeräumt bekommen, aber dennoch für die entstehenden Kosten mit aufkommen sollen.

Einen Schönheitsfehler hat Witneys Konzept jedoch. Ohne neuen EU-Vertrag kann es nur umgesetzt werden, wenn ihm zuvor *sämtliche* Mitgliedsstaaten zustimmen (mit verabschiedeten Vertrag von Lissabon wäre nur eine qualifizierte Mehrheit erforderlich). Die kleinen und mittleren EU-Länder müssten also in ihre Marginalisierung formal einwilligen. Da beispielsweise Irland seinen Rüstungshaushalt nahezu verdoppeln müsste, um allein die Basiskriterien zu erfüllen (Österreich müsste immerhin noch 20% draufsatteln), ist es schwer vorstellbar, dass Witneys Vorschläge dort auf allzu große Gegenliebe stoßen werden.

Aus diesem Grund richtet Witney auch vorsorglich unverhohlene Drohungen an die Adresse möglicher Querulanten: „Die Implementierung dieser Schritte würde die Unterstützung oder Billigung sämtlicher Mitgliedsstaaten erfordern, einschließlich derjenigen, die zu wenig beitragen - aber unter den gegenwärtigen Umständen wäre es außerordentlich unerhört, eine solche Entwicklung mit einem Veto zu blockieren.“⁴⁰ Dennoch steht zu hoffen, dass sich die kleinen und mittleren EU-Länder von solchen Drohungen nicht einschüchtern lassen und dem militärischen Kerneuropa eine Absage erteilen.

Anmerkungen

1 Vgl. Pflüger, Tobias: Die Agenda der Französischen EU-Ratspräsidentschaft: Lissabon-Vertrag durchpeitschen, Militarismus ausbauen, neoliberale Offensive starten, in: AUSDRUCK – Das IMI-Magazin (August 2008).

2 Wichtige EU-Think Tanks sind u.a. das Centre for European Reform, die Security & Defence Agenda (SDA) und vor allem das von der Bertelsmann-Stiftung finanzierte Centrum für angewandte Politikforschung.

3 ECFR: Council, URL: <http://ecfr.bluestatedigital.com/content/entry/12> (eingesehen 12.08.2008).

4 Ebd.

5 ECFR: Statement of Principles, Absatz 1, URL: <http://www.ecfr.eu/page/s/principlesen> (eingesehen 12.08.2008).

6 Ebd. Absatz 3.

7 Ebd. Absatz 5.

8 Vgl. Engdahl, William: Color Revolutions, Geopolitics and the Baku Pipeline, Globalresearch.ca, 25.06.2005.

9 The EU cannot afford to become a symbol of weakness or decline, ECFR-Statement, 25.06.2008, URL: http://www.ecfr.eu/content/entry/commentary_ecfr_statement_on_future_of_the_eu/ (eingesehen 25.08.2008).

10 So etwa die nüchterne Einschätzung der ECFR-Chefin für Deutschland: Vgl. Guérot, Ulrike: State building and the EU's supra-national momentum, European Council on Foreign Relations, 02.02.2008.

11 Grant, Charles: Europe's blurred boundaries. Rethinking enlargement and neighbourhood policy, Centre for European Reform, October 2006, S. 17.

12 Miles, Lee: Moving Towards a „Hubs and Spokes Europe“? in: Journal of Common Market Studies, Vol. 41 (2003), S. 1-11, S. 5.

13 Schäuble, Wolfgang/Lamers, Karl: Überlegungen zur europäischen Politik, 01.09.1994, URL: <http://www.wolfgang-schaeuble.de/positionspapiere/schaeublelamers94.pdf> (eingesehen 17.03.2008), S. 10. Es ließe sich natürlich auch argumentieren, dass die Anfänge der Kerneuropa-Diskussion bis in die 1970er zurückreichen. Vgl. Tekin, Funda/Wessels, Wolfgang: Flexibility within the Lisbon Treaty: Trademark or Empty Promise? in: EIPASCOPE 2008/1, S. 13-18. Allerdings waren die Ausführungen von Schäuble und Lamers der entscheidende Anstoß für die neuere Debatte.

14 Fischer, Joschka: Vom Staatenbund zur Föderation - Gedanken über die Finalität der Europäischen Integration, Vortrag an der Humboldt-Universität, 12.03.2000.

15 A multi-speed Europe, Tomorrow Europe Nr. 21, Februar 2004, URL: <http://www.ciginfo.net/demain/files/tomorrow21en.pdf> (eingesehen 18.03.2008), S. 4.

16 Veit, Winfried: Avantgarde und Europäische Nachbarschaftspolitik, Friedrich-Ebert Stiftung, Internationale Politikanalyse Europäische Politik, Oktober 2006.

17 Vgl. Wagner: Brüssel das neue Rom? Studien zur Militarisierung Europas 36/2008. Beispiele hierfür sind der Schengen-Raum oder die Eurozone, an denen sich jeweils nicht alle Mitgliedsstaaten beteiligen.

18 Ellison, David L.: Divide and Conquer: The EU Enlargement's Successful Conclusion? Institute for World Economics, Working Papers No. 161, July 2005, S. 33.

19 A multi-speed Europe 2004, S. 1.

20 Habermas, Jürgen/Derrida, Jacques, „Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.05.2003.

21 Die letztliche Entscheidung, die Option zur Bildung militärischer Kerngruppen in den EU-Verfassungsvertrag auszunehmen, wurde bezeichnenderweise auf einem deutsch-französisch-britischen Treffen erzielt. Vgl. Zehetner, Thomas: Flexibility for CFSP/ESDP: Squaring the Circles of Unity and Diversity, UACES 2006, S. 17.

22 Schneider, Jörg: Die Neufassung der Art. 28a und 28e EUV durch den Vertrag von Lissabon und ihre Auswirkung auf den deutschen Verteidigungshaushalt, Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages, WD 11 - 333/07, S. 4. Im konsolidierten (also um den Reformvertrag ergänzten) EU-Vertrag heißt es im Wortlaut in Artikel 46, Absatz 6: „Für die Zwecke dieses Absatzes bezieht sich die Einstimmigkeit allein auf die Stimmen der Vertreter der an der Zusammenarbeit teilnehmenden Mitgliedstaaten.“

23 Ebd., S. 4.

24 Über die Verbindlichkeit des Protokolls lässt der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages keine Zweifel aufkommen: „Die verbindliche Formulierung sowohl des Protokolls als auch der entsprechenden Artikel

zeigten, dass es sich hierbei nicht bloß um politische Willenserklärungen handele.“ Vgl. ebd., S. 5.

25 Workshop Summary: The Impact of the Lisbon Treaty on ESDP, 11.02.2008, EXPO/B/SEDE/2008/18, S. 10.

26 Dies war von Anfang an Sinn und Zweck der Übung: „Kerneuropa hatte und hat eine doppelte Funktion: nicht allein ein Momentum für den Integrationsprozess zu erzeugen, sondern auch mit dem Ausschluss zu drohen.“ Vgl. Zehetner 2006, S. 8.

27 Dagand, Sophie: The impact of the Lisbon Treaty on CFSP and ESDP, in: European Security Review, Nr. 37, März 2008, S. 5-9, S. 8.

28 Howorth, Jolyon: The Future of European Security, EXPO/B/SEDE/2008/16, March 2008.

29 The Venusberg Group: Beyond 2010 - European Grand Strategy in a Global Age, Gütersloh, July 2007, S. 41. An anderer Stelle wurden ähnliche Vorschläge unter der bezeichnenden Überschrift eines „Europäischen Commonwealth“ formuliert. Vgl. Palmer, John: Toward a European Commonwealth, International Herald Tribune, 23.06.2006.

30 Hale, Julian: France May Push New Ideas for EU Defense: Military HQ, Structured Cooperation Examined, ECFR, 28.04.08, URL: http://www.ecfr.eu/content/entry/witney_in_defense_news_on_esdp/ (eingesehen 12.08.2008).

31 Witney, Nick: Re-energising Europe's Security and Defence Policy, ECRF Policy Paper, July 2008, S. 2; 25.

32 Ebd., S. 3.

33 Ebd., S. 4.

34 Ebd.

35 Ebd.

36 Ebd., S. 3.

37 Ebd., S. 15, FN2.

38 Joschka Fischer fordert europäische Verteidigungs-Avantgarde, afp, 29.07.2008.

39 Witney 2008, S. 8.

40 Ebd., S. 5.

Transatlantisches Kriegsbandnis - Militaristische Zweckallianz

Die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen NATO und EU

von Tobias Pflüger

Der als erster „außenpolitischer Aufschlag“ der neuen US-Regierung angekündigte Auftritt von Vizepräsident Joseph Biden bei der Münchner „Sicherheitskonferenz“ Anfang Februar 2009 hatte es in sich. In seiner Grundsatzrede schlug er nicht weniger als eine Runderneuerung der Beziehungen innerhalb der NATO zwischen den USA und den EU-Staaten vor. Bei der demonstrativ zur Schau gestellten transatlantischen Aufbruchsstimmung handelte es sich jedoch keineswegs um ein reines Wohlfühlprogramm, sondern um knallharte Interessenpolitik. Denn angesichts ihrer schweren wirtschaftlichen Probleme sind die USA bestrebt, die Kosten der Weltordnungskriege stärker auf die EU-Staaten abzuwälzen. Im Austausch hierfür bietet die US-Regierung an, künftig EU-Interessen in deutlich größerem Umfang als in den Jahren unter George W. Bush zu berücksichtigen. Im Kern lautet der „Transatlantische New Deal“ folgendermaßen: Wenn die Europäer künftig adäquat mitkämpfen, dürfen sie auch substantiell mitreden.

Auch für die EU-Seite ist dieses Angebot überaus attraktiv, verspricht sie sich hiervon doch eine lange angestrebte machtpolitische Aufwertung. Vieles deutet deshalb gegenwärtig darauf hin, daß dieser Kurswechsel, dessen Tragweite kaum unterschätzt werden kann, in die Praxis umgesetzt wird: Die NATO-EU-Kooperation soll so massiv intensiviert werden, daß zwischen beide Organisationen künftig kaum mehr ein Blatt Papier passen dürfte. Ferner wird nicht nur eine deutliche Stärkung der NATO anvisiert, auch eine weitere Forcierung der EU-Militarisierung wird angestrebt. Am deutlichsten zeigt sich jedoch die grundlegende Wende in den transatlantischen Beziehungen hinsichtlich der konkreten Einsatzpraxis. Sowohl was Afghanistan, den Irak, aber auch Kosovo anbelangt, signalisieren die EU-Staaten ihre Bereitschaft, den USA künftig deutlich stärker als bisher unter die Arme zu greifen. Die oft hervorgehobene verbale Abgrenzung der Europäischen Union von der militaristischen US- und NATO-Politik erweist sich somit zunehmend als Farce.

Mehr mitkämpfen, mehr mitreden

Die Phase uneingeschränkter US-amerikanischer Vorherrschaft ist vorüber. Der Versuch der Neokonservativen in den acht Jahren unter George W. Bush, diese nicht nur gegenüber Rußland und China, sondern auch gegen die Europäische Union militärisch zu zementieren, ist grandios gescheitert. Im Ergebnis sind die Vereinigten Staaten gegenwärtig finanziell, politisch und militärisch erheblich

geschwächt. Neue Akteure oder: „Rivalen“, vor allem Rußland und China, verzeichnen deutliche Positionsgewinne, während die USA gleichzeitig nicht mehr in der Lage sind, die (militärische) Aufrechterhaltung der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung im Alleingang zu gewährleisten. Auch den US-Eliten ist vor diesem Hintergrund klar, daß ein Kurswechsel zwingend erforderlich ist – nicht zuletzt hierin dürfte ein wichtiger Grund dafür liegen, daß maßgebliche Akteure Barack Obama im Wahlkampf unterstützten, der diesen Neuanfang glaubhaft verkörpern kann.

Ein Begriff zieht sich durch nahezu sämtliche Dokumente aus dem Umfeld der neuen US-Administration: „Burden sharing“ (Lastenteilung). Es geht also darum, die Kosten für die Aufrechterhaltung der westlichen Weltordnung auf mehr Schultern zu verteilen, wofür die EU-Staaten der naheliegendste Adressat sind. Denn auch sie haben ein großes Interesse daran, die Ausbeutungs- und Hierarchiestrukturen des vorherrschenden globalen kapitalistischen Wirtschaftssystems zu erhalten. Damit es jedoch gelingt, die EU-Verbündeten wieder stärker ins Boot zu holen, müssen die Ursachen für die transatlantischen Konflikte aus dem Weg geräumt werden. Im Kern drehten sich die Auseinandersetzungen darum, daß die EU-Staaten eine Partnerschaft auf Augenhöhe einforderten, während die US-Regierung teils recht rüde auf ihrer Dominanz innerhalb der NATO beharrte. Insbesondere, als die USA nach dem Amtsantritt von George W. Bush zunehmend unilateral und teils sogar offen antieuropäisch agierten, spitzten sich die transatlantischen Konflikte zwischenzeitlich derart zu, daß der Fortbestand der NATO ernsthaft in Frage stand.

Genau diese Partnerschaft auf Augenhöhe ist das Lockangebot, mit dem die US-Regierung nun eine größere militärische Unterstützung durch die EU-Staaten erreichen will. Mit blumigen Worten reichte Joseph Biden auf der Münchner „Sicherheitskonferenz“ den EU-Verbündeten die Hand. Die neue US-Regierung stehe für ein „neues Zeitalter“, sie sei „entschlossen, einen neuen Ton anzuschlagen“, so Biden, um anschließend die Bedingungen für den transatlantischen New Deal zu konkretisieren: „Die USA werden mehr tun, aber die USA werden auch mehr von ihren Partnern verlangen. (...) Wir bitten unsere Verbündeten, ihre eigenen Ansätze zu überdenken – einschließlich ihrer Bereitschaft, Gewalt anzuwenden, wenn alles andere fehlschlägt.“

Noch präziser äußerte sich NATO-Generalsekretär Jaap

de Hoop Scheffer, indem auch er eine größere Lastenteilung im Bündnis einforderte. Wenn die USA zu mehr Engagement bereit seien, die EU-Verbündeten jedoch nicht, mache „das die Aufforderung, daß die Europäer mehr gehört werden wollen in Washington, doch etwas hohl“. Wer mehr mitreden will, der muß auch mitkämpfen, so der NATO-Generalsekretär, schließlich sei die NATO eine „Zweibahnstraße“.

Dieser Ball wurde von den EU-Staaten bereitwillig aufgegriffen – nicht ohne jedoch klar die Bedingungen für das Zustandekommen des transatlantischen New Deals zu benennen. Was hier derzeit geschieht, ist also im Grunde ein im öffentlichen Raum ausgehandelter mündlicher Vertrag über die Zukunft der transatlantischen Macht- und Arbeitsteilung.

EU stellt Bedingungen

Für die EU-Staaten ist eine Erneuerung des Bündnisses mit den USA kaum weniger zwingend als für die USA. Auch ihre Machtposition ist in den letzten Jahren erheblich erodiert, wie ein im September 2008 veröffentlichter Bericht des einflußreichen Think-tanks „European Council on Foreign Relations“ (ECFR) alarmiert feststellte.¹ Die jetzige Annäherung an die Vereinigten Staaten basiert deshalb auf einem nüchternen Interessenkalkül, das der neokonservative US-Publizist Robert Kagan folgendermaßen beschreibt: „Auch in Europa besteht ein unverkennbarer Trend zu engeren strategischen Beziehungen mit den USA. (...) Dies geschieht allerdings nicht aus neu erwachter Zuneigung zu den Vereinigten Staaten, sondern wegen der sich ändernden internationalen Lage und der Lehren aus der Vergangenheit. Die amerikafreundlichere Außenpolitik von Nicolas Sarkozy und Angela Merkel hat nicht nur mit ihren jeweiligen Persönlichkeiten zu tun, sondern verdankt sich einer Neubewertung der französischen, deutschen und europäischen Interessen. Enge (...) Beziehungen zu den USA, so ihrer beider Überzeugung, verleihen der Macht und dem weltweiten Einfluß Europas einen Auftrieb, den Europa aus eigener Kraft nicht zustande brächte.“²

Allerdings wird die Erneuerung der Partnerschaft mit den USA unmißverständlich an folgende von Angela Merkel auf der „Sicherheitskonferenz“ formulierte Bedingung geknüpft: „Konflikte sind von keinem Land mehr allein zu lösen, sondern wir brauchen einander (...). Das heißt, der kooperative Ansatz muß die Grundlage unseres Handelns sein.“ In klarem Deutsch übersetzte Spiegel online (7.2.2009) Merkels Botschaft mit folgenden Worten: „Die Kanzlerin fordert von Washington, künftig nie mehr Alleingänge bei internationalen Konflikten zu unternehmen – die NATO sei dafür das zentrale Instrument.“ Das ist die konkrete Ansage, künftig gemeinsam Kriege zu führen.

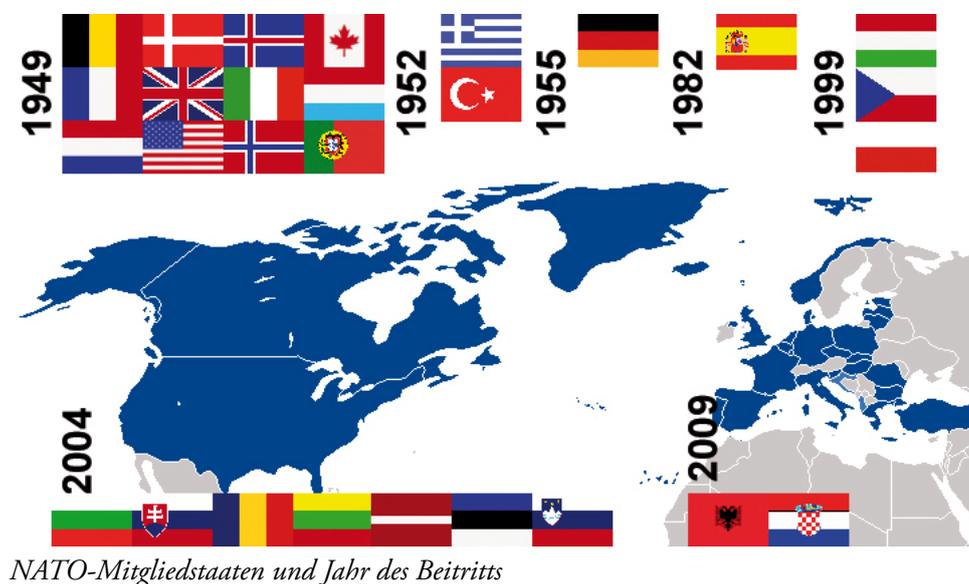
Hemmschuh Zypern

Nachdem die Obama-Administration mehr als deutlich ihre Bereitschaft signalisiert hat, die machtpolitische Aufwertung der EU-Staaten zu befürworten, steht einer Intensivierung der NATO-EU-Zusammenarbeit nichts mehr im Wege.

Die tschechische Regierung, die bis Mitte 2009 die EU-Ratspräsidentschaft innehat, kündigte bereits an, daß die Verbesserung der Kooperation mit der NATO eines ihrer Hauptanliegen darstelle. Das Europäische Parlament verabschiedete vergangene Woche – wenn auch knapp mit 293 zu 283 Stimmen – einen Bericht des Konservativen, in Frankreich zum EU-Abgeordneten gewählten Finnen Ari Vatanen „über die Rolle der NATO im Rahmen der Sicherheitsarchitektur der EU“.³ Kern des Berichtes ist die Forderung, „daß die Beziehungen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten gestärkt werden sollten“. Hierfür soll „die Synergie zwischen der EU und der NATO in bestimmten militärischen Bereichen durch gemeinsame Pilotvorhaben gestärkt werden“.

Besonders delikater ist, daß und wie der Bericht versucht, ein großes Hindernis für die Intensivierung der NATO-EU-Zusammenarbeit aus dem Weg zu räumen. Für den Austausch sensibler Informationen bei strategischen Treffen ist die Teilnahme am NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ (PfP) die Mindestanforderung. Da Zypern als einziges EU-Land weder NATO-Mitglied ist noch an PfP teilnimmt, wird dem Land der Zutritt zu diesen Treffen verweigert. Hinzu kommt noch, daß der Vatanen-Bericht darauf insistiert, daß die „Berlin-Plus-Vereinbarungen (...) verbessert werden müssen“. Dabei handelt es sich um ein im März 2003 verabschiedetes Abkommen, mit dem geregelt wurde, daß die Europäische Union für Militäreinsätze auf Kapazitäten der NATO zurückgreifen kann, wie dies etwa in Bosnien geschieht. Aufgrund der Nichtteilnahme Zyperns an PfP

wird dem Land der Zutritt zu diesen Treffen verweigert. Hinzu kommt noch, daß der Vatanen-Bericht darauf insistiert, daß die „Berlin-Plus-Vereinbarungen (...) verbessert werden müssen“. Dabei handelt es sich um ein im März 2003 verabschiedetes Abkommen, mit dem geregelt wurde, daß die Europäische Union für Militäreinsätze auf Kapazitäten der NATO zurückgreifen kann, wie dies etwa in Bosnien geschieht. Aufgrund der Nichtteilnahme Zyperns an PfP



muß bislang die gesamte östliche Ägäis aus Berlin-Plus ausgeklammert bleiben. Auch deshalb legt der Vatanen-Bericht „Zypern als einem EU-Mitgliedstaat nahe, seine politische Haltung zu seiner Mitgliedschaft in der Partnerschaft für den Frieden zu überdenken“. Generell ist man bestrebt, das Abkommen auf breiter Front auszubauen, u. a. indem ein umgekehrtes Verfahren etabliert wird, bei dem die NATO für ihre Kriege künftig grundsätzlich Zugriff auf zivile Fähigkeiten der EU erhalten soll („Berlin-Plus-Reverse“).

Schließlich fordert der Vatanen-Bericht noch, man solle bei der „Erarbeitung der neuen europäischen Sicherheitsstrategie und des neuen strategischen Konzepts der NATO“ Hand in Hand arbeiten und spricht sich dabei sowohl für eine Stärkung der NATO als auch für eine weitere Militarisierung der Europäischen Union aus.

Runderneuerung und Stärkung

Ein wesentlicher Teil des neuen transatlantischen Schulterschlusses ist die symbolträchtige Ankündigung Frankreichs, sich nach mehr als 40 Jahren wieder vollständig in die NATO-Militärstrukturen einzugliedern: „Daß Frankreich nun rechtzeitig vor dem historischen Gipfel im April in die NATO-Strukturen zurückkehrt, ist ein Beleg dafür, daß der Westen sich zusammenreißen will. Die französisch-amerikanischen Eifersüchteleien kann er sich angesichts der weltweiten Herausforderungen ebensowenig leisten wie das ewige Hickhack zwischen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und der NATO.“ (Die Welt online, 8.2.2008).

Umgekehrt scheint die US-Regierung nun bereit zu sein, diesen Schritt angemessen zu honorieren und Einfluß im Bündnis abzugeben. So scheinen die USA gewillt zu sein, Frankreich den Oberbefehl über das „Allied Command Transformation“ (ACT) im englischen Norfolk zu überlassen, eines der beiden strategischen NATO-Kommandos, das bislang stets von einem US-Amerikaner geleitet wurde. Eine solche Abgabe von Macht seitens der Vereinigten Staaten wäre bis vor kurzem noch undenkbar gewesen – nun ist sie Bestandteil des Verhandlungspakets. Gleichzeitig wittert die der Bundesregierung zuarbeitende „Stiftung Wissenschaft und Politik“ hierin eine große Chance, Deutschlands Position innerhalb der NATO massiv zu verbessern: „Die Bundesregierung (sollte) das Gewicht, über das Frankreich nach seiner Rückkehr in die integrierten Bündnisstrukturen verfügen wird, nutzen, um die bestehenden Kräfteverhältnisse in der NATO zugunsten beider Länder zu korrigieren.“⁴

Außerdem soll bis spätestens 2010 das Strategische Konzept der NATO überarbeitet werden. Barack Obamas neuer Sicherheitsberater James Jones gab die Richtung vor, als er in einem Interview forderte, die NATO müsse eine „bewegliche Allianz“ werden, die auf die neuen Bedrohungen in der Welt „proaktiv“ reagiert, „um Konflikte vor ihrer Entstehung zu stoppen“. (Zeit online, 7.2.2009) Um hierfür die NATO künftig schlagkräftiger zu machen, kristallisiert sich allmählich heraus, auf welche Weise die bündnisinter-

nen Strukturen und Entscheidungsprozesse „reformiert“ werden sollen. Sowohl ein einflußreiches Papier fünf ehemaliger NATO-Generäle als auch Aussagen von Jones und eine gemeinsame Studie von vier der wichtigsten amerikanischen Denkfabriken nennen unisono folgende Punkte: Abschaffung des Konsensprinzips (zumindest auf allen Ebenen unterhalb des NATO-Rats); Abschaffung der sogenannten caveats (engl., Einschränkungen, Vorbehalte), mit denen NATO-Länder ihren Truppen Vorgaben für ihr Verhalten bei Einsätzen der NATO machen können (z. B. indem Deutschland seinen Truppen – noch – verbietet, im Süden Afghanistan zu kämpfen); keine Mitspracherechte an NATO-Kriegen für jene Mitgliedsländer, die sich nicht an ihnen beteiligen; Übernahme der Einsatzkosten durch sämtliche NATO-Staaten und nicht nur durch diejenigen, die sich an einem Krieg beteiligen; Aufbau zivil-militärischer „Stabilisierungstruppen“ zur Effektivierung künftiger Besatzungseinsätze.⁵

Forcierte EU-Aufrüstung

Bei ihrer Rede auf der Münchner „Sicherheitskonferenz“ zeigte sich Kanzlerin Angela Merkel begeistert von der „rasanten Entwicklung“ der EU-Militarisierung, mahnte zugleich aber deren weitere Forcierung an – hierfür sei die Verabschiedung des Vertrags von Lissabon eine wesentliche Bedingung, so Merkel. Beispielhaft fordert auch der Vatanen-Bericht, daß „die militärische Kapazität der EU sich zu einer glaubwürdigen Kraft entwickeln wird“. Hierfür wird vorgeschlagen, „ein operationelles EU-Hauptquartier (...) zu schaffen“. Außerdem wird gefordert, „daß auch auf der Ebene der Mitgliedstaaten unbedingt mehr in die Verteidigung investiert werden muß“.

In diesem Zusammenhang wird von der US-Regierung klar und deutlich erwartet, daß sie ihre bisherige Blockadehaltung gegenüber eigenen EU-Militärkapazitäten beendet – auch das ist Teil des neuen Handels. Schon unter Clinton und noch mehr unter Bush wurde die EU-Militärpolitik auch als Bedrohung empfunden und nach Kräften torpediert. Noch vor wenigen Jahren hatte Bush-Intimus John Bolton die EU-Militarisierung als „Dolch in den Rücken der NATO“ bezeichnet. Seither hat sich einiges verändert, wie Joseph Bidens jüngste Aussagen in München verdeutlichen: „Wir unterstützen ebenfalls die Stärkung der europäischen Verteidigungskapazitäten, eine größere Rolle der Europäischen Union hinsichtlich des Erhalts von Frieden und Sicherheit (sowie) eine substantiell stärkere NATO-EU-Partnerschaft.“

So zeichnet sich der allgemeine Rahmen der neuen transatlantischen Partnerschaft ab: mehr von allem, mehr NATO, mehr EU-Militarisierung und vor allem: mehr Kriege!

Irak, Kosovo, Afghanistan

Entgegen der weit verbreiteten Annahme, Obama beabsichtige einen Abzug aus dem Irak, hat dieser stets betont, eine Kerntruppe („residual force“) dauerhaft im Land zu belassen. Nachdem der alte und neue Verteidigungsminis-

ter Robert Gates in einem Interview präzierte, 40000 US-Soldaten könnten noch „für Jahrzehnte“ dort verbleiben (Washington Post, 11.12.2008), ist klar, daß die Besetzung noch sehr lange andauern wird. Umso gravierender ist deshalb, daß der Europäische Rat nicht einmal eine Woche nach Obamas Wahl beschlossen hat, daß die EU-Ausbildungsmission EUJUST LEX für Richter, Polizisten und wahrscheinlich auch Militärs ab Mitte 2009 erstmals auch innerhalb des Irak tätig werden und damit den USA bei der Besetzung direkter unter die Arme greifen soll. Nach den schweren Konflikten um die direkte Beteiligung am Irak-Krieg ist dies ein Schritt mit erheblicher Symbolwirkung – sowohl gegenüber den USA als auch gegenüber dem Rest der Welt. Eine ähnliche Entscheidung fällt der Nordatlantiktatrat im Dezember 2008. Danach soll die „NATO Training Mission in Iraq“ künftig innerhalb des Landes agieren, um die „Absicherung der Grenzen“, eine „Verteidigungsreform“ und den Aufbau von „Verteidigungsinstitutionen“ zu unterstützen.

Auch im Kosovo arbeiten NATO und EU bei der Absicherung der völkerrechtswidrigen Abspaltung von Serbien Hand in Hand. Schon im Herbst 2008 haben die USA und die EU ein Abkommen geschlossen, mit dem sich die USA an der EU-Mission EULEX im Kosovo beteiligt. Dieses Abkommen ist bisher einmalig, in seiner Tendenz aber richtungsweisend: Erstmals nehmen die Vereinigten Staaten an einer „zivilen“ EU-Mission teil. Im Januar 2009 haben darüber hinaus die NATO-Truppe KFOR und die EU-Mission EULEX ihr erstes gemeinsames Manöver zur Aufstandsbekämpfung im Kosovo abgehalten.

Der eigentliche Knackpunkt wird jedoch der Krieg in Afghanistan sein, denn nicht nur für Kanzlerin Merkel ist er der „Lackmest für ein erfolgreiches Krisenmanagement und für eine handlungsfähige NATO“.⁶ Schon bei seiner Rede in Berlin im Sommer 2008 hatte Barack Obama eine massive Aufstockung der US-Truppen angekündigt und gleichzeitig unterstrichen, er wolle „diese Verpflichtung dazu nutzen, um von den NATO-Verbündeten größere Beiträge – mit weniger Einschränkungen (caveats) – einzufordern.“ (New York Times, 15.7.2008) So kam die US-Entscheidung im Vorfeld des Treffens der NATO-Verteidigungsminister in Krakow am 19./20. Februar wenig überraschend, 17000 zusätzliche Soldaten nach Afghanistan zu entsenden (weitere 13000 sollen wohl noch folgen).

Italien, Frankreich und Deutschland erhöhten ihre Kontingente kurz darauf ebenfalls. Von deutscher Seite wurden 600 weitere Bundeswehrosoldaten zugesagt. 400 von ihnen sind für die Schnelle Eingreiftruppe (Quick Reaction Force) vorgesehen, die im Norden Afghanistans für die Aufstandsbekämpfung zuständig ist. Die zentrale Debatte dürfte jedoch – nach der Bundestagswahl – darum gehen, ob der wichtigsten US-Forderung, daß Bundeswehrosoldaten auch im heftig umkämpften Süden eingesetzt werden, nachgekommen wird. Leider steht genau dies zu befürchten, denn auf keinen Fall möchte man das Zustandekommen des transatlantischen New Deals an einem mangelnden Kriegs-

willen in Afghanistan scheitern lassen – dafür ist die Angelegenheit zu wichtig. So betont der „European Council on Foreign Relations“: „Die Frage wird wohl in Washington als Lackmest angesehen werden, ob die Europäer als strategische Partner ernst genommen werden sollten. Somit dürfte die europäische Reaktion die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen auf lange Sicht, also die nächsten vier oder acht Jahre, beeinflussen.“⁷

Im selben Boot

Letztlich wännen sich die USA und die Europäische Union im selben Boot. Das beiderseitige Interesse am Erhalt und der Absicherung bestehender Ausbeutungsstrukturen sorgt dafür, daß die – zweifellos vorhandenen – Interessenkonflikte zumindest vorläufig in den Hintergrund treten und die transatlantischen Reihen wieder geschlossen werden. Exemplarisch für diese neue Sichtweise ist das bereits erwähnte Dokument der fünf ehemaligen NATO-Generäle, die ihre militaristische Wunschliste folgendermaßen begründen: „Womit sich die westlichen Verbündeten konfrontiert sehen, ist eine langanhaltende, proaktive Verteidigung ihrer Gesellschaften und ihrer Lebensart. Hierfür müssen sie die Risiken auf Distanz halten und gleichzeitig ihr Heimatland (homeland) beschützen.“⁸

Anmerkungen

1 Gowan, Richard/Brantner, Franziska: A Global Force for Human Rights?, ECFR, September 2008, S. 5

2 Kagan, Robert: Die Demokratie und ihre Feinde, Bonn 2008, S. 96 f.

3 der Entwurf des Vatanen-Berichts, der nur in Details von der im EU-Parlament verabschiedeten Fassung abweicht, ist im Internet nachzulesen unter: www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+COMPARL+PE-414.153+01+DOC+WORD+V0//DE&language=DE

4 SWP-Studie, Februar 2009, S. 6

5 Vgl. The Washington NATO Project: Alliance Reborn, Februar 2009; Naumann, Klaus u. a.: Towards a Grand Strategy for an Uncertain World, tinyurl.com/5bujl9; An interview with General James L. Jones, NATO Defense College, Research Paper, Januar 2008

6 Merkel, Angela: Handlungsfähigkeit der NATO stärken, 25.10.2006, URL: tinyurl.com/58kwyf

7 Korski, Daniel: Enhancing the EU's role in Afghanistan, ECFR, 5.11.2008

8 Naumann u. a. 2008, S. 42 f.



Kommandoübergabe an die NATO Response Force, Bild NATO

Frontex: Im Netz des EU-Sicherheitssektors

von Christoph Marischka

Let them eat batons!

Selten ist die Situation so eindeutig, wie in Haiti. Hunger ist dort, im so genannten „Armenhaus“ Amerikas, nicht unbekannt. Nachdem die Nahrungsmittelvorräte Ende 2007 weltweit abnahmen und die Preise weiter stiegen, mussten Teile der haitianischen Bevölkerung dazu übergehen, Salz und die letzten Reserven an Essbarem mit Lehm zu verbäcken. Während die Bevölkerung Erde aß und internationale Organisationen mehr Nahrungsmittelhilfe für Haiti forderten, führte eine immens teure UN-Militärmission (MINUSTAH) Razzien in den Slums durch. Anfang 2008 kam es dann zu Demonstrationen, die in Gewalt umschlugen. Die UN-Soldaten schützten den Präsidentenpalast, lösten Demonstrationen mit Tränengas auf und erschossen einige Demonstrierende. Dennoch mussten der Premierminister und mit ihm sein Kabinett zurücktreten. Während einer schwierigen Neubildung der Regierung fegten Wirbelstürme über die Insel, töteten viele Menschen und zerstörten wichtige zivile Infrastruktur. Wenig später veröffentlichte die International Crisis Group einen Bericht mit Empfehlungen, wie die internationale Gemeinschaft in dem von ihr besetzten Land nun verfahren solle. Die Reform des Sicherheitssektors müsste schneller vorangebracht werden, so ihre Forderung. Es solle mehr Polizei aufgebaut und diese besser ausgerüstet und ausgebildet werden - insbesondere in „Riot Control“. Auch die Justiz müsste unter internationaler Kontrolle ausgebaut werden und deren Polizei solle mehr Präsenz in den Armenvierteln zeigen. Außerdem sollten neue Gefängnisse gebaut und der Grenzschutz verbessert werden. All dies unter anderem, damit nie wieder eine Regierung dem Druck von der Strasse weichen muss.¹

Äußerer und Innerer Kolonialismus

Sicherheitssektorreformen stellen eigentlich nur einen Teil des anspruchsvollen Anspruchs von Nation/State-Building dar, mit dem vermeintlich „gescheiterte“ Staaten, die implizit als Bedrohung ihrer unfreiwilligen europäischen Vorbilder und damit der Welt an sich angesehen werden, wieder unter Kontrolle gebracht werden sollen. Doch wie auch in diesen Vorbildern erweist sich Nation-Building in den europäischen Experimentierfeldern auf dem Balkan und in Afrika als zäher Prozess. Weitere Schwierigkeiten kommen hinzu: Die Staatswerdung erfolgt nicht einmal in ihrer Selbstdarstellung aus der Mitte der Gesellschaft heraus oder auch nur durch deren Eliten, sondern wird durch „Hohe Repräsentanten“ und internationale Polizeisoldaten erzwungen. Die neuen Staaten haben weder eine außenpolitische Handlungsfähigkeit - NATO- und EU-Anbindung

sind alternativlos - noch wirtschafts- oder sozialpolitisch, denn der Neoliberalismus wird in die internationale „Aufbauarbeit“ und die Verfassungen der neuen Staaten eingeschrieben. Dabei ist es nur ein unschöner und symbolischer Fehler, wenn beispielsweise in Bosnien und Herzegowina (das ist ein neuer Staat, der aus zwei „Entitäten“ besteht) keine und keiner aus der internationalen Gemeinschaft auf die Idee kam, die als Anhang zum Dayton-Vertrag formulierte Verfassung in eine der Landessprachen zu übersetzen, während mittlerweile eine grob geschätzte halbe Millionen NATO- und EU-Soldaten das Land besucht und patrouilliert haben. Unter diesen Bedingungen, die beispielsweise im Kosovo noch immer keine funktionierende Stromversorgung, dafür aber eine Jugendarbeitslosigkeit von 75% hervorgebracht haben, eine Identifikation der Bewohner mit dem neuen Staat, seinen Gesetzen und Institutionen zu erwarten, ist freilich vermessen. Die Bevölkerung, im Kosovo zu 37% in offizieller Armut lebend, sucht sich eher alternative Einkommens- und Partizipationsmöglichkeiten, die von den internationalen Staatenbauern wiederum als Korruption oder Organisierte Kriminalität kriminalisiert und bekämpft werden. Überhaupt wird die Schuld am Scheitern des überhasteten und millionenschweren Staatsaufbaus stets der Bevölkerung, ihrer „Demokratieunfähigkeit“ und ihrer „Ethnizität“ zugeschrieben. Doch die internationale Gemeinschaft, allen voran die EU, lässt sich davon nicht aus der Ruhe bringen. Sie redet nun weniger von Nation-Building, als von Sicherheitssektorreformen. Gemeint ist dasselbe. Sicherheitssektorreformen umfassen nach Definition der EU² neben den „zentralen Sicherheitsakteuren“, Militär, Polizei, Gendarmerien, Paramilitärs, Präsidentengarden, militärischen und zivilen Geheimdiensten, Küstenwache und Zoll auch den gesamten Justizsektor inklusive entsprechender Polizei, Gerichten und Gefängnissen und - zumindest konzeptionell - auch sämtliche politischen Institutionen (Ministerien, Nationale Sicherheitsräte, etc.) die mit der Koordination und Steuerung der genannten Kernakteure beschäftigt sind, sowie die politischen und zivilgesellschaftlichen Akteure, welche diese „kontrollieren“ sollen (Parlamente, Menschenrechtsgruppen). Letztere fallen in der Praxis meist unter den Tisch. NATO und EU formulieren die Sicherheitsdoktrinen (Risikoanalysen), ordnen den Rüstungssektor, bilden Polizisten und Soldaten aus, formulieren die Strafgesetze und die Gesetze für die Geheimdienste und lassen ihre Polizeisoldaten mit den neu geschaffenen Grenzschutzeinheiten patrouillieren.

„Früher nannte man das Kolonialismus“, mag sich da so Manche(r) denken. Weniger offensichtlich von „Außen“,

aber zunehmend spürbar von Oben, findet gegenwärtig eine ähnliche Neustrukturierung des EU-europäischen Sicherheitssektors statt. Durch sie soll auch die EU - ungeachtet aller internen Verwerfungen und des fehlenden „Staatsvolks“ - mehr zu einer Art Staat werden.

Staatswerdung durch Frontex?

Die europäische Verfassung wurde zwar in alle Sprachen übersetzt, blieb allerdings unleserlich und wurde abgelehnt. Um sie als Lissabon-Vertrag aus der Versenkung zu holen, formulierte die deutsche Ratspräsidentschaft eine „Berliner Erklärung“, die neben den vermeintlichen Werten der EU auch deren erklärte Feinde aufzählt: „Wir werden den Terrorismus, die organisierte Kriminalität und die illegale Einwanderung gemeinsam bekämpfen“. Zu diesem Zweck, ergänzte Angela Merkel seinerzeit gegenüber der Bild-Zeitung, „müssen wir einer gemeinsamen europäischen Armee näher kommen“. Ein „Europäischer Sicherheitssektor“ entsteht gegenwärtig durch die Vernetzung der nationalstaatlichen Sicherheitsbehörden und die Schaffung von neuen Institutionen auf der suprastaatlichen Ebene der Europäischen Union. Diese „vernetzte Sicherheit“ soll bisherige Grenzen zwischen Polizei, Militär und Geheimdiensten aufheben und damit auch die zwischen Kriege und zivilen Rechtsordnungen und sie soll in enger Abstimmung mit der Wirtschaft - die ja zugleich Anbieter und Nachfrager von Sicherheit und Sicherheitstechnologien ist - erfolgen. Um dem „Leitbild vernetzte Sicherheit“ gerecht zu werden, erfordere es „Managementsysteme ... der wirkungsorientierten Verwaltung“, die „für den gesamten Sicherheitssektor übergreifende Prozesse ... definieren, die in einem Prozessmodell zusammengefasst werden“ sowie den „Aufbau eines management-orientierten Vernetzungsgremiums für den Sicherheitssektor, um diese Arbeiten zu koordinieren“. „Die Forderung nach konsequenter Prozessorientierung und der Übergang zur integrierten Strategiedefinition haben zur Folge, dass auch die Planung im vernetzten Sicherheitssektor verstärkt integriert werden muss.“³

Eben diese Vernetzung der europäischen - nationalen, intergouvernementalen und suprastaatlichen - Behörden sowie deren integrierte, zentralisierte Aufgabendefinition und Strategieplan ist die Aufgabe der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen mit dem martialisch anmutenden Namen Frontex. Frontex ist dabei nur eine von mehreren Einrichtungen mit einer solchen Aufgabe. Während beispielsweise die Europäische Verteidigungsagentur mit der Vernetzung und Abstimmung aller rüstungs- und militärrelevanten nationalen Entscheidungen und Entscheidungsträger beauftragt ist und damit die Bedingungen für eine tatsächlich EU-europäische Militärpolitik schaffen soll, ist Frontex mit der Koordination aller Behörden und Einrichtungen beschäftigt, die nach Auffassung der Agentur eine Rolle beim „Schutz der Außengrenzen“ spielen und will dadurch ein „Integrated Border Management“ ermöglichen. Frontex soll damit unter anderem den Weg ebnen für eine EU-europäische

Grenzpolizei, eine EU-europäische Küstenwache und einen EU-europäischen Zoll, die dem Leitbild der vernetzten Sicherheit entsprechend keine Unterscheidung mehr kennen zwischen Innen- und Außenpolitik, zwischen Polizei, Geheimdienst und Militär, zwischen Krieg und Frieden. Diese europäischen Sicherheitsbehörden sollen nicht durch parlamentarisch-deliberative Prozesse behindert werden, sondern den Exekutiven - der Brüssler Bürokratie und notgedrungen zunächst noch den nationalen Ministerien - unterstehen und nach Möglichkeit, der EU-europäischen „Integrationslogik“ folgend, eine entfesselte Eigendynamik in enger Abstimmung mit der Wirtschaft entwickeln.

Vernetzung

Der Aufbau der Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen wurde im Oktober 2004 per Verordnung des Rates der Innen- und Justizminister beschlossen.⁴ Im Mai des folgenden Jahres nahm die Agentur offiziell ihre Arbeit auf und ihr Verwaltungsrat trat ein erstes Mal Zusammen. Die Arbeit der Agentur 2005 war noch weitgehend auf den internen Aufbau konzentriert: Im Laufe des Jahres wurden 45 Mitarbeiter eingestellt. Erst im Oktober konnte die Agentur ihr Hauptquartier in Warschau beziehen. Darüber hinaus stellte die Agentur den Kontakt mit den Mitgliedsstaaten her, die jeweils eine „Nationale Kontaktstelle“ benennen sollten und Frontex regte an, dass an einigen kritischen Grenzübergängen „Focal Point Offices“ eingerichtet wurden, in denen neben dem jeweiligen Grenzschutz auch Beamte aus anderen Ländern Dienst verrichten. Frontex nahm in Konferenzen und informellen Treffen auch Kontakt mit anderen Behörden auf, wie etwa der quasi-geheimdienstlichen Europäischen Polizeibehörde Europol, an deren Bericht zur Bedrohungslage im Bereich der organisierten Kriminalität sich die Agentur beteiligte. Sie begleitete eine Delegation der Kommission in die spanischen Exklaven in Marokko, erstellte eine erste allgemeine Risikoanalyse über die illegale Einwanderung in EU-Mitgliedstaaten und begann, ein EU-weites Kernprogramm für die Ausbildung von Grenzschutzkräften zu erarbeiten. Im Herbst verabschiedete der Verwaltungsrat der Agentur ein Arbeitsprogramm für das Jahr 2006. Einen wichtigen Schwerpunkt in diesem Programm nimmt die Erstellung von „Risikoanalysen“ und die Fortentwicklung des „gemeinsamen integrierte Risikoanalysemodells“ (CIR-AM) ein, das von der Agentur als „Herz“ ihrer „nachrichtendienstlich gesteuerten Tätigkeit“ bezeichnet wird.⁵

Im November übermittelte dann die Kommission an den Rat eine Mitteilung, in der das Arbeitsprogramm bestätigt und die Agentur aufgefordert wurde, „unverzüglich“ erste gemeinsame und operative Maßnahmen im Mittelmeerraum aufzunehmen, eine „Risikoanalyse“ zur Migration aus Afrika zu erarbeiten sowie die Möglichkeiten zu evaluieren, wie im Mittelmeer ein Küstenpatrouillennetz aller angrenzenden Anrainerstaaten eingerichtet und deren jeweilige Überwachungstechnologien aufeinander abgestimmt und vernetzt werden könnten. Ferner wurde Frontex aufge-

fordert, die Zusammenarbeit zwischen den Verbindungsbeamten, welche von den Mitgliedsstaaten in Drittländer entsandt wurden, um Informationen über Migrationswege zu sammeln und illegale Grenzübertritte bereits in den Herkunfts- und Transitstaaten zu unterbinden, zu befördern. Zuletzt sollte die Agentur Vorschläge erarbeiten, wie Staaten, „welche sich einem außergewöhnlich hohen Migrationsdruck oder Massenzuströmen von Migranten gegenübersehen, unverzüglich technische und operative Unterstützung“ gewährleistet werden könne.

Ungeachtet der von der Kommission geforderten Fokussierung auf die südlichen Außengrenzen am Mittelmeer fanden die ersten operativen Einsätze inmitten der EU statt. Bei einem ersten Einsatz wurden Weihnachten 2005 illegalisierte ArbeiterInnen aus Osteuropa bei der Ausreise aus dem Schengen-Raum an der deutsch-tschechischen und deutsch-polnischen Grenze kontrolliert und ihnen im neuen Jahr die Einreise verweigert. Andere Einsätze fanden an europäischen Häfen und Seehäfen statt und bezogen sich vornehmlich auf Menschen aus China und Pakistan, in anderen Fällen auf Menschen, die an sich ohne Visum aus Lateinamerika einreisen dürfen, denen aber unterstellt wurde, sie wollten ihren Aufenthalt über die erlaubten drei Monate hinaus ausdehnen. Diese Einsätze basierten oft auf nachrichtendienstlich gewonnenen Informationen und wurden teilweise auch von Europol begleitet. Die Frontex-Einsätze auf See, die in den Medien ungleich mehr Beachtung fanden, begannen erst im Sommer 2006 mit der Mission Hera zwischen Westafrika und den Kanaren und der Operation Nautilus zwischen Nordafrika und Italien bzw. Malta. Für die Einsätze auf See mussten zunächst noch notwendige Vorbedingungen geschaffen werden, denn Frontex selbst verfügt über keine Boote oder Helikopter und auch kaum über Einsatzkräfte. Alles musste von den Mitgliedsstaaten bereitgestellt werden und unterstand dort teilweise militärischen oder polizeilichen oder hybriden Einheiten, unter denen ein funktionierender Informationsaustausch und eine klare Kommandokette schwer herzustellen sind. Um in Zukunft besser und schneller Material und Personal für gemeinsame Einsätze zusammenstellen zu können, entwickelte Frontex eine Datenbank, in der das potentiell bereitstehende Equipment jeweils mit Ansprechpartner verzeichnet ist. Diese „Toolbox“ mit dem Namen CRATE ging Anfang 2007 offiziell in Betrieb.

Ein anderes Problem ergab sich auf hoher See weniger, als bei den Einsätzen im Hoheitsgebiet der Mitgliedsstaaten: die Frage nach den exekutiven Befugnissen der eingesetzten Beamten aus Drittstaaten. Bei den Einsätzen an Flughäfen und Binnengrenzen waren die ausländischen Beamten damals noch lediglich in einer Art „Beraterfunktion“ beteiligt. Sie konnten bei der Analyse von Dokumenten und auch bei Befragungen helfen, jedoch nicht selbst operativ tätig werden. Auf Hoher See hingegen verletzt es nicht zwingend Hoheitsrechte, wenn ein deutscher Beamter auf einem spanischen Schiff in italienischen Gewässern Flüchtlinge zurückweist. Dennoch lag das Oberkommando meist bei den

Beamten aus dem Einsatzland.

Das heikle Problem der exekutiven Befugnisse wurde von der Agentur im Jahre 2007 mit Hilfe der EU-europäischen Gesetzgeber gelöst. Diese schufen die rechtlichen Rahmenbedingungen für Schnelle Einsatzkräfte für den Grenzschutz (RABITs), welche von Frontex aufgestellt wurden. Auch die RABITs rekrutieren sich aus dem Personal der Mitgliedsstaaten, doch als Mitglied eines RABITs dürfen die Beamten „gemäß dem nationalen Recht des Einsatzmitgliedstaats Gewalt anwenden, einschließlich des Einsatzes von Dienstwaffen, Munition und Ausrüstung“, so die Verordnung. „Zum Zwecke der Notwehr und der Nothilfe für abgestellte Beamte oder andere Personen“ dürfen sie ihre Waffen und sonstige Ausrüstungsgegenstände jedoch auch unter anderen Umständen einsetzen. Da einige Mitgliedsstaaten der Idee einer EU-Polizei, d.h. ausländischen Polizeibeamten, die nicht der nationalen Regierung unterstehen, aber exekutive Befugnisse haben, äußerst kritisch gegenüberstehen und eine solche Staatsgewalt ohne Staat nicht kontrollierbar ist, wurde der Einsatz von RABITs formal auf „einen begrenzten Zeitraum ... in Ausnahme- und Notsituationen“ beschränkt: „Derartige Situationen würden entstehen, wenn ein Mitgliedstaat sich einem massiven Zustrom von Drittstaatsangehörigen gegenübersehen, die versuchen, illegal in sein Hoheitsgebiet einzureisen, was unverzügliches Handeln erfordert.“ Tatsächlich hat die Agentur mittlerweile mehrfach RABITs eingesetzt, bei denen die Beamten auch ihre erweiterten Befugnisse nutzen konnten, die „Ausnahme und Notsituation“ jedoch lediglich auf einem fiktiven Szenario beruhte.

Der Forderung nach der Planung eines Europäischen Patrouillennetzes kam Frontex bereits am 14. Juli 2006 nach, indem die Agentur eine Machbarkeitsstudie (MEDSEA) vorlegte, welche empfahl, insgesamt 16 Ministerien und 24 Behörden Frankreichs, Griechenlands, Italiens und Spaniens - darunter auch die Verteidigungsministerien - zu vernetzen, damit kostengünstig eine möglichst hohe Kontrollichte auf dem Mittelmeer realisiert werden könne. Hierzu sollten die zivilen und die militärischen Stellen in Echtzeit über nationale Koordinationszentren (NCC) kommunizieren. Die Studie wurde mittlerweile weitgehend im Europäischen Patrouillennetz (EPN) umgesetzt. Die nationalen Koordinationszentren sollen darüber hinaus, falls Frontex einen Einsatz in der Region durchführt, als dessen Hauptquartier dienen und stellen der Agentur somit dauerhafte Strukturen zur Verfügung, mit denen sie kurzfristig auf alle Informationen der beteiligten Behörden zurückgreifen und diese koordinieren kann.

Eine effiziente multilaterale Zusammenarbeit setzt die Zentralisierung der Entscheidungs- und Informationsstrukturen voraus. Ähnlich wirken die gemeinsamen Einsätze bspw. zwischen den Kanaren und Westafrika: Im Vorfeld der Mission HERA wurde ein CCRC (Centro de Coordinacion Regional de Canarias, CCRC) bei der Guardia Civil eingerichtet. Dort sind zwanzig Mitarbeiter aus den verschiedenen Behörden untergebracht, die mit dem

„Kampf gegen die illegale Migration“ zu tun haben. Aufgabe des Zentrums ist es, „Informationen zu zentralisieren und zu verteilen [...] Unter den vielen Einrichtungen, die es zu koordinieren gilt, sind Polizeikräfte im auswärtigen Dienst, Flugzeuge der Armee und von Frontex, nationale Polizeieinheiten, der Zoll und eine große Bandbreite an Einrichtungen für die Aufnahme von Immigranten, maritime Rettungsdienste und das Rote Kreuz sowie andere Organisationen, die humanitäre Hilfe leisten.“⁶

„Sicherheitsforschung“

Eine weitere Machbarkeitsstudie der Agentur, BORTEC, zielte auf die Schaffung eines Europäischen Grenzüberwachungssystems (EUROSUR) ab. Die BORTEC-Studie ist unveröffentlicht, lag aber offensichtlich dem Rüstungsunternehmen Thales vor, das sich mit einem Projekt SEASAME beim EU-Forschungsrahmenprogramm 7 (FRP7) beworben hat. Dieses Projekt soll mit den Ergebnissen der BORTEC-Studie „völlig übereinstimmen“ und sieht vor, die nationalen Überwachungstechnologien in drei Phasen zu erfassen, aufzurüsten und kompatibel zu machen und die dort gesammelten Daten zuletzt zu einem „permanenten und umfassenden Lagebild“ zusammenzufassen. Ähnliche Studien hat Frontex gemeinsam mit dem Joint Research Center (JRC) der Europäischen Kommission erstellt, die u.a. einen Überblick über biometrische Verfahren beim Grenzschutz und den möglichen Einsatz unbemannter Flugzeuge und U-Boote geben.⁷ Um entsprechende Projekte realisieren zu können, betreibt das JRC ein Projekt, mit dem die Europäischen Rüstungsfirmen und ihre jeweiligen Fähigkeiten erfasst werden (MEDI, Mapping of the European Defence Industry). Am 13.2.2008 veröffentlichte die Kommission Vorschläge zur Ausgestaltung von EUROSUR, das in drei Phasen umgesetzt werden sollte. Die genannten Phasen entsprechen denen des SEASAME-Programms. Das Kommissionspapier spricht sich explizit dafür aus, das FRP7 intensiv zu nutzen, „um die Leistungsfähigkeit und den Einsatz von Überwachungsinstrumenten zu verbessern, damit das erfasste Gebiet ausgeweitet werden kann, mehr verdächtige Aktivitäten aufgedeckt, potenziell verdächtige Zielobjekte leichter identifiziert werden können und der Zugriff auf Daten hochauflösender Beobachtungssatelliten erleichtert wird.“⁸ Das Forschungsrahmenprogramm entpuppt sich bei näherem Hinsehen als heimlicher EU-Rüstungsetat (einen solchen offiziell zu unterhalten ist nach dem Vertrag von Nizza nicht möglich). Dafür spricht u.a. die Tatsache, dass der Förderschwerpunkt „Sicherheit“ auf die Beratung

von Rüstungsunternehmen zurückgeht und es explizites Ziel der Förderung ist, den „Europäischen Sicherheitssektor zu (re)strukturieren ... und gleichzeitig die globale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen industriellen Basis zu stärken.“⁹ Neben zahlreichen Beratungs- und Rüstungsfirmen sind im Gutachterkreis für die beantragten Projekte deshalb neben einem Vertreter von Frontex auch vier Vertreter der Europäischen Verteidigungsagentur vertreten.¹⁰ Für die Weiterentwicklung der Sicherheitsforschung wurde von der Kommission ein „Europäisches Forum für Sicherheitsforschung und Innovation“ (ESRIF) eingerichtet und mit Personal und Räumlichkeiten ausgestattet. Dabei handelt es sich um „eine informelle, beratende Plattform, an der die Interessengruppen aus dem öffentlichen und dem privaten Sektor auf freiwilliger Basis teilnehmen. Diese Interessengruppen sind die Industrie, Forschungseinrichtungen, öffentliche und private Endnutzer, Organisationen der Zivilgesellschaft, EU-Institutionen (insbesondere das Europäische Parlament) und europäische Organisationen.“¹¹ Den Vorsitz führt der ehemalige EU-Koordinator für Terrorismusbekämpfung, Gijs de Vries, stellvertretende Vorsitzende sind BKA-Vizepräsident Jürgen Stock und Giancarlo Grasso von der italienischen Rüstungsfirma Finmeccanica. Das ESRIF ist in elf Arbeitsgruppen unterteilt, wovon sich eine mit der Grenzsicherung beschäftigt. Dieser Arbeitsgruppe sitzt Erik Berglund als Vertreter von Frontex vor, sein Stellvertreter („Rapporteur“) ist Giovanni Barontini, ebenfalls von der Firma Finmeccanica. Diese Aufteilung zieht sich durch alle Arbeitsgruppen: Vorsitzender („Leader“) ist ein Vertreter einer EU-europäischen oder nationalstaatlichen Behörde, die Stellvertreter stammen aus der Sicherheitsindustrie – oder, wie im Falle der Arbeitsgruppe zu Biometrie, deren Lobbyverbänden (European Biometrics Forum).

Spill-Over zum Krieg

Die Ergebnisse der Forschungen zur Grenzsicherheit können allesamt als Dual-Use Technologien bezeichnet werden, da sie zugleich den Anforderungen des Militärs in gegenwärtigen Kampf- und Besatzungseinsätzen entsprechen. Dies gilt beispielsweise für die Entwicklung und Erprobung von Sensoren und Bildgebern („Wände penetrierende Radargeräte“) wie sie von Frontex begleitet wird und gleichzeitig u.a. von der Stiftung Wissenschaft und Politik auch für die Ausrüstung der Bundeswehr in zukünftig vermeintlich unvermeidbar bevorstehenden Häuserkampfoperationen als nützlich erachtet wird.¹² Gleiches gilt für die von Frontex beförderte Forschung an unbemannten Flugkörpern, die



nicht nur in mehreren Ländern (darunter auch Deutschland) von der Polizei eingesetzt werden, sondern auch im Pentagon als Speerspitze bei der Kriegsführung in Irak und Afghanistan angesehen werden.¹³ In der Rüstungsplanung der Europäischen Verteidigungsagentur nehmen Drohnen ebenfalls eine der prominentesten Stellen ein. Auch die biometrische Erfassung und biometrisch gestützte Entry-/und Exit-Systeme stellen bereits einen Teil der Kriegsführung dar, etwa in Bagdad, wo die Augeniris der männliche Bevölkerung gescannt wird oder in der DR Kongo, wo im Rahmen einer EU-Mission zur Sicherheitssektorreform die gesamte Armee biometrisch erfasst werden soll. Frontex ist auch in den „Krieg gegen den Terror“ eingebunden, da die Agentur im „EU Action Plan on combating terrorism“ dazu aufgefordert wird, gemeinsam mit Europol und dem EU-Auslandsgeheimdienst SITCEN Risikoanalysen zu erstellen und die Möglichkeiten zu verbessern, „die Bewegung von Terrorverdächtigen über unsere internen und externen Grenzen zu beobachten und, wenn nötig, zu verhindern“.¹⁴ Die Agentur beteiligt sich auch in ungeklärter Weise an zwei Programmen des GMES/Kopernikus-Programms, welches die Kommission gemeinsam mit der Europäischen Weltraumagentur ins Leben gerufen hat und deren Bedeutung „sowohl für die Außen- als auch für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union“ das Europäische Parlament im Juli 2008 ausdrücklich betonte.¹⁵ Bei den GMES-Projekten LIMES und MARISS geht es bereits konzeptionell um die „zivile“ und militärische Nutzung von europäischen Satellitendaten für den Grenzschutz, die Überwachung der See und von Handelsrouten auf See, den Schutz vor Terrorismus und der Proliferation von Massenvernichtungswaffen sowie die Organisation und Verteilung humanitärer Hilfe in Konfliktgebieten. Wie es aus Kreisen der EU-Sicherheitspolitik heißt, wurde das System zunächst von Frontex in den Gewässern um Malta und von der französischen Marine bei der Drogenbekämpfung in der Karibik getestet, dann für die Identifizierung von Opiumanbauflächen in Afghanistan genutzt und im Mai 2008, um den EU-Lateinamerikagipfel in Lima zu überwachen. Zuletzt wurde das System im Juni und Juli 2008 auch im Tschad getestet, wo die EUFOR-Einsatzkräfte zuvor mehrfach von Rebellenangriffen in ihrer unmittelbaren Umgebung überrascht worden waren. Auf einer Konferenz in Lille am 16.9.2008 gab Alda Silveira Reis vom Generalsekretariat des Rates bekannt, Polizeispezialisten wollten das System zukünftig auch zur „Erkennung verdächtigen Verhaltens“, zur „Crowd Control“, zur Bewachung kritischer Infrastrukturen und zur Begleitung von VIPs im Inneren verwenden. Obwohl es sich beim GMES formal um ein ziviles Projekt handelt, ist es eng mit dem EU-Satellitenzentrum (EUSC) in Torrejon verflochten. Dessen Auftrag besteht darin, durch Satellitenaufklärung „Unterstützung bei der Entscheidungsfindung der Union im Rahmen der GASP und insbesondere der ESVP“ zu leisten. Dementsprechend ist es in die Struktur der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) eingebettet, die politische Aufsicht obliegt,

wie auch bei militärischen Auslandseinsätzen, dem „Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee“ (PSC), der EU-Außenbeauftragte sitzt dem Verwaltungsrat des EUSC vor.¹⁶ Dennoch hat sich auch das EUSC in den Dienst von Frontex gestellt. Bereits 2006 hat es, laut Arbeitsbericht, im Auftrag der Agentur die westafrikanische Küste überwacht „um mögliche Einrichtungen für den Bau von Schiffen zu erfassen sowie alle weiteren Objekte, die mit der Bewegung illegaler Migranten in Verbindung stehen könnten“.¹⁷

Wie in den USA so werden auch in Europa und insbesondere in Deutschland gegenwärtig die Stimmen lauter, man sollte die Marine zu einer „Expeditionary Navy“ umbauen, um weltweit auf den Seemeeren die Sicherheit der Handelswege zu garantieren und Terrorismus und Piraterie zu bekämpfen. Zwei hochrangige Marinesoldaten der Bundeswehr schrieben in der Zeitschrift „Sicherheit und Frieden“ Anfang 2008: „Die Hohe See ist ein hoheitsfreier Raum, in dem nationalstaatliche Rechtsregime nicht gelten. Die Hohe See ist 'Brücke zwischen den Kontinenten' und erlaubt es der Politik, militärisches Handeln über See zu entfalten und politischen Willen deutlich zu machen, wo dies zur Wahrung eigener Interessen geboten ist.“ Dass dies für Deutschland jedoch nur im internationalen Verbund – etwa mit der NATO – möglich sei, wird dabei stets betont. „Einem solchen Handeln müssen aber einzel- und innerstaatliche Anstrengungen vorausgehen, um die notwendigen Voraussetzungen einer umfassenden Kooperation zu schaffen. Behördliche Zuständigkeiten, Strukturen, Kompetenzen und Verfahren erweisen sich als überkommen und wenig zweckdienlich. Der Notwendigkeit von Reformen stehen rechtliche und grundgesetzliche Bestimmungen, föderale Strukturen, aber auch Partikularinteressen der jeweiligen staatlichen Akteure entgegen, die um Einfluss und Kompetenzen fürchten.“ Unter den internationalen Initiativen, die eine solche Vernetzung voranbringen, wird von den Autoren im Folgenden auch Frontex genannt.¹⁸

Zentralisierte Entscheidungsstrukturen ohne (mensch-)rechtliche Kontrolle

Vernetzung, wie sie von Frontex betrieben wird, stärkt die exekutiven Organe und deren informelle Zirkel. So kann der deutsche Innenminister unmittelbar Beamte der Bundespolizei, nicht aber der Länderpolizeien Frontex unterstellen. Einsätze der Agentur erfordern zwar die Zustimmung der jeweiligen Regierung (d.h. des Innenministeriums), nicht aber des jeweiligen Parlaments. Von welcher Seite jeweils die Initiativen für solche Einsätze ausgehen, lässt sich nicht nachprüfen. Die wenigen Einschränkungen, welche den gemeinsamen Grenzschutzteams vom EU-Parlament auferlegt wurden, werden dadurch umgangen, dass die Einsätze, bei denen real Personen festgenommen und zurückgewiesen und Reisedokumente beschlagnahmt werden, als Übungen, basierend auf fiktiven Szenarien, deklariert werden. Welche Rechte ein Beamter mit Frontex-Armbinde besitzt, ist den Betroffenen einer Kontrolle nicht ersichtlich und es ist rechtlich ungeklärt, wie Betroffene überhaupt

feststellen können, ob die Beamten Rechte verletzt haben. Überhaupt können die Exekutivorgane innerhalb der EU immer wieder neue Spielräume nutzen, da sich die rechtlichen Grundlagen ihres Handelns – ja selbst die jeweilige Zuständigkeit von Gerichten – oft schneller ändert, als dass die Rechtslage überhaupt durch erste Rechtssprechungen geklärt ist.

An einer Klärung der Rechtslage ist Frontex nicht interessiert. So kann der Exekutivdirektor der Agentur, Ilkka Laitinen, weiter behaupten, das internationale Flüchtlingsrecht gelte nicht auf Hoher See und deshalb könnten seine Beamten dort „leider“ keine Asylanträge entgegennehmen.¹⁹ Auch an einer Information des EU-Parlaments und Transparenz der Behörde ist deren Leitung nicht gelegen. Einer Einladung des Innenausschusses zu einer Anhörung über die „Tragödie der MigrantInnen auf See“ ist Laitinen ohne Entschuldigung ferngeblieben.²⁰ Klar rechtswidrig ist die Praxis, bereits in den Hoheitsgewässern der westafrikanischen Staaten potentielle MigrantInnen von der Ausreise aus dem Senegal und Mauretanien abzuhalten – doch diese Handlung wird formal von einzelnen Beamten des jeweiligen afrikanischen Küstenstaates vorgenommen, der auf EU-europäischen Booten von EU-europäischen Beamten an die Stellen gebracht wird, wo die EU-europäischen Aufklärungsinstrumente potentielle MigrantInnen vermuten. Aufgrund der Effektivierung der Kontrolle gerade im Mittelmeer werden gefährlichere Routen gewählt und sterben Menschen. Frontex organisiert Abschiebungen, verhandelt Rücknahmeabkommen und übt Druck auf Drittstaaten aus, ihre Grenzen zu schließen und „Schlepper“ festzunehmen. Eine wesentliche Entrechtung der MigrantInnen vollzieht sich bereits im präventiv-nachrichtendienstlichen Vorfeld, wenn Frontex Informationen an die Transitstaaten weitergibt, die dort zu Razzien in Flüchtlingslagern und zur Festnahmen von „Schleusern“ führen oder wenn die Agentur Informationen von Verbindungsbeamten oder aus (anderen) Geheimdienstquellen über vermeintlich gefälschte Dokumente, die in gewissen Regionen kursieren, in die Datenbanken der mitgliedsstaatlichen Polizei- und Ausländerbehörden einspeisen und so Menschen illegalisieren. Oder wenn Frontex-Beamte an europäischen Flughäfen Menschen, die legal einreisen, aufgrund ihrer Herkunft aussortieren und stundenlang befragen, weil sie Erkenntnisse haben, dass diese Personen ihren Aufenthalt unerlaubt verlängern könnten. All dies sind nur die ersten Auswirkungen der operativen Zusammenarbeit im europäischen Sicherheitssektor, die wie immer an denen sichtbar werden, die ohnehin weniger Zugang zum Recht haben: „Ausländer“. Spätestens wenn die Pläne des EU-Innenkommissars Frattini zu einem EU-weiten Entry/Exit-System umgesetzt sind,²¹ die auf Vorschlägen von Frontex beruhen, sollen bei der Ausreise aus der EU alle Menschen ihre Augeniris scannen lassen. Sie können das verweigern, doch dann gelten sie bei der Einreise als verdächtig.

In wessen Gewalt befindet sich Frontex, wer kontrolliert den EU-europäischen Sicherheitssektor? Die nationalen

Grenzschutzbehörden können über die Agentur repressive Technologien und Praktiken austauschen, die nationalen Innenministerien die Agentur als Buhmann oder als Lösung präsentieren. Die Kommission nutzt die Agentur zur Strukturierung und Subvention der europäischen Sicherheitsindustrie. Das Europäische Parlaments stimmt dem jährlich steigenden Budget zu. „Managementsysteme der wirkungsorientierten Verwaltung“ vertragen keine Kontrolle, sondern müssen sich der jeweils identifizierten Bedrohungslage stets flexibel anpassen. Nur so ist effizientes Regieren möglich. Und das ist die Hauptsache der EU. Ob all die Vernetzung die Effizienz der Sicherheitsbehörden letztlich tatsächlich steigert, sei dahingestellt. Die „Besondere Aufbau-Organisation“ Kavala, mit all ihren militärischen, geheimdienstlichen und polizeilichen Verbindungsbeamten und ihren integrierten Lagebildern eine kurzfristige ad-hoc Variante von „intelligentem Managementsystem der wirkungsorientierten Verwaltung“ hat jedenfalls in Rostock 2007 einen der am schlechtesten koordinierten Polizeieinsätze der Geschichte zu verantworten.

Anmerkungen

- 1 International Crisis Group: Reforming Haitis Security Sector, Latin America/Caribbean Report No. 28, September 2008.
- 2 Kommission der EG: COM(2006) 253 final.
- 3 Heiko Borchert: Vernetzte Sicherheitspolitik: Bausteine eines neuen Leitbildes, in: Sicherheit + Frieden 1/2004.
- 4 Das Dokument trägt bezeichnenderweise die Unterschrift der damaligen ratsvorsitzenden Rechtspopulistin Rita Verdonk aus den Niederlanden.
- 5 Frontex Arbeitsprogramm 2006.
- 6 Félix Arteaga: Maritime Illegal Migration Towards the European Union: The Command and Control Centre in the Canary Islands, <http://www.realinstitutoelcano.org> (22.11.2007), 2007.
- 7 Frontex Annual Report 2006.
- 8 Kommission der EG: KOM(2008) 68 endgültig.
- 9 Kommission der EG: C(2008)4598 (Arbeitsprogramm der Kommission 2009 für das Thema „Sicherheit“ im FPR7).
- 10 Christoph Marischka: Der Alptraum Sicherheit, IMI-Analyse 2008/025.
- 11 Pressemitteilung der Kommission der EG (IP/07/1296): Mehr Sicherheit für die EU-Bürger: Kommission fördert den Dialog zwischen öffentlichem und privatem Bereich.
- 12 Sascha Lange: Falludscha und die Transformation der Streitkräfte - Häuserkampf in Städten als dominante Kernfähigkeit der Zukunft?, SWP-Diskussionspapier FG3 - DP 01, 2005.
- 13 Russell P. Petcoff: Air Force develops plan for filling unmanned aircraft system positions, Bagram Airbase News. Auch die Bundeswehr setzt(e) bei ihren Einsätzen auf dem Balkan, in Afghanistan und der DR Kongo Drohnen ein.
- 14 EU Action Plan on combating terrorism (revised), Februar 2006.
- 15 Europäisches Parlament: Entschließung (2008/2030(INI)) über Weltraum und Sicherheit.
- 16 Gemeinsame Aktion des Rates (2001/555/GASP) vom 20. Juli 2001 betreffend die Einrichtung eines Satellitenzentrums der Europäischen Union.
- 17 EUSC Annual Report 2006.
- 18 Rainer Brinkmann / Dirk Peters: Herausforderung: Maritime Sicherheit, in: Sicherheit + Frieden (1/2008)
- 19 So Laitinen am 19.5.2008 im Europäischen Haus, Berlin.
- 20 Christoph Marischka: In die Einbahnstrasse der humanitären Tragödie, Telepolis (6.7.2007)
- 21 vgl. hierzu Heiner Busch: Megalomanie in Brüssel - Das Grenzpaket der EU-Kommission, in: CILIP 89.

Aus dem All in alle Welt

Weltraumpolitik für die Militärmacht Europa

von Malte Lüthmann

Seit dem Beginn dieses Jahrhunderts lässt sich beobachten, wie die europäische Sicherheits-Community mit wachsender Entschlossenheit in den Weltraum drängt. Das militärische Instrumentarium für die geopolitischen Ambitionen der EU soll so entscheidend erweitert werden. Außerdem zielen diese Bemühungen darauf ab, der europäischen Raumfahrtindustrie eine starke Basis für den internationalen Wettbewerb zu sichern.

Die Bedeutung des Weltraums für Politik und Militär begann allgemein mit der Entwicklung der Raketentechnologie seit dem Zweiten Weltkrieg rapide zu wachsen. Heutzutage ist es der Wandel der Kriegsführung unter dem Stichwort „Revolution in Military Affairs“ (RMA), der die breit angelegte Integration von Weltraumtechnologie in Kommandozentralen und auf dem Schlachtfeld beinhaltet und damit als Impulsgeber zur weiteren Militarisierung des Alls beiträgt. Gleichzeitig bietet der Weltraum ein Feld für internationale Kooperationen, was sich etwa im UN-Weltraumvertrag¹ von 1967 oder in der Zusammenarbeit zwischen den USA und Russland im Rahmen des Shuttle-Mir-Programms² ausdrückt, das Anfang der 90er Jahre durchgeführt wurde. Bei der Weltraumpolitik handelt es sich also um ein Politikfeld, das dank seines großen Potenzials für grenzüberschreitende Anstrengungen aktiv zur Förderung des Friedens genutzt werden könnte.

Gerade in jüngster Zeit verstärkt sich aber wieder eine Entwicklung, die in die entgegengesetzte Richtung weist. So haben die USA im Jahr 2006 ihren Dominanzanspruch im Weltraum und die Weigerung, sich Einschränkungen durch internationale Regulierungen auf diesem Gebiet zu beugen, zur offiziellen Doktrin erhoben.³ Andere Staaten, wie etwa die VR China oder Indien, ziehen derweil nach und entwickeln Technologien und Doktrinen, die es ihnen ermöglichen sollen, eigene Interessen gegen die Dominanz der USA durchzusetzen.⁴ Nachhaltig machte der erfolgreiche Test einer chinesischen Antisatellitenrakete (ASAT) im Januar 2007, bei dem ein ausgedienter Wettersatellit abgeschossen wurde, die Gefahr eines Wettrüstens im All deutlich. Die Europäische Union reagierte auf diesen Test mit einer Protesterklärung, in der sie ihn als Gefahr für die Sicherheit im Weltraum und für internationale Bemühungen, ein Wettrüsten im All zu verhindern, bezeichnet.⁵ Gleichzeitig betreibt die EU aber Anstrengungen, um die eigenen militärischen Fähigkeiten im Weltraum zu erweitern, durch die Stabilität und Frieden im Weltraum ernsthaft gefährdet werden. Nicht nur aufstrebende Weltmächte wie China und Indien könnten darin eine Bedrohung sehen, auch die USA beobachten die europäischen

Bestrebungen mit Argwohn, schließlich zielen sie auch auf mehr politische und militärische Unabhängigkeit von den USA ab. Anstatt Alternativen zur weiteren Militarisierung des Weltraums zu entwickeln, beteiligt sich die EU aktiv an diesem Prozess. Auf der praktischen Ebene werden derweil in zentralen Raumfahrtprojekten der Union zivile Finanzmittel etwa aus den EU-Forschungs- oder Verkehrsetats unter dem Deckmantel der dualen Nutzung zu Rüstungsausgaben umfunktioniert.

Die aggressive Neuausrichtung der europäischen Sicherheitspolitik

Nach dem „Kosovo-Schock“, ausgelöst durch das unkooperative Verhalten der US-Amerikaner im Krieg gegen Jugoslawien 1999, verstärkten die Europäer ihre Anstrengungen, eigene militärische Kapazitäten aufzubauen. Diese sollten unabhängig von den USA und der NATO, aber auf einem ähnlich hohen Niveau moderner Kriegsführung eingesetzt werden können. Das erklärte Ziel der zu diesem Zweck ins Leben gerufenen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ist es, die politischen und ökonomischen Interessen der Union in ihrer Nachbarschaft und möglichst auch im globalen Maßstab selbstständig durchzusetzen.⁶ Als zentrales Dokument dieses Paradigmenwechsels hin zu einer militarisierten EU kann die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) vom Dezember 2003 gelten.⁷ In diesem Papier wird erklärt, „eine aktive und handlungsfähige Europäische Union könnte Einfluss im Weltmaßstab ausüben.“⁸ Der EU wird aufgrund ihrer Größe und Wirtschaftskraft die Rolle eines globalen Akteurs zugesprochen, dem angesichts der Verflechtung der Weltwirtschaft, seines Rohstoffbedarfs und insbesondere angesichts seiner Abhängigkeit von fremden Energiequellen global aktiv werden müsse.⁹

Andere Politikbereiche, wie etwa der Katastrophenschutz, die Entwicklungszusammenarbeit aber eben auch die Weltraumpolitik bleiben von dieser Entwicklung alles andere als unberührt. Sie werden Teil eines ausgeweiteten Sicherheitsbegriffs, der zivile Kapazitäten nicht als Alternative, sondern als integralen Bestandteil einer ressortübergreifenden europäischen Machtpolitik begreift. Die Europäische Union verfolgt deshalb die Verschmelzung ziviler und militärischer Außenpolitik. Ziel ist es dabei nicht, Krieg als Mittel der Politik abzulösen, sondern die Sicherheitspolitik durch die Verknüpfung und Koordinierung des Einsatzes von Militär mit zivilen Mitteln in ihrer Effektivität zu steigern. In der ESS wird dementsprechend hervorgehoben: „Die Union könnte einen besonderen Mehrwert erzielen, indem

sie Operationen durchführt, bei denen sowohl militärische als auch zivile Fähigkeiten zum Einsatz gelangen.¹⁰ Die Hauptgefahr dieses Konzeptes liegt darin, dass Alternativen zu einer militarisierten Machtpolitik durch einen umfassenden Sicherheitsbegriff vereinnahmt und dadurch nicht mehr unabhängig von militärisch geprägten Bedrohungslogiken wirksam werden können.¹¹ Um den verschiedenen Bedrohungen zu begegnen, mit denen sich die Union konfrontiert sieht, wird die außen- und sicherheitspolitische Strategie auf präventive Interventionen ausgerichtet, die neben zivilen auch militärische Mittel als Instrumente der Politik explizit einschließen. So soll wenn nötig „robustes Eingreifen“ teil einer aktiven EU-Politik werden.¹²

Voraussetzung hierfür ist die Fähigkeit, Soldaten innerhalb kurzer Zeit und nahezu weltweit im Rahmen der Petersberg-Aufgaben einsetzen zu können. Die „strategische Aufklärung“ bzw. „Mittel für die Überwachung und die militärische Frühwarnung“ stehen dabei ganz oben auf dem Wunschzettel.¹³

Was der Weltraum leisten soll

Im Umfeld militärischer Operationen, die durch den Einsatz flexibler, hochmobiler Einheiten in einem großen Einsatzgebiet geprägt sind, das möglicherweise zudem weit von Europa entfernt und den Soldaten wenig bekannt sein kann, spielen weltraumgestützte Aufklärungsfähigkeiten eine entscheidende Rolle. Es ist also kein Zufall, dass neben dem Lufttransport die strategische und taktische Aufklärung zu den größten qualitativen Defiziten der EU-Interventionsfähigkeit gezählt wird. Außerdem werden Gebiete, die für die EU aus sicherheitspolitischer Sicht von generellem Interesse sind, auch unabhängig von konkreten Einsätzen per Satellit sozusagen vorsorglich überwacht.¹⁴ Allgemein herrscht Einigkeit über die große Bedeutung des Weltraums für die moderne Kriegsführung. Der Politikwissenschaftler Götz Neuneck etwa stellt fest, dass „heute für global agierende Streitkräfte im Rahmen der ‚Revolution in Military Affairs‘ viele Weltraumanwendungen im Bereich Kommunikation, Aufklärung und Navigation unverzichtbar [sind]. Die Verwendung von Satelliten hat die moderne Kriegsführung grundlegend verändert.“¹⁵

Neben der Aufklärung kommen hier noch die Kommunikation und Navigation zum weltraumbasierten Fähigkeitspaket hinzu. Zurzeit sind es also insgesamt drei militärisch relevante Dimensionen der Nutzung des Weltraums, ohne die Einsätze, wie sie den EU-Strategen vorschweben, faktisch nicht durchführbar wären. Die zunehmende Ausbreitung der Systeme aus allen drei Kategorien, von der strategischen Führungsspitze bis hinunter zu den einzelnen Soldaten, zeugt von einer Entwicklung, an deren Ende eine vernetzte Truppe stehen soll, die sich auf allen Ebenen von der Aufklärung über die Führung bis zum Kampf auf Satellitensysteme stützt wird.¹⁶ Dadurch soll sie weltweit schnell und mit tödlicher Präzision einsetzbar sein. Welche Möglichkeiten die EU durch ihre neu gewonnene Kriegsführungsfähigkeit erhalten hat, zeigt sich seit dem Jahr 2003

in einer Reihe polizeilicher („ziviler“) und militärischer Operationen vornehmlich auf dem Balkan und in Afrika.

Ein neues Kapitel der europäischen Raumfahrt

In etwa parallel zum Aufbau der ESVP wurden ab dem Jahre 1999 konkrete Schritte zur Ausgestaltung einer Weltraumpolitik für die EU unternommen. Ziel dieser Anstrengungen ist es, den Raumfahrtsektor aktiv in die EU-Politik einzubeziehen, da er als Querschnittssektor für die technologische Entwicklung in vielen Wirtschaftsbereichen und damit auch für viele Politikfelder von zunehmend existenzieller Bedeutung ist. Einen ersten Meilenstein in der Diskussion auf EU-Ebene stellte die Vorlage eines Strategiepapiers für die europäische Raumfahrt im Herbst 2000 durch die EU-Kommission und die Europäische Raumfahrtagentur (ESA) dar.¹⁷ Diese Strategie sollte nach dem Willen der Autoren, „zum Dreh- und Angelpunkt europäischer Raumfahrtaktivitäten werden und ein neues Kapitel der europäischen Raumfahrt aufschlagen.“¹⁸ Ein neues Kapitel, das von Anfang an auch im Dienst der ESVP stehen sollte.

Im 2003 veröffentlichten Weißbuch zur Weltraumpolitik stützt sich die EU-Kommission im Wesentlichen auf vier Argumente, die eine Ausdehnung der Aktivitäten in diesem Feld begründen sollen.¹⁹ Ein wichtiges Motiv ist die Sicherstellung eines autonomen EU-Zugangs ins All. Da der Weltraum als entscheidender Bereich für viele Politikfelder der EU angesehen wird, gilt der Zugang zu Technologien und Trägerraketen bzw. Startkapazitäten als strategische Ressource der EU-Politik. Auch die Nutzung des Weltraums für die europäische Sicherheit und Verteidigung wird als ein wichtiges Argument betrachtet, da „Raumfahrttechnologie, -infrastruktur und -dienste [...] ein wesentlicher Baustein für einen der dynamischsten Politikbereiche der EU - die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) [sind].“²⁰

Insgesamt wird auch auf das Gebiet der Weltraumpolitik der Topos einer aktiven und unabhängigen Weltpolitik für die EU übertragen, die dem ökonomischen Gewicht der Union in der Welt entsprechen müsse. So weist Pia Kohorst in einer Analyse der europäischen Weltraumpolitik darauf hin, dass der Weltraum für die EU in zweierlei Hinsicht von strategischer Bedeutung ist. Zum einen dank seiner „Katalysatorfunktion für eine wirtschaftliche Führungsrolle der EU auf dem Gebiet der Weltraumtechnologien und -anwendungen. Zum anderen erfüllt der Weltraum eine emanzipatorische Funktion für die wachsende und in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht selbstständig agierende Europäische Union.“²¹ Ebenso sind die Autoren des Weißbuchs zur Raumfahrtspolitik davon überzeugt, „dass die Raumfahrt Europa dabei helfen wird, ein besserer Nachbar und ein respektierter Partner der globalen Gemeinschaft zu sein. [...] Außerdem wird die Europäische Union besser für eine globale Führungsrolle auf politischem, wirtschaftlichem und wissenschaftlichem Gebiet ausgestattet.“²² Die angestrebte Rolle als globaler Akteur,



Galileo-Satellitensystem, Bild: ESA

wie sie in der Europäischen Sicherheitsstrategie dargelegt wurde, findet ihre Entsprechung in der strategisch wichtigen Weltraumpolitik.

Einen ersten Schritt zur Förderung militärischer Raumfahrtaktivitäten machte eine von der EU-Kommission im Jahr 2001 gebildete Beratergruppe, die sich mit der Situation im Luft- und Raumfahrtsektor beschäftigen sollte. An der illustren Runde nahmen neben fünf Mitgliedern der Kommission, zwei EU-Parlamentariern und Javier Solana, dem Hohen Repräsentanten für die GASP, auch sieben Vorstandsvorsitzende bzw. Geschäftsführer der wichtigsten europäischen Luft-, Raumfahrt- und Rüstungsunternehmen teil.²³ In ihrem Abschlussbericht mit dem klangvollen Namen „STAR21“ fordert sie zur Förderung der militärischen Fähigkeiten und der industriellen Basis der EU u.a. die Entwicklung „komplett in Europa verankerter Weltraumverteidigungs- und -sicherheitskapazitäten für Überwachung, Aufklärung und Führung inklusive Telekommunikation und Ortung.“²⁴ Im Juni 2004 setzte die EU-Kommission eine weitere Expertenrunde ein, die sich mit konkreten Problemen und Lösungen bei der Weltraumnutzung für die militärischen Ambitionen der EU beschäftigte. Unter den Schlussfolgerungen im Bericht dieses „Sachverständigen-gremiums zu Weltraum und Sicherheit“ (SPASEC) findet sich die Forderung, dass „den Sicherheitsanwendungen im Weltraum eine hohe Relevanz im bevorstehenden Europäischen Weltraumprogramm eingeräumt werden sollte.“²⁵ Im Einzelnen werden, neben dem schon bekannten Trio aus Satellitenaufklärung, Telekommunikation und Navigation/Positionierung, Satelliten zum weltweiten Abhören von funkgestützter Kommunikation und zur Ortung elektromagnetischer Strahlung, etwa von Radaranlagen (insgesamt als *Signal Intelligence* (SIGINT) bezeichnet), ein Frühwarn-

system zur globalen Erkennung von Raketenstarts und ein unabhängiges europäisches Weltraumüberwachungssystem gefordert.²⁶ Die nächsten Schritte nach der Fertigstellung von Galileo, etc. sind damit schon vorgezeichnet.

Eine breite Front einflussreicher Akteure ist sich also einig: Eine Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die europäische Werte und Interessen weltweit und mit möglichst allen Mitteln durchsetzen will, kann nicht ohne Weltraumssysteme auskommen. Vorangetrieben werden entsprechende Bemühungen von einem Konglomerat aus EU-Kommission, Rat und der europäischen Raumfahrt-/Rüstungsindustrie sowie einigen wissenschaftlichen Beratern, die meist aus nationalen Raumfahrtagenturen oder staatsnahen Forschungsinstituten kommen. Innerhalb dieser Institutionen und Verbände sind Vertreter aus den großen EU-Staaten mit eigenen nationalen Raumfahrtprogrammen und -agenturen die stärksten Triebkräfte. Dazu zählen insbesondere Frankreich und Deutschland sowie Italien und Spanien, während Großbritannien, wie in vielen anderen Fragen der Militarisierung der EU, eine eher ambivalente Position einnimmt. Eine besondere Rolle kommt des Weiteren der europäischen Raumfahrtorganisation ESA zu, die sich seit einigen Jahren zunehmend affirmativ gegenüber einer wachsenden Rolle Europas bei der militärischen Nutzung des Alls zeigt und entsprechenden EU-Plänen auf wissenschaftlicher bzw. technischer Ebene zuarbeitet. Die beiden Organisationen haben zu diesem Zweck 2003 einen Kooperationsvertrag unterzeichnet. Schließlich sollte der Einfluss der Industrie in der beschriebenen Akteurskonstellation nicht unterschätzt werden, da ihre Vertreter an allen offiziellen und mit einiger Sicherheit auch an den inoffiziellen Beratungsprozessen teilnehmen, wie etwa in der STAR21- und der SPASEC-Gruppe.

Kosten der Aufrüstung im All

Neben der Formulierung von Zielen für die europäische Raumfahrtspolitik hat sich die Kommission in ihrem Weißbuch auch mit den dabei anfallenden Kosten beschäftigt. Sie kommt zu dem Schluss, dass die jährlichen Ausgaben aller staatlichen Akteure im europäischen Raumfahrtsektor von € 5,38 Mrd. im Jahr 2004 auf € 8,08 Mrd. im Jahr 2013 gesteigert werden müssten, um die gesetzten Ziele in vollem Umfang zu erreichen.²⁷ Die mit Abstand größte Steigerung soll dabei auf die Ausgaben im Bereich „Sicherheit“ entfallen, die bis 2013 um € 750 Mio. erhöht werden sollen.²⁸ Nur mit einer solchen Steigerung können der Kommission zufolge die geforderten „umfangreichen sicherheits- und verteidigungsrelevanten Raumfahrtentwicklungen“ durchgeführt werden.²⁹

Im Anschluss an das Weißbuch hat auch das SPASEC-Beratergremium ungefähr veranschlagt, wie viel Geld in Zukunft für sicherheitsrelevante Weltraumsysteme ausgegeben werden sollte. Ausgehend von den öffentlichen Gesamtausgaben in diesem Segment in Europa, die nach Angaben des SPASEC-Berichts im Jahr 2004 bei ca. € 1 Mrd. lagen, wird prognostiziert, dass bis 2012 eine Verdopplung dieses Betrags auf rund € 2 Mrd. pro Jahr nötig sein wird.³⁰ An dieser Stelle wird beispielhaft der Einfluss der Raumfahrt- und Rüstungslobby deutlich, denn diese Vorhersage und die zugrunde liegenden Berechnungen, die noch über die im Weißbuch anvisierte Steigerungsrate hinausgehen, übernahm das Gremium direkt von EUROSPACE, dem Branchenverband der europäischen Raumfahrtindustrie.³¹

Auch wenn die Werte der beiden Prognosen sich geringfügig unterscheiden, sind sie sich doch einig darin, dass die Ausgaben für spezifische ESVP-relevante Weltraumsysteme drastisch gesteigert werden sollen. Darüber hinaus ist zu bedenken, dass die hohen Ausgaben für die Projekte GMES und Galileo, die neben ihrer zivilen Nutzung auch Anwendungen im Rahmen der ESVP unterstützen, in diesen Berechnungen nicht inbegriffen sind. Sie werden mit zusätzlichen Mitteln aus zivilen Etats finanziert.

Synergien durch zivil-militärische Nutzung?

Eine zentrale Position im Gesamtkonzept der Militarisierung des Weltraums kommt der dualen Nutzung (dual-use) der verwendeten Technologien und Systeme zu. Gemeint ist ihr möglicher Einsatz sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke. Von der Verbindung ziviler mit militärischen Raumfahrtprojekten verspricht man sich in der EU den effektiveren Einsatz von Finanzmitteln, vor allem aber wohl eine Steigerung der Akzeptanz öffentlicher Ausgaben in diesem Bereich. Diese Intention kann etwa beim Satellitennavigationssystem Galileo unterstellt werden, denn mit der Behauptung, Galileo sei ein ziviles System, kann legitimiert werden, dass es ausschließlich aus zivilen Etats finanziert wird.

Der Begriff dual-use und die oft angeführten Synergien verschleiern bewusst, dass es sich bei dem Konzept letztlich um eine Einbahnstraße handelt. Während militärisch

konzipierte Systeme weiterhin ausschließlich militärischen Nutzern vorbehalten bleiben, sollen zivile Systeme für militärische Anwendungen zugänglich gemacht werden. Auf diesem Wege können Mittel, die eigentlich nicht für das Militär vorgesehen oder als solche deklariert sind, an den Augen der Öffentlichkeit vorbei für Rüstungszwecke ausgegeben werden. Die Behauptung, so könnten ansonsten brachliegende Potenziale sinnvoll ausgeschöpft werden, entspricht dabei nicht der Wahrheit, denn um ein System militärisch zu nutzen, fallen immer zusätzliche Kosten an. Sogar die EU-Kommission gibt dies zu, wenn sie z.B. in einer Mitteilung zum Thema GMES feststellt: „Eine echte duale Nutzung bedeutet nichts anderes als die gemeinsame zivile und militärische Nutzung von Daten. Technisch gesehen führt dies zu Zusatzkosten für das Bodensegment, wo die Trennung zwischen zivilen und militärischen Systemen auch weiterhin bestehen bleibt.“³² Darüber hinaus stehen alle Satellitenkapazitäten, die für militärische Zwecke genutzt werden, ob es sich nun um Sendefrequenzen oder Satellitenbilder handelt, zivilen Anwendern nicht mehr zur Verfügung. Im Hinblick auf die Sicherheit im Weltraum erhöht sich außerdem die Gefahr für die zivile Satelliten-Infrastruktur im Falle einer Konfrontation, wenn die Unterscheidung zwischen militärischen und zivilen Systemen weiter verwischt wird und Letztere dadurch ins Visier gegnerischer Militärs geraten.

Projekte der Weltraummacht Europa – EUSC, Galileo und GMES

Die programmatische Diskussion um eine kohärente EU-Strategie für den Weltraumsektor wird durch konkrete Projekte vervollständigt, die in den letzten zehn Jahren in Angriff genommen wurden, um Satellitentechnologie für die politischen und militärischen Ziele der EU zu nutzen. Zu diesen Projekten zählen die Einrichtung des EU-Satellitenzentrums (EUSC), ferner das Satellitennavigationssystem Galileo und die „globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachung“ kurz GMES. Für das EUSC, das eingerichtet wurde, um den Bedarf an Satellitenbildern und darauf gestützten Lageinformationen zu decken, der durch die Entwicklung der ESVP entstand, werden Jahr um Jahr ca. € 10 Mio. ausgegeben.³³ Während in diesem Fall der militärische Charakter wenigstens offen beim Namen genannt wird, werden GMES und insbesondere Galileo als zivile Projekte mit vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten dargestellt. Gleichwohl sind beide als Instrumente für Sicherheitspolitik und Militäreinsätze von größtem Wert. Beide Projekte stellen dementsprechend Prototypen der in den europäischen Strategiepapieren geforderten dual-use-Systeme dar.

GMES ist ein Vernetzungsprojekt, das Daten verschiedener europäischer Erdbeobachtungssatelliten und bodengebundener Messstationen zusammenführen und diese primär für Nutzer aus der EU aufbereiten soll.³⁴ Den Kern des Projekts bilden 30 Erdbeobachtungssatelliten, die den Großteil der benötigten Daten liefern sollen, darunter praktisch alle bestehenden und geplanten Erdbeobachtungspro-

gramme in Europa aus dem zivilen bzw. dual-use Bereich.³⁵ Der Aufbau von GMES erfolgt durch eine Vielzahl von Einzelprojekten, die sich mit spezifischen Anwendungsmöglichkeiten und den Verwaltungsstrukturen befassen. Nach Angaben von „FTE info“, dem Forschungsmagazin der EU, belaufen sich die Gesamtkosten für GMES auf € 5 Mrd. in einem Zeitraum von zehn Jahren (gemeint ist wohl 2004-2013).³⁶ Das Ziel der Initiative definiert die EU-Kommission wie folgt: „In einer Zeit, wo die Informationsnachfrage geostrategische Auswirkungen hat, zielt GMES darauf ab, eine Kapazität zu schaffen, die es Europa ermöglicht effektiv ihre Interessen zu vertreten, und den Herausforderungen und Bedrohungen in einem weiten politischen Bereich gerecht zu werden.“³⁷ Volker Liebig, der Leiter der zuständigen Abteilung bei der ESA, führt ein weiteres Motiv an: „Die zu Grunde liegende Idee [...] ist die Unabhängigkeit Europas, das sich auf seine eigenen globalen Informationen verlassen können muss.“³⁸ Günter Verheugen charakterisierte die mit GMES verfolgten Ambitionen passend, als er bei einer Fachkonferenz 2007 feststellte, die EU melde sich mit diesem Projekt als „Weltraummacht“ an.³⁹ Welche Informationen durch GMES zur Verfügung gestellt werden sollen, wurde im Januar 2003 bei einer Konferenz zur Sicherheitskomponente des Programms festgehalten: „Ob wir routinemäßige Lageüberwachung, den Vorlauf einer Krise oder die Durchführung von Operationen betrachten, wir brauchen rechtzeitig genaue Aufklärungsbilder, um den politischen und militärischen Entscheidungsprozess zu unterstützen.“⁴⁰ In der Aufbauphase von 2004-2008 wurden schließlich eine Reihe von Einzelprojekten gestartet, durch die Anforderungen befriedigt und Probleme gelöst werden, die sich speziell auf den Einsatz von GMES für militärische Zwecke beziehen. Hier finden sich sowohl auf der Nutzerseite als auch bei den Projektpartnern zahlreiche militärische Einrichtungen bzw. nationale Armeen.

Unter den Projekten der europäischen Weltraumpolitik wurde dem Navigationssystem Galileo über die letzten Jahre mit Abstand die größte öffentliche Aufmerksamkeit zuteil. Eher im Hintergrund wurde dabei diskutiert, ob es sich bei Galileo wirklich um eine zivile Alternative zu den militärischen Systemen Glonass und GPS aus Russland

bzw. den USA handelt. Folgt man der offiziellen Position aus Brüssel, so könne z.B. nach den Worten des EU-Verkehrskommissars Jacques Barrot kein Zweifel daran bestehen, dass Galileo „ein ziviles System unter ziviler Kontrolle“ sei, das allenfalls auch militärisch genutzt werden könne.⁴¹ Diese Einschränkung verschweigt, dass Teile der Systemarchitektur von Galileo speziell auf die Anforderungen der militärischen Nutzung ausgelegt sind und für militärische EU-Gremien die Möglichkeit besteht, in die Kontrolle des Systems einzugreifen. Bei näherer Betrachtung bleibt also sowohl von dem angeblich zivilen System als auch von der zivilen Kontrolle wenig übrig.

Nach seiner Fertigstellung im Jahr 2013 wird Galileo aus einer Konstellation von 30 Satelliten und einem weltumspannenden Netz von Bodenstationen bestehen. Gegenüber GPS versprechen sich die Entwickler von der Satelliten-Konstellation gesteigerte Positionsgenauigkeit und eine höhere Zuverlässigkeit des Systems insbesondere in nördlichen Regionen etwa in Skandinavien sowie in urbanen Gebieten. So soll mit Galileo im städtischen Bereich eine 95%ige Abdeckung gegenüber 50% bei GPS erreicht werden.⁴² Auf Basis dieser Infrastruktur wird Galileo fünf Dienste anbieten, u.a. einen frei zugänglichen Service ähnlich dem öffentlichen GPS-Signal.⁴³ Von besonderer Bedeutung für die Diskussion um die militärische Nutzung ist der Öffentlich Regulierte Dienst („Public Regulated Service“ – PRS). Der PRS soll sich durch garantierte Kontinuität, erhöhte Präzision und besondere Resistenz gegenüber Störungen aller Art auszeichnen. Er wird verschlüsselt gesendet, sodass nur von der EU autorisierte Nutzer Zugang erlangen können. Der PRS wird so eingerichtet sein, dass er auch in Krisenfällen und insbesondere dann, wenn andere Galileo-Dienste gestört oder abgeschaltet sind, weiter genutzt werden kann. In Großbritannien sieht man die Entwicklung des PRS mit Argwohn und stand zumindest bis 2005 seiner militärischen Nutzung skeptisch gegenüber. So stellte der Verkehrsausschuss des britischen Unterhauses in einer Sitzung zu Galileo im Jahr 2004 fest: „Der Nutzen des Dienstes ist ungeklärt, die Regierung Großbritanniens hat gesagt, dass sie ihn überhaupt nicht nutzen will und es gibt starke Vermutungen, dass zumindest ein Land ihn für militärische Zwecke nutzen möchte.“⁴⁴ Gleichzeitig sei klar, „dass die Bereitstellung eines solchen Dienstes zusätzliche Kosten verursachen wird.“⁴⁵ Kosten, für die es offensichtlich keine zivile Rechtfertigung gibt. In der Folgezeit zeichnete sich allerdings zunehmend deutlich ab, dass viele EU-Mitglieder den Einsatz dieses militärischen Dienstes durch ihre Streitkräfte planen. Als ein Vorteil von Galileo gegenüber GPS wird regelmäßig hervorgehoben, dass das europäische System ein ununterbrochenes Signal auch in Krisenzeiten garantiere, da es unter ziviler Kontrolle stehe.⁴⁶ Demgegenüber legte die EU-Kommission schon 2001 bezüglich des öffentlichen Galileo-Signals fest: „In Krisenzeiten wird dieses Signal eingestellt (gestört), um eine Nutzung in böswilliger Absicht zu verhindern.“⁴⁷ Wohlge-merkt soll nur das öffentliche Signal abgeschaltet werden,



GMES-System, Bild: ESA

das PRS-Signal wird ja im Krisenfall von den europäischen Armeen gebraucht. Zivil ist die Kontrolle über Galileo also nur solange, wie keine militärisch-relevanten Entscheidungen zu fällen sind. Tritt eine Krise ein, übt der Rat die Kontrolle aus, der in diesem Fall wohl aus den nationalen Verteidigungsministern oder den Staats- und Regierungschefs zusammengesetzt sein würde. Bisher wurden ca. € 1,5 Mrd. für das Vorhaben ausgegeben.⁴⁸ Bis 2013 werden nach offiziellen Angaben weitere € 3,4 Mrd. an öffentlichen Mitteln benötigt.⁴⁹ Nach Recherchen des „Spiegel“ werden die wirklichen Zusatzkosten allerdings eher bei € 5-10 Mrd. liegen.⁵⁰ Dieses Geld wird für ein Projekt ausgegeben, das in entscheidenden Elementen militärische Züge trägt und im zivilen Bereich in Zukunft mit bis zu vier globalen Navigationssystemen konkurrieren muss, da neben der EU und den USA auch Russland und China ernsthafte Anstrengungen zum Aufbau entsprechender Systeme unternehmen.

Militärische Weltraumnutzung unter verschärfter Konkurrenz

Zu den Problemen und Gefahren, die mit der Militarisierung der Weltraumpolitik in der EU zusammenhängen, gehört die wachsende Wahrscheinlichkeit von Konfrontationen im All. Die EU ist zwar nicht die einzige und auch nicht die wichtigste Kraft hinter der aktuell forcierten Militarisierung des Weltraums, eine wesentlichere Rolle spielen die USA und auch China ist ein wachsender Faktor in diesem Prozess. Allerdings werden ihre steigenden Raumfahrtausgaben – mindestens € 10 Mrd. bis 2013 allein für Galileo und GMES und jährliche Mittel für militärische Weltraumsysteme von bis zu € 4 Mrd. im selben Zeitraum – der EU mittelfristig den zweiten Platz im Konzert der Weltraummächte sichern. Schon allein deshalb ist die Richtung, die die Union in diesem Politikbereich einschlägt, von

globaler Bedeutung.

Auf allen Seiten werden im Zuge der Aufrüstung im Weltraum früher getroffene Verträge zunehmend ausgehöhlt. So wurde das Gebot, den Weltraum nur friedlich zu nutzen, soweit verdreht, dass mittlerweile nur noch von einer nicht-aggressiven Nutzung die Rede ist, die allerdings angesichts des realen Einsatzes von Satellitensystemen für aggressive Kampfhandlungen nur einen notdürftigen Versuch darstellt, den Schein der Rechtmäßigkeit zu wahren. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen ist entschiedenes Gegensteuern und insbesondere eine Neuauflage internationaler Abkommen gegen die Militarisierung des Weltraums nötig, unter Berücksichtigung der gewachsenen Relevanz von Satelliten für die Kriegsführung. Innerhalb der EU muss eine wirklich zivile Weltraumpolitik den Platz der Raumfahrt in Tarnfarben einnehmen. Letztlich geht es darum, die Konkurrenz bei der Erkundung und Nutzung des Alls zugunsten echter Zusammenarbeit im Interesse aller Menschen aufzugeben, wie es schon 1967 im Zusammenhang mit dem UN-Weltraumvertrag gefordert wurde.

Anmerkungen

1 United Nations (1967): Treaty On Principles Governing the Activities of States in the Exploration and Use of Outer Space including the Moon and Other Celestial Bodies. In: United Nations (2002): United Nations Treaties and Principles on Outer Space. ST/Space/11. URL: <http://www.unoosa.org/pdf/publications/STSPACE11E.pdf> (22.10.07)

2 Vgl. ESA (1999): History of Shuttle-Mir. URL: <http://spaceflight.nasa.gov/history/shuttle-mir/index.html> (22.10.07)

3 Vgl. Global Security (2006): US National Space Policy 2006. URL: http://www.globalsecurity.org/space/library/policy/national/us-space-policy_060831.pdf (15.01.08)

4 Vgl. Wortzel, Larry M. (2007): The Chinese People's Liberation Army and Space Warfare. Emerging United States-China Competition. AEI Online. URL: http://www.aei.org/publications/pubID.26977/pub_detail.asp (15.01.08)

5 Rat der Europäischen Union (2007): Erklärung des Vorsitzes im Na-

Gegen militärische Nutzung des Weltraums und des Projektes Galileo

Der am 10. Juli im Europäischen Parlament verabschiedete Bericht „Weltraum und Sicherheit“ (Wogau-Bericht) spricht sich verbal gegen die Militarisierung des Weltraumes aus, um im gleichen Bericht konkrete Vorschläge für dessen militärische Nutzung durch die EU ihre Mitgliedsstaaten zu machen. Mein Antrag für die Linksfraktion GUE/NGL für eine ausschließlich zivile Nutzung des Weltraums wurde von den anderen Fraktionen mehrheitlich abgelehnt, das ist bezeichnend.

Das europäische Satellitenprojekt Galileo wurde immer als die zivile Alternative zum militärischen us-amerikanischen GPS beworben. Nun soll es - nach dem Willen der Mehrheit des Europäischen Parlamentes - auch militärisch genutzt werden. Ein zweites militärisches Satellitenprojekt braucht niemand, es sei denn, es geht um eigenständiges militärisches Agieren der Europäischen Union.

Die Rechtslage ist eindeutig: Der bestehende EU-Vertrag verbietet eine Nutzung des EU-Haushaltes für militärische Zwecke (Dazu Günther Verheugen in der Debatte: „Die

vertraglichen Grundlagen (sagen) ganz klar, dass wir aus dem Gemeinschaftshaushalt keine Maßnahmen der europäischen Verteidigung oder Maßnahmen militärischer Natur finanzieren können.“). Dennoch wurde der Antrag der Linksfraktion GUE/NGL auf rein zivile Nutzung von Galileo mehrheitlich abgelehnt. Im Bericht „Weltraum und Sicherheit“ wird also für einen Bruch der Rechtslage plädiert.

Wie widersprüchlich mit der militärischen Nutzung des Weltraums umgegangen wird, zeigt ein Antrag der Grünen Fraktion, der einerseits „betont, dass Galileo ein Weltraumprojekt für zivile Zwecke bleiben muss“, aber dann heißt es: „anerkennt nichtsdestotrotz seine Bedeutung für eigenständige ESVP-Operationen“.

Der Weltraum darf - auch von der EU und den EU-Mitgliedstaaten - grundsätzlich nicht militärisch genutzt werden!

Tobias Pflüger

- men der Europäischen Union zu dem von China durchgeführten Test einer Anti-Satelliten Rakete. P 005/07. S. 1
- 6 Die Begriffe „Sicherheit“ und „Verteidigung“ werden in diesem Text weitgehend in Übereinstimmung mit den verwendeten Quellen, also mit dem offiziellen Sprachgebrauch der EU verwendet. Allerdings darf dabei nicht unbeachtet bleiben, welche impliziten Definitionen mit beiden Begriffen in diesem Umfeld verbunden sind. Unter „Sicherheit“ kann vor dem Hintergrund der offiziellen EU-Doktrin die Sicherung von Versorgungswegen und Absatzmärkten sowie die Stabilisierung d.h. Kontrolle des geopolitischen Umfeldes der Union verstanden werden. Auch der Begriff „Verteidigung“ trägt euphemistische Züge, handelt es sich bei den EU-Operationen doch in der Praxis um aggressive Akte der Durchsetzung eigener Interessen, denen kein Angriff vorausgeht, gegen den Verteidigung notwendig wäre. Als Ersatz für den Angriff fungieren sog. „Bedrohungen“ gegen die sich die EU verteidigen soll, möglichst schon bevor sie auftreten.
- 7 Europäische Union (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie. Brüssel, 12. Dezember 2003.
- 8 Europäische Union (2003). S. 14
- 9 Vgl. Europäische Union (2003). S. 2f.
- 10 Europäische Union (2003). S. 11
- 11 Vgl. Haydt, Claudia (2006): Zivilisierung des Militärischen oder Militarisierung des Zivilen?. Tübingen: Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. Studien zur Militarisation EUropas 26/2006. URL: http://www.imi-online.de/eu-projekt/haydt_26_06.pdf (30.11.07)
- 12 Europäische Union (2003). S. 11
- 13 Vgl. Europäischer Rat (1999): Schlussfolgerung des Vorsitzes. Europäischer Rat (Helsinki) 10. und 11. Dez. 1999: Anlage I zu Anlage IV. URL: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00300-r1.d9.htm (1.11.07)
- 14 Davara, Fernando Direktor EUSC (2003): Security and Defence Aspects of Space: The Challenges for EU in the Framework of the Green Paper Process. Lessons from the Past and a Vision for the Future. Athen, 8. Mai 2003. S.11. URL: http://ec.europa.eu/comm/space/doc_pdf/davara.pdf (6.1.08)
- 15 Neuneck, Götz (2007): Droht ein Rüstungswettlauf im All? In: Auswärtiges Amt: 16. Forum Globale Fragen. Neue Wege der Rüstungskontrolle und Abrüstung. S. 44. URL: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Broschueren/GlobaleFragen16.pdf> (24.10.07)
- 16 Dieser Entwicklung vollzieht die Bundeswehr mit dem Konzept: „Vernetzte Operationsführung“.
- 17 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2000): Mitteilung an den Rat und das Europäische Parlament. Ein neues Kapitel der europäischen Raumfahrt. KOM (2000) 597.
- 18 KOM (2000) 597. S.7
- 19 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2003): Weissbuch. Die Raumfahrt: Europäische Horizonte einer erweiterten Union. Aktionsplan für die Durchführung der europäischen Raumfahrtspolitik. KOM (2003) 673. S. 8f.
- 20 KOM (2003) 673. S. 21
- 21 Vgl. Kohorst, Pia (2004): Europäische Weltraumpolitik und Sicherheitsstrategie im Kontext der US-amerikanischen Weltraumstrategie. Hamburg: IFSH. S. 36ff.
- 22 KOM (2003) 673. S. 8f.
- 23 European Advisory Group on Aerospace (2002): STAR 21 Strategic Aerospace Review for the 21st Century. Creating a coherent market and policy framework for a vital European industry. European Commission; Folgende Unternehmen waren vertreten: EADS (D/FR/SP), BAE Systems (GB), Rolls Royce (GB), THALES (FR), SNECMA (FR), Finmeccanica (I)
- 24 European Advisory Group on Aerospace (2002). S. 37
- 25 Space and security panel of experts (2005): Report of the panel of experts on space and security. March 1st 2005. European Commission. URL: http://ec.europa.eu/space/doc_pdf/article_2262.pdf (3.11.07). S. 41
- 26 Vgl. Space and security panel of experts (2005). S. 21ff.
- 27 KOM (2003) 673. S. 58 Tab.3
- 28 KOM (2003) 673. S. 58 Tab.4; Nächsthöchster Posten: GMES mit einer Steigerung um 340 Mio. € (2004-2013)
- 29 KOM (2003) 673. S. 56
- 30 Vgl. Space and security panel of experts (2005). S. 40
- 31 Vgl. Space and security panel of experts (2005). S. 52
- 32 Kommission der Europäischen Union (2004): Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament. Globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachung (GMES): Schaffung einer europäischen Kapazität für GMES – Aktionsplan (2004 - 2008). KOM (2004) 65. S. 16
- 33 Council of the European Union (2007): Annual report on the activities of the European Union Satellite Centre 2006. 8435/07. S. 25. URL: http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/dv/st08435/st08435_en.pdf (20.1.08)
- 34 Vgl. GMES Website (2006a): What is GMES?. URL: <http://www.gmes.info/158.0.html> (5.1.08)
- 35 Vgl. Europäische Kommission Generaldirektion Forschung (2005): GMES, das große europäische Vorhaben. In: FTE info Magazin über Europäische Forschung N° 44 Februar 2005. URL: http://ec.europa.eu/research/rtdinfo/44/01/article_2027_de.html (28.1.08). S. 2; Eine Liste der Programme findet sich hier: Aschbacher, Josef / Briggs, Stephen / Kohlhammer, Gunther / Liebig, Volker / Zobl, Reinhold (2007): GMES. Global Monitoring for Environment and Security: The second european flagship in space. In: ESA Bulletin 130. S. 14
- 36 Vgl. Europäische Kommission Generaldirektion Forschung (2005). S. 2 http://ec.europa.eu/research/rtdinfo/44/01/article_2027_de.html (28.1.08)
- 37 KOM (2004) 65. S. 3
- 38 Zit. nach Europäische Kommission Generaldirektion Forschung (2005). S. 2
- 39 Zit. nach: Welt-Online (2007): Europa meldet Anspruch als Weltraummacht an. 17.4.2007. URL: http://www.welt.de/wissenschaft/article815194/Europa_meldet_Anspruch_als_Weltraummacht_an.html (14.11.07)
- 40 Mattocks, Sarah (2003): Information requirements for Petersberg Tasks. Beitrag zum 2. GMES Forum. S. 3 URL: http://www.gmes.info/library/index.php?action=standarddownload&filename=2F_Th4_Mattocks_Paper_V1.pdf&directory=7.%20Forum%20and%20Events%20Documents/2nd%20GMES%20FORUM/Thematic%20session%204& (7.1.08)
- 41 3sat Website (2007): Europäische-Kommission will Rettungsplan für Galileo. URL: <http://www.3sat.de/3sat.php?http://www.3sat.de/nano/astuecke/108551/index.html> (10.2.08)
- 42 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2002): Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat. Derzeitiger Stand des Galileo-Programms. KOM (2002) 518. S. 3
- 43 Galileo Website (2007): Galileo Dienste. URL: http://ec.europa.eu/dgs/energy_transport/galileo/programme/services_de.htm (12.2.08)
- 44 House of Commons Transport Committee (2004). Galileo. Eighteenth Report of Session 2003-04. London: House of Commons. HC 1210. S. 21. URL: <http://www.publications.parliament.uk/pa/cm200304/cmselect/cmtran/1210/1210.pdf> (2.11.07)
- 45 House of Commons Transport Committee (2004). S. 18
- 46 Vgl. Wilson, Andrew (2002): Galileo. Das europäische Programm für weltweite Navigationsdienste. Noordwijk: ESA, BR-186. S. 5; Mager, Alexander (2005): Galileo und GPS. Hochtechnologie im Weltraum. In: Strategie und Technik. September 2005. S. 7
- 47 Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2001): Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen. Zwischenbericht über das Programm Galileo. SEK (2001) 1960. S. 15
- 48 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2006): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat. Stand des Programms Galileo. KOM (2006) 272. S. 11
- 49 AFP (2007): Europäische Union einigt sich auf Finanzierung für Galileo. URL: <http://afp.google.com/article/ALeqM5iznkIdJoOk9Vw9b-8n7pPVRBrx72Eg> (11.2.08)
- 50 Vgl. Futurezone (2008): Galileo-Kosten weit höher als geplant. Futurezone ORF-Forum. URL: <http://futurezone.orf.at/business/stories/249040/> (15.2.08)

Verquaste Weltbilder und EU-Militarisierungskataloge

von Tobias Pflüger

Am 19. Februar verabschiedete das Europäische Parlament zwei Berichte, die einen großen Schritt in Richtung einer europäischen Militärunion darstellen: Zum einen den Bericht des baden-württembergischen Abgeordneten Karl von Wogau (CDU) zur „Europäischen Sicherheitsstrategie“ und zum anderen den des in Frankreich gewählten finnischen Konservativen Ari Vatanen „über die Rolle der NATO im Rahmen der Sicherheitsarchitektur der EU“. Beide setzen sich ein für weitere Intensivierung des EU-Militarisierungsprozesses. Der Bericht Ari Vatanens offenbart darüber hinaus auch tiefe Einblicke in das Weltbild, das sich – abseits konkreter ökonomischer Interessen – hinter dieser Militarisierung verbirgt.

Wogau: Militärische Interessensdurchsetzung

Der Bericht unter Federführung von Karl von Wogau setzt sich massiv für den Ausbau der EU-Truppen ein. Dort wird gefordert, „dass die Europäische Union ihre Fähigkeiten auf der Grundlage der zivilen und militärischen Planziele weiter ausbauen sollte; stellt fest, dass sie bestrebt sein sollte, eine Streitmacht von 60 000 Soldaten zur ständigen Verfügung zu haben; bekräftigt seinen Vorschlag, dass das Eurokorps den Kern dieser Streitkräfte bilden sollte, nötigenfalls verstärkt durch zusätzliche See- und Luftkapazitäten.“ (Absatz 45)

Der Bericht benennt klar, was es mit dieser Truppe zu tun gilt, nämlich, „dass die Europäische Union ihre strategische Autonomie durch eine starke und wirksame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik entwickeln muss, um [...] ihre Interessen in der Welt zu vertreten.“ (Absatz 1) Anschließend wird präzisiert, dass der Aufgabenkatalog folgende Aspekte umfassen soll, den „Schutz ihrer Bürger und ihrer Interessen innerhalb wie außerhalb der Europäischen Union, die Sicherheit ihrer Nachbarländer, den Schutz ihrer Außengrenzen und kritischer Infrastrukturen sowie die Verbesserung ihrer Computer- und Netzsicherheit, die Sicherheit der Energieversorgung und der Seewege, den Schutz ihrer Weltraumressourcen und den Schutz gegen die Folgen des Klimawandels.“ (Absatz 19)

Brisant ist dabei nicht nur die Absicht, die EU-Energiezufuhr notfalls mit Gewalt zu gewährleisten, sondern auch das Bestreben, den Weltraum zu militarisieren. Der Report „erachtet es als notwendig, die Nutzung von Galileo und GMES für Sicherheits- und Verteidigungszwecke zu ermöglichen.“ (Absatz 50) Dies ist hochproblematisch, denn das EU-Satellitenprojekt Galileo wird aus dem EU-Haushalt unter anderem aus dem Transporthaushalt bezahlt. Nach dem weiterhin gültigen Vertrag von Nizza verbietet sich je-

doch eine militärische Nutzung von Geldern des EU-Haushaltes.

Generell untersagt der Nizza-Vertrag die Aufstellung eines eigenständigen EU-Rüstungshaushalts. Aus diesem Grund wird versucht, über diverse Umwege Gelder für die nächsten Militärmissionen und Kriege zu akquirieren. Der Wogau-Bericht verlangt mehr Mittel für die „Sicherheitsforschung“. Er „fordert eine Aufstockung der Gemeinschaftsmittel für die Sicherheitsforschung und die Förderung gemeinsamer Forschungsprogramme der Kommission und der EVA [Europäische Verteidigungsagentur].“ (Absatz 63) Diese Ausgaben sollen dabei sowohl militärischen als auch sonstigen Zwecken dienen (bspws. zur Migrationsabwehr oder für die innere „Sicherheit“) und so zu Synergieeffekten führen: „[Der Bericht] fordert mit Nachdruck, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten ihre Anstrengungen auf die gemeinsamen Kapazitäten konzentrieren, die sowohl für Verteidigungs- als auch für Sicherheitszwecke eingesetzt werden können; hält in diesem Zusammenhang die satellitengestützte Aufklärung sowie Einsatzgeräte für die Überwachung und Frühwarnung, unbemannte Fluggeräte, Hubschrauber und Telekommunikationsausrüstung sowie den Luft- und Seeverkehr für besonders wichtig; fordert eine gemeinsame technische Norm für geschützte Telekommunikation und Mittel zum Schutz kritischer Infrastrukturen.“ (Absatz 48) Konsequenterweise setzt sich der Bericht deshalb für die weitere Vermischung ziviler und militärischer Fähigkeiten ein, er „stellt fest, dass bei dieser Politik sowohl zivile als auch militärische Mittel und Kapazitäten zum Einsatz kommen müssen.“ (Absatz 6) Auch die Herausbildung eines einheitlichen europäischen Rüstungsmarktes wird explizit begrüßt, der Bericht „befürwortet nachdrücklich den Ausbau eines europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsmarktes durch Annahme der Legislativvorschläge der Kommission zum öffentlichen Beschaffungswesen und zur innergemeinschaftlichen Verbringung und empfiehlt weitere Initiativen, um dieses Ziel zu erreichen.“ (Absatz 60)

Vatanen: Intensivierung der NATO-EU-Zusammenarbeit

Der Bericht unter der Federführung von Ari Vatanen (EVP, ein aus Finnland stammender in Frankreich gewählter Konservativer) zur Zusammenarbeit zwischen EU und NATO ist noch schlimmer als sein Wogau-Pendant. In seinem Zentrum steht die Forderung nach einer noch engeren Zusammenarbeit beider Organisationen.

Zunächst widmet sich der Bericht jedoch der Intensivierung der EU-Militarisierung, indem er „fordert, dass das

vorhandene Instrumentarium der Europäischen Union zur Krisenbewältigung weiterentwickelt [...] und militärisch schlagkräftiger werden wird, da die Union nur so über die notwendigen Kräfte verfügen kann, die sie in die Lage versetzen, ihre einzigartigen Möglichkeiten in den Bereichen Konfliktverhütung und Konfliktbewältigung auszuschöpfen.“ (Absatz 4) Zu diesem Zweck unterstützt der Bericht u.a. „die Schaffung eines operationellen EU-Hauptquartiers unter der Leitung des Vizepräsidenten der Kommission/ des Hohen Vertreters, das den Auftrag hat, die militärischen ESVP-Operationen zu planen und durchzuführen.“ (Ziffer 23) Kern des Berichtes ist jedoch die Forderung nach einer Intensivierung der EUNATO- Kooperation. Grundtenor ist, „dass die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten gestärkt werden sollten.“ (Paragraf O) Hierfür sollte „die Synergie zwischen der EU und der NATO in bestimmten militärischen Bereichen durch gemeinsame Pilotvorhaben gestärkt werden.“ (Paragraf R) Mit dem Ausbau der EU-NATO-Zusammenarbeit soll eine neue Macht- und Arbeitsverteilung einhergehen: Die EU-Staaten sollen die USA künftig stärker militärisch unterstützen, im Gegenzug sollen die Vereinigten Staaten EU-Interessen künftig in deutlich größerem Maße als bislang berücksichtigen. Hierfür fordert der Bericht „einen spürbaren Anstieg des Anteils der gemeinsamen Kosten bei jeder Militäroperation der NATO und der Europäischen Union; stellt fest, dass sowohl was die Größenordnung angeht als auch was die Effizienz der Verteidigungsausgaben betrifft, ein großer Unterschied zwischen den europäischen Mitgliedern der NATO auf der einen Seite und den Vereinigten Staaten auf der anderen Seite besteht; fordert die Europäische Union auf, einen gerechteren Anteil an der Last zu tragen; fordert ferner die USA auf, mehr Bereitschaft an den Tag zu legen, ihre europäischen Verbündeten zu Fragen im Zusammenhang mit Frieden und Sicherheit zu konsultieren.“ (Ziffer 34)

Weiter pocht der Vatanen-Bericht darauf, dass die „Berlin-Plus-Vereinbarungen [...] verbessert werden müssen.“ (Absatz 13) Dabei handelt es sich um ein im März 2003 verabschiedetes Abkommen, mit dem geregelt wurde, dass die Europäische Union für Militäreinsätze auf Kapazitäten der NATO zurückgreifen kann, wie dies etwa in Bosnien geschieht.

Besonders delikater ist in diesem Zusammenhang, dass und wie der Bericht versucht, einen erheblichen Stolperstein für die Intensivierung der NATO-EU-Zusammenarbeit aus dem Weg zu räumen. Denn für den Austausch sensibler Informationen bei strategischen Treffen ist die Teilnahme am NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ (PfP) die Mindestanforderung. Da Zypern als einziges EU-Land weder NATO-Mitglied ist noch an PfP teilnimmt, wird dem Land der Zutritt zu diesen Treffen verweigert, gleichzeitig muss aber deshalb bislang die gesamte östliche Ägäis aus Berlin-Plus ausgeklammert bleiben. Auch in anderen Bereichen steht die zypriotische Position einer deutlichen Stärkung der NATO-EU-Kooperation im Weg. Deshalb legt

der Vatanen-Bericht „Zypern als einem EU-Mitgliedstaat nahe, seine politische Haltung zu seiner Mitgliedschaft in der Partnerschaft für Frieden zu überdenken.“ (Absatz 40) Dies könnte auch den Weg ebnen, um Berlin-Plus auf breiter Front auszubauen, u.a. indem ein umgekehrtes Verfahren etablieren wird, bei dem die NATO für ihre Kriege künftig grundsätzlich Zugriff auf zivile Fähigkeiten der EU erhalten soll („Berlin-Plus-Reverse“). Der zypriotische Präsident Dimitris Christophias stellte in Moskau die Position der zypriotischen Regierung gegen eine Mitgliedschaft Zyperns in PfP-Programm klar: „Die NATO ist ein Bündnis, das der Vergangenheit angehören sollte.“ Für einen EU-Staatschef ungewöhnlich klares Statement gegen die NATO.

Besonders unangenehm fällt die – innerhalb der Eliten weit verbreitete – Sichtweise auf, Frieden könne nur mit militärischer Gewalt gesichert werden. Dies wird sehr deutlich anhand der Passagen über Atomwaffen, die weiterhin als unumstößliches Fundament europäischer Sicherheitspolitik betrachtet werden. Im Bericht wird festgestellt, „dass die gemeinsame Verteidigung Europas auf einer Kombination konventioneller und atomarer Streitkräfte beruht.“ (Paragraf S) Im Berichtsentwurf wurde sogar noch untermauert, „dass die strategischen Atomstreitkräfte der Allianz letztendlich Garant der militärischen Sicherheit für die Verbündeten sind.“ (Berichtsentwurf: Paragraf M) Die sich auch Artikel VI des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages ergebende bindende Verpflichtung der Atomwaffenstaaten, ihr Arsenal schnellstmöglich abzurüsten, wird dabei mit keinem Wort erwähnt. Ein Änderungsantrag der GUE/NGL, der forderte, dass die EU darauf hinwirken solle, Atomwaffen auf ihrem Territorium zu beseitigen, wurde mit 494 zu 119 Stimmen abgelehnt (bei 26 Enthaltungen). Nahezu geschlossen stimmte auch die PSE (sozialdemokratische Fraktion im EP) einschließlich der deutschen Sozialdemokraten gegen diesen Antrag.

Fast noch bedenklicher war das Abstimmungsverhalten zu den das Völkerrecht und die UN-Charta betreffenden Passagen. So wurde ein Änderungsantrag der GUE/NGL, der das in der UN-Charta verankerte Recht eines jeden souveränen Staates bekräftigt, selbst zu entscheiden, welcher Organisation er beitrifft, mit 434 zu 193 Stimmen zurückgewiesen (15 Enthaltungen). Auch hier sprach sich die PSE inklusive der deutschen Sozialdemokraten gegen den Antrag und damit gegen ein wesentliches Prinzip der UN-Charta aus. Ein weiterer Änderungsantrag, der einforderte, dass das in der UN-Charta festgelegte Prinzip, dass alle UN-Mitglieder davon Abstand nehmen gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates vorzugehen, respektiert wird, wurde ebenfalls abgelehnt (mit 472 gegen 141 Stimmen bei 32 Enthaltungen). Wieder stimmten die Sozialdemokraten nahezu geschlossen gegen den Antrag. Schließlich wurde auch ein Antrag, der für eine strikte Trennung von EU und NATO plädierte, deutlich mit 500 zu 95 Stimmen (52 Enthaltungen) abgelehnt.

Während Karl von Wogau offen einräumt, die weitere

Militarisierung der Europäischen Union sei erforderlich, um direkte ökonomische und strategische Interessen ggf. militärisch durchzusetzen, leitet sein Kollege Vatanen diese Notwendigkeit eher aus einer verquastenen, pseudophilosophischen Lebensanschauung ab. Sein Explanatory Statement, mit der er seine Forderungen in einen breiteren Zusammenhang rückt und begründet, offenbart ein krudes Weltbild, in dem ein hobbescher Kampf aller gegen alle im Zentrum steht und *si vis pacem para bellum* (Wenn Du Frieden willst, so rüste zum Krieg) zur obersten Maxime erhoben wird: „Einige der Ideen in diesem Bericht werden vielleicht nicht in naher Zukunft umgesetzt, wir sollten jedoch versuchen, über die nächsten Wahlen hinaus zu schauen. Wir würden uns selbst betrügen, wenn wir der Auffassung wären, dass die menschliche Natur sich in den letzten paar 1 000 Jahren zum Besseren gewendet hat. Der Mensch möchte immer noch Macht über seinen Nachbarn ausüben, sowohl auf individueller als auch auf kollektiver Ebene, was oft zu katastrophalen Folgen für das Wohl aller führt.“ In der *Le Monde diplomatique* (13.3.2009) erschien

aufgrund dieser und anderer Passagen des Vatanen- Reports ein bitterböser Kommentar: „Ohne Angst vor peinlichen Phrasen garnierten die Abgeordneten ihren Vorschlag noch mit der Erinnerung an „dunkle Stunden unserer Geschichte“, an Hitler und München, nicht ohne ein paar Zeilen von „Elie Wiesel, dem Holocaust-Überlebenden“ zu zitieren, um die Frage anzuschließen: „Wollen wir nicht alle, dass uns jemand zu Hilfe kommt, wenn wir unter Tränen darum bitten?“

Es ist diese Kombination aus nackter Interessenspolitik und verqueren Weltbildern, die der EU-Militarisierung eine breite Zustimmungsbasis verschaffen. Auch wenn der Vatanen-Bericht nur mit einer knappen Mehrheit (293 zu 283 Stimmen) angenommen wurde, Wogaus Vorschläge fanden große Zustimmung. Parlamentarisch lassen sich derzeit kaum bzw. nur punktuell Mehrheiten gegen diese Militarisierung finden, wenn es keinen verstärkten außerparlamentarischer Druck gibt - den wir immer wieder neu mobilisieren müssen.

Die Grünen machen sich zum Steigbügelhalter der europäischen Rüstungsindustrie

Wir brauchen keine Erleichterungen für den innereuropäischen Rüstungs- und Militärmarkt!

Mitte Dezember stimmte das Europäische Parlament mit den Stimmen der grünen und sozialdemokratischen Fraktion für eine Erleichterung der Rüstungsexporte innerhalb der Europäischen Union. Vor allem in Kombination mit der Erklärung des Europäischen Rates vom 12. Dezember 2008, in der „eine Belebung des europäischen Rüstungsmarktes“ gefordert wird, ist nun ein Rüstungsschub innerhalb der EU zu befürchten. Ziel der Richtlinie der Kommission ist eine Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie vor allem gegen die US-Rüstungsindustrie.

Sowohl der Bericht der grünen Abgeordneten Heide Rühle, als auch die Stellungnahme für den Auswärtigen Ausschuss (AFET) der grünen Abgeordneten Angelika Beer, forderten eine Zustimmung zur Direktive der Europäischen Kommission. Die Grünen machen sich damit zum Steigbügelhalter der europäischen Rüstungsindustrie.

Das oberste Gebot des Vorschlags der Kommission für die Richtlinie „Zur Vereinfachung der Bedingungen für die innergemeinschaftlichen Verbringung von Verteidigungsgütern“ ist „das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes“ (Punkt 6). Ziel dieser Richtlinie ist es den innereuropäischen Rüstungsexport zu erleichtern. Das hat natürlich auch Effekte auf Rüstungsexporte nach außen.

Grundsätzlich bedeutet das, dass der Rüstungsexport zunehmen wird. An dieser Grundrichtung hat der Bericht von Heide Rühle (Grüne) nichts auszusetzen. Lediglich einzelne Änderungsanträge, wie der Ausschluss von Antipersonenminen und Streumunition, sind positiv. Um was es geht, das ist im Vorabpressebericht des europäischen

Parlamentes richtig geschrieben worden. Es geht um die „Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie gegen außereuropäische Konkurrenz“.

Die Richtlinie der Kommission verstärkt den Trend der Oligopolisierung der Rüstungsindustrie in der EU. Sechs Staaten in der EU haben einen großen militärisch-industriellen Komplex, haben eine starke Rüstungsindustrie: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Schweden, Italien und Spanien. Es geht also um die Erleichterung der Rüstungsexporte vor allem dieser Länder in alle EU-Länder. Innereuropäischer Rüstungsexport bedeutet auch Rüstungsexport an kriegführende Staaten - Großbritannien im Irak und Deutschland in Afghanistan. Die Waffen werden dort eingesetzt!

In Punkt 24 der Richtlinie wird der jetzt erfreulicherweise rechtsverbindliche Code of Conduct wieder ischon wieder eingeschränkt. Da heißt es: „Da es im freien Ermessen der Mitgliedsstaaten liegt und künftig auch liegen sollte, eine Ausfuhr zu genehmigen oder zu verweigern, sollte sich diese Zusammenarbeit nur auf eine freiwillige Koordinierung der Ausfuhrpolitik stützen.“ Von einer effektiven Kontrolle der Rüstungsexporte kann also keine Rede sein. Die der Richtlinie angehängte Liste der Verteidigungsgüter lohnt sich übrigens zu lesen. Dort findet sich sogar ein Psychokampfstoff der seit 1997 durch die Chemiewaffenkonvention offiziell geächtet ist.

Wir brauchen keine Erleichterungen für den Europäischen Rüstungs- und Militärmarkt; wir brauchen eine Richtlinie zur Abrüstung und Rüstungskonversion!“

Tobias Pflüger

Kanonenboote und Piraten

Die EU am Horn von Afrika

von *Claudia Haydt*

In den letzten Monaten ist es voll geworden im Meer vor dem Horn von Afrika. Mittlerweile kreuzen dort 20 Kriegsschiffe sowie etliche Versorgungsschiffe. Der Indische Ozean ist offensichtlich zum neuen Schauplatz globaler Machtpolitik geworden. Militärbündnisse wie die NATO oder die europäische Union (EU) als auch Einzelstaaten wie Russland, Indien und die USA mit ihrer 5. Flotte setzen im Kampf gegen Piraten voll auf die militärische Karte.

Neben den genannten Akteuren haben weitere wie China, Frankreich, Großbritannien, Südkorea und Malaysia nationale maritime Kontingente entsandt. Selbst der Iran, dessen Schiffe ebenfalls Opfer der Piraterie wurden, kündigte seine Präsenz an. Dass innerhalb dieser bunten Anti-Piraten-Koalition einiges an Eskalationspotential liegt, ist nicht zu übersehen.

EU als Seemacht?

Am 10. November beschloss der Rat der Europäischen Union eine gemeinsame Anti-Piraterie-Mission unter dem Namen ATALANTA. Die „Gemeinsame Aktion“ ermöglicht einen ersten Einsatz von Kriegsschiffen unter EU-Flagge. Ihr Auftrag: „Durchführung der erforderlichen Maßnahmen, einschließlich des Einsatzes von Gewalt, zur Abschreckung, Verhütung und Beendigung von seeräuberischen Handlungen oder bewaffneten Raubüberfällen, die in den Gebieten, in denen sie präsent ist, begangen werden könnten“.

Insgesamt besteht ATALANTA aus sechs Kriegsschiffen, drei Aufklärungsflugzeugen, Hubschraubern und Versorgungsschiffen. Der deutsche Beitrag dazu, die Fregatte Karlsruhe, nimmt seit dem 19. Dezember 2008 an der Mission ATALANTA teil. Der Bundestag stimmte in der letzten Sitzungswoche vor Weihnachten im Schnellverfahren diesem Vorgehen zu.

Viele Details der EU-Mission ATALANTA sind ungeklärt. So ist völlig unklar, was mit gefangenen Piraten geschehen soll. Wie etwa soll der Richtervorbehalt des Art. 104 GG am Horn von Afrika umgesetzt werden? Sollen Beamte der Bundespolizei für eventuelle Verhaftungen mit an Bord genommen werden?

Offensichtlich will besonders die CDU/CSU das Piratenproblem als Türöffner für die Aushebelung der Aufgabentrennung von Polizei und Militär und Änderung der Art. 35 und 87a GG nutzen. Auch der Einsatzraum der EU-Mission lässt einige Fragen offen. Auf 500 Seemeilen entlang der somalischen Küste und deren „Nachbarstaaten“ sollen die EU-Kriegsschiffe eingesetzt werden. Also auch in den Küstengewässern von Kenia und Dschibouti?

Es besteht die konkrete Gefahr, dass hier rechtliche Grau-

zonen etabliert werden. Das Ziel ist eindeutig: die Bevölkerung soll daran gewöhnt werden, dass der Schutz von ökonomisch und strategisch wichtigen Seetransporten eine Aufgabe der Bundeswehr und der Europäischen Union ist.

Kein Präzedenzfall

Formal stützt sich die EU-Mission auf das Seerechtsübereinkommen (SRÜ) und die UN-Resolution 1816. Art. 105 des SRÜ ermöglicht außerhalb der 12-Seemeilenzone die Piratenbekämpfung. Aktive Pirateriebekämpfung ist dadurch möglich - jedoch keine Verpflichtung. Verpflichtend ist allein die direkte Nothilfe. Mit der UN-Resolution 1816 vom 2.6.2008 wird das Recht zur Pirateriebekämpfung auf die Küstengewässer vor Somalia ausgeweitet. Voraussetzung für eine „robuste“ Mission nach Kapitel VII der UN-Charta ist eine Bedrohung des internationalen Friedens. Piraterie ist jedoch nicht mehr und nicht weniger als gewöhnliche Kriminalität. Der Sicherheitsrat hat durch seine Entscheidung einen weiteren Beitrag zur Aushöhlung des Völkerrechts geleistet.¹

Insgesamt kann die Bundeswehr bis zu 1.400 Soldaten für die EU-Mission ATALANTA stellen. Mit dieser Größenordnung schafft sich die Regierung viel Spielraum. Es geht dabei auch darum, ein kurzfristiges Mandate-Switching zu ermöglichen. Momentan (14.1.2009) ist die Bundesmarine im Rahmen der Mission ATALANTA mit 227 Soldaten vor dem Horn von Afrika im Einsatz. Dazu können jedoch ganz schnell die 277 Soldaten auf der im Rahmen von OEF eingesetzten „Anti-Terror-Fregatte“ MECKLENBURG-VORPOMMERN hinzukommen, wenn sie gerade in der Nähe eines Piratenschiffs sind.

In einem Phoenix-Interview erklärte Verteidigungsminister Franz Joseph Jung am 2.12.08, dass Deutschland als Exportweltmeister Seesicherheit brauche: „Wir sind auf freien Seehandel angewiesen“. Mit mehr als 3.200 Schiffen liegt die Deutsche Handelsflotte bei der verfügbaren Transportkapazität hinter Griechenland und Japan auf Platz drei. Bei der Containerschiffahrt belegt Deutschland den ersten Platz. Der aktuelle Jahresbericht des Flottenkommandos der Deutschen Marine stellt fest: „Die maritime Wirtschaft zählt mit mehr als 380.000 Beschäftigten und einem Umsatz von rund 48 Milliarden Euro zu den wirtschaftlich wichtigsten und fortschrittlichsten Wirtschaftszweigen in Deutschland.“

Die Seeroute vor Somalia wird jährlich von etwa 50.000 Schiffen passiert. 24.000 davon nehmen pro Jahr die Route durch den Golf von Aden zum Suezkanal, einen Weg den auch 30 Prozent des Rohöls für Europa nimmt.

Die somalischen Piraten

Im Jahr 2008 hat die Anzahl der Übergriffe gegenüber dem Vorjahr weltweit um 11% zugenommen. Es wurden 293 Angriffe registriert. Am Horn von Afrika fanden mit 111 Meldungen mehr als ein Drittel aller Zwischenfälle statt. Nigeria liegt in der Statistik des International Maritime Bureaus (IMB) auf Platz 2 mit 41 gemeldeten Vorkommnissen. Zur Zeit befinden sich vor Somalia 14 Schiffe und etwa 175 Seeleute in der Hand von Piraten.

Als den Piraten im September 2008 der ukrainische Frachter MS Faina mit 33 russischen T-72-Kampfpanzern in die Hand fiel, wurde klar, dass die Kriminalität im Indischen Ozean nur zu einem kleinen Teil auf das Konto der Piraten geht. Die Panzerlieferung war vermutlich Teil eines größeren und illegalen Rüstungsgeschäftes mit mindestens vier Lieferungen zwischen der Ukraine und der südsudanesischen Regierung, die damit die Abspaltung vom Norden des Landes vorbereitet. Dazu gehörte im November 2007 auch ein Schiff einer deutschen Reederei - ebenfalls mit Panzern aus der Ukraine. Der legale und illegale globale Waffenhandel wird damit auf jeden Fall längst nicht beendet sein. Nicht zufällig sind die Häfen, über die der illegale Waffenhandel nach Somalia abgewickelt wird, gleichzeitig die Häfen, die als Basis für die Piraten dienen. Eine bessere internationale Kontrolle, besser noch ein Verbot des Waffenhandels wäre deswegen sowohl ein Schritt gegen die Piraterie als auch zur Eindämmung des Bürgerkrieges in Somalia.

Die somalischen Piraten sind maritime Profis, nicht wenige begannen ihre „Karriere“ als Fischer oder Angehöriger der somalischen Küstenwache. Aus Frustration über die leergefischten Fanggründe begannen Mitte der 1990er Jahre einzelne Somalis von den Eindringlingen „Steuern“ und „Fanglizenzen“ zu kassieren. Einige der Piratengruppierungen nennen sich auch heute noch „Somali Marines“ oder „National Volunteer Coast Guard“. Der Zugang zum Piratengewerbe ist relativ barrierefrei. Die notwendige Grundausstattung besteht in zwei bis drei Schnellbooten, sechs bis acht Bewaffneten, und ein paar AK-47. Ebenfalls notwendig sind Kommunikationsmittel und meist 4-6 Meter lange selbstgebaute Leitern. Da viele Handelsschiffe vollbeladen tief im Wasser liegen und dabei nur sehr langsam fahren, fällt es den kleinen Piratenbooten mit starkem Motor leicht, ihre Beute im Radarschatten einzuholen und an Bord zu kommen. Die meisten Aktionen gehen auf das Konto von vier bis fünf Gruppen mit unterschiedlichen Fähigkeitsprofilen. Insgesamt sind wahrscheinlich circa tausend Personen mehr oder weniger direkt ins Piratengeschäft involviert. Von den Geldern, die durch die Aktivitäten der Piraten in die arme Küstenregion fließen, profitieren jedoch

ganze Städte und Dörfer. Eine politische Agenda haben die Piraten nicht. Ebenso gibt es keine Verbindungen zu Islamisten in Somalia. Im Gegenteil, diese bekämpfen Piraten am härtesten. Als von Juni bis Dezember 2006 die Union der Islamischen Gerichtshöfe (UIC) an der Macht war, rückten diese den Piratennestern so entschlossen zu Leibe, dass die Piraterie zum Erliegen kam. Allerdings nur bis dann im Dezember 2006 die äthiopische Armee mit Hilfe der USA in Somalia einmarschierte.

Was tun gegen Piraterie?

Es gibt eine Reihe ganz banaler aber sehr effektiver passiver Schutzmöglichkeiten von Schiffen vor Piratenüberfällen. Die wichtigste ist, wie vom IMO empfohlen, eine durchgehende Anti-Piraten-Wache. Wenn Piraten rechtzeitig entdeckt werden, dann können sie etwa mit Hochdrucklöschwasserkannonen am Entern gehindert werden. Ebenso ist es äußerst effektiv, Bordwände mit Schmierfett zu bestreichen. Da diese Lösungen aber sehr personalintensiv sind, sind sie bei Reedereien nicht sehr beliebt.

Der Ursprung von Piraterie liegt nicht auf dem Meer, sondern auf dem Land. Eine effektive militärische Lösung kann es schon allein deswegen nicht geben. In einer Präsentation der European Union Naval Coordination Cell (NAVCO) vom 15.10.2008 wird deutlich, wie groß dieser Aufwand ist: „Wenn wir alle Schiffe, die das Gebiet durchfahren, effektiv schützen wollten, dann wären alle Armeen dieser Welt nicht ausreichend.“

Es ist deswegen völlig unverständlich, warum die Europäische Union zwar eine Militäraktion startet, nicht jedoch einen Plan zur präventiven Bekämpfung der Ursachen von Piraterie entwickelt. Nur eine politische und ökonomische Perspektive für die Menschen in Somalia kann die Pirateriegefahr dauerhaft senken. Eine politische Lösung in Somalia wird es jedoch nur dann geben, wenn alle relevanten politischen Akteure einbezogen werden - auch die Union der islamischen Gerichtshöfe.

Die Industriestaaten können viel zur Seesicherheit beitragen, wenn sie für die Strafverfolgung ihrer eigenen Flotten in Fragen der illegalen Müllentsorgung und Überfischung am Horn von Afrika sorgen. Genauso könnten sie zusammen mit den somalischen Nachbarstaaten den Stopp der Rüstungsexporte in Angriff nehmen. Wer den indischen Ozean jedoch zum Aufmarschgebiet für eine neue Runde globaler Machtpolitik macht, der trägt massiv zur sicherheitspolitischen Eskalation bei.

Anmerkungen

1 Am 2.12.2008 hat der Sicherheitsrat (Resolution 1846) die Piratenbekämpfung in somalischen Hoheitsgewässern um ein Jahr verlängert.



Die NATO-Schiffe der Mission „Allied Provider“ laufen zum Militäreinsatz aus. Foto: NATO: Allied Command Operations

Piraten oder Flüchtlinge

Wen jagt die internationale Gemeinschaft im Golf von Aden?

von *Christoph Marischka*

Am 23.4.2009 veröffentlichte das UNHCR eine Pressemitteilung, die über den Tod von 35 afrikanischen Migranten vor der Küste des Jemen berichtet.¹ Eine ähnliche Meldung erreichte Europa bereits am 24.2.2009,² damals starben sechs Menschen aus Somalia und Äthiopien mit Sicherheit, elf weitere wurden vermisst. Beide Boote legten in Somalia ab. Da sich die bewaffneten Schmuggler nicht ans jemenitische Festland trauen, zwingen sie ihre „Passagiere“ bereits weit vor der Küste ins Wasser, dann müssen diese um ihr Leben schwimmen. Alleine in den ersten dreieinhalb Monaten registrierte das UNHCR im Jemen 19.622 Menschen, die in 387 Booten vom Horn von Afrika über den Golf von Aden das Land an der südlichen Spitze der arabischen Halbinsel erreichten - nachweislich umgekommen sind dabei im selben Zeitraum 131. Die meisten von ihnen stammen aus dem bitterarmen und von Krieg gezeichneten Somalia und Äthiopien. Nach Angaben der afrikanischen Nachrichtenagentur *afrol News* zahlen die Flüchtlinge für die Überfahrt etwa 30 bis 50 US-Dollar und werden dann in kleinen, offenen Fischerbooten meist von der somalischen Hafenstadt *Bosaso* mit auf die 30-stündige Überfahrt in den Jemen genommen.³ Eine wesentlich preiswertere, in Umfang und Dramatik aber durchaus mit den Routen zwischen Westafrika und den Kanaren und zwischen Libyen und Italien vergleichbare Art, vom afrikanischen Kontinent zu fliehen. Dass diese Migrationsroute in Europa bislang kaum wahrgenommen wird, mag daran liegen, dass die Flüchtlinge nicht in Europa anlanden, überrascht aber dennoch angesichts der Tatsache, dass hier seit Monaten intensiv über den Internationalen Marineinsatz in just dieser Region debattiert wird, der angeblich der Bekämpfung der ebenfalls von Somalia ausgehenden Piraterie dient.

Anfang Mai waren alleine im Rahmen der EU-Mission *Atalanta* neben sechs Schiffen der Bundeswehr *Fregatten* und *Patrouillenboote* aus Spanien, Italien, Griechenland und Frankreich vor der Küste Somalias im Einsatz, schwedische *Korvetten* sind bereits unterwegs, um sich anzuschließen. Unterstützt werden diese durch *Aufklärungsflugzeuge* mehrerer europäischer Staaten. Zuvor fand am selben Ort bereits ein *NATO-Einsatz* gegen Piraten statt und nicht zuletzt sind dort auch bis heute die *Marinen* einer *Koalition der Willigen* unter der Führung der USA im Rahmen der *Operation Enduring Freedom* aktiv. Seit der *UN-Sicherheitsrat 2008* in mehreren *Resolutionen* alle Staaten ermächtigte und sogar aufforderte, selbst in somalischen *Hoheitsgewässern* militärisch gegen die *Piraterie* vorzuge-

hen, fühlen sich aber noch weit mehr Staaten berufen und haben ihre *Marine* in den *Kampfeinsatz* geschickt, darunter *Russland*, *Indien*, *China* und *Saudi-Arabien*. An dem *Nadelöhr* des *Welthandels* tummeln sich also außer *Tankern*, *Frachtern* und *Piraten* zahlreiche *Kriegsschiffe* und dazwischen versuchen täglich mehrere Boote mit *Flüchtlingen* den *Golf von Aden* zu überqueren. Nicht zu vergessen sind dabei auch noch die verarmten somalischen *Fischer*, die mit ebenso kleinen Booten am *Horn von Afrika* versuchen, ihre *Existenz* zu sichern und sich dabei in unmittelbarer Konkurrenz mit *Fischfangflotten* befinden, die teilweise aus denselben Staaten stammen, wie die *Kriegsschiffe*.

Vor diesem Hintergrund stellt sich der „Kampf gegen die Piraterie“ ungleich komplizierter dar und die Forderungen nach einem härteren Vorgehen verbunden mit dem Verzicht auf rechtsstaatliche Prinzipien beim Umgang mit mutmaßlichen Piraten wirken erschreckend. Hinter verschlossenen Türen wird bereits der Einsatz der deutschen Eliteeinheit *Kommando Spezialkräfte (KSK)* - die im Ruf steht, keine Gefangenen zu machen - und der *GSG9* gegen die Piraten diskutiert.

Die *Schlepper* auf den *Flüchtlingsbooten* sind bewaffnet. Wie lassen sich also Boote mit *Flüchtlingen* an Bord von *Piraten* unterscheiden? Vor diesem Hintergrund muten die alltäglichen Berichte seltsam an, wonach mutmaßliche *Piratenangriffe* durch *Manöver* von *Kriegsschiffen* oder *Warnschüssen* vertrieben wurden. Handelt es sich dabei etwa zumindest teilweise um *Flüchtlingsboote*, die einem *Tanker* zu nahe kamen? Sollten die zunehmend auf *Kreuzfahrtschiffen* zum Einsatz kommenden *Sicherheitskräfte* etwa dazu übergehen, vorsorglich das *Feuer* zu eröffnen, sobald sich ein kleines Boot mit *Afrikanern* an Bord nähert, bevor *Panik* unter den *Passagieren* ausbricht oder diese selbst *Maßnahmen* ergreifen, wie im Falle der *MS Melody*? Mittlerweile wird von vielen Beteiligten eingeräumt, dass die massive *Militärpräsenz* all der Staaten mit ihren doch bisweilen sehr unterschiedlichen Interessen und Vorgehensweisen die *Situation* eskaliert hätte. Auf jeden Fall hat sich der *Aktionsradius* der *Piraten* von der *Küste* auf die *hohe See* ausgedehnt, wodurch *Kreuzfahrtschiffe* eher betroffen sind.

Anmerkungen

1 Thirty-five drown in latest smuggling tragedy in the Gulf of Aden, UNHCR Press Release (23.04.2009)

2 Flüchtlingsdrama vor jemenitischer Küste, oe24.at (24.02.2009)

3 s. FN 1

Gas-OPEC und Afrikanische Nabucco

Der Neue Kalte (Gas-)Krieg zwischen EU und Russland geht in die nächste Runde

von Jürgen Wagner

Mittlerweile ist es unübersehbar, dass die machtpolitischen Konflikte zwischen den USA und der Europäischen Union auf der einen sowie Russland (und China) auf der andern Seite immer weiter zunehmen. Nüchtern beschreibt Robert Kagan, einer der bekanntesten US-Politikwissenschaftler, diese „Rückkehr der Geopolitik“ mit folgenden Worten: „Die alte Rivalität zwischen Liberalismus und Autokratie ist neu entflammt, und die Großmächte der Welt beziehen entsprechend ihrer Regierungsform Position.“¹ Aufgrund ihrer Relevanz ist die Energiefrage derzeit der Schauplatz, auf dem die Auseinandersetzungen am deutlichsten zutage treten: „In den Köpfen vieler Strategen ist die traditionelle Geopolitik des militärischen Gleichgewichtes durch die Geopolitik der Energiebeziehungen ersetzt worden. [...] In Europa haben Sorgen über die North-Stream-Pipeline Bedenken über die Fulda-Lücke abgelöst. Und Neuerwerbungen von Gazprom werden mit fast derselben Ängstlichkeit betrachtet wie lokale Stimmgewinne kommunistischer Parteien in verschiedenen westlichen Ländern während des Kalten Krieges.“²

Tatsächlich droht ein neuer Kalter (Energie-)Krieg, zu dieser Schlussfolgerung gelangt auch eine vom Bundeskanzleramt bei der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Auftrag gegebene Studie zur Energiesicherheit Deutschlands im Jahre 2050. Dort wird gleich zu Anfang folgendes Szenario beschrieben: „Berlin im Winter 2050: Die Bundesregierung sieht sich gezwungen, bei der Europäischen Energieagentur in Brüssel eine Vergrößerung des deutschen Energiebudgets noch im laufenden Zuteilungsjahr einzufordern. Erkältungswellen und Grippeepidemien als Folgen der durch die Energie- und Wärmerationalisierungen verursachten unzureichenden Heizmöglichkeiten [drohten] eine bisher einmalige Staatskrise der Bundesrepublik Deutschland zu verursachen [und] haben die Regierung zu diesem Schritt bewogen. Dabei nimmt sie das Risiko in Kauf, den zwischen der Europäischen Union und der Chinesisch-Russischen Föderation im Jahr 2045 nach einer drohenden bewaffneten Auseinandersetzung erzielten Ressourcenpakt indirekt in Frage zu stellen.“³

Die Konturen dieser Blockkonfrontation zeichnen sich bereits heute ab, vor allem im Gasbereich wird derzeit mit den härtesten Bandagen gekämpft. Im Zuge einer immer anti-russischer agierenden EU-Politik setzte Moskau zu einer energiepolitischen Gegenoffensive an, die zum Ziel hat, die europäische Gasversorgung unter seine Kontrolle zu bringen. Würde dies gelingen, würde dies in Zeiten rapide schwindender Energievorkommen bei gleichzeitig

schnell wachsendem Verbrauch einen machtpolitischen Hebel allererster Güte darstellen. Da diese Vorstellung in den EU-Hauptstädten fast panikartige Reaktionen auslöst, ist die Europäische Union bestrebt, ihre Abhängigkeit von Russland durch die Erschließung alternativer Energievorkommen und den Bau russisches Territorium umgehender Pipelines zu reduzieren („Diversifizierung“). Moskau wiederum kontert jeden dieser Schachzüge gegenwärtig mit eigenen Maßnahmen. Mit dem Georgienkrieg im Sommer 2008 und den neuen Auseinandersetzungen um das Nabucco-Pipelineprojekt, der vor kurzem auf russisches Betreiben erfolgten Gründung einer Gas-OPEC und den EU-Plänen, eine Pipeline quer durch die Sahara zu verlegen, geht der bereits mehrere Jahre andauernde Neue Kalte (Gas-)Krieg nun in die nächste Runde.

EU-Politik und Russlands energiepolitische Gegenoffensive

Ungeachtet aller wohlfeilen Absichtserklärungen, die Abhängigkeit von Öl und Gas durch den Einstieg in die erneuerbaren Energien drastisch reduzieren zu wollen, geht man in Sicherheitskreisen fest davon aus, dass Auseinandersetzungen um die Kontrolle von Energievorkommen künftig massiv zunehmen werden. So liefert die Army Modernization Strategy Juni 2008, ein wichtiges Pentagon-Planungsdokument, folgende Lageeinschätzung: „Uns droht eine mögliche Rückkehr zu traditionellen Sicherheitsbedrohungen durch neu auftretende, fast ebenbürtige Mächte, und zwar jetzt, wo wir im weltweiten Wettstreit um knapper werdende Rohstoffe und Überseemärkte stehen.“⁴

Die Europäische Union befindet sich dabei in einer besonders misslichen Lage, denn aufgrund ihrer rapide zur Neige gehenden eigenen Reserven (v.a. in der Nordsee) ist sie in immer größerem Maße auf Energievorkommen im Ausland angewiesen. So prognostiziert die EU-Kommission für das Jahr 2030 einen Anstieg der Importabhängigkeit im Gasbereich von gegenwärtig 57% auf 84% und was Öleinfuhren anbelangt gar von heute 82% auf 93%. Im Gasbereich wird künftig ein Großteil der Einfuhren aus Russland stammen. Schon heute importiert die EU knapp 45% ihres Gasbedarfs von dort, ein Wert, der sich in wenigen Jahren auf schätzungsweise 60% erhöhen wird.⁵

Angesichts dieser – absehbaren – Entwicklung darf gefragt werden, ob es von EU-Seite sonderlich klug war, Moskaus ausgestreckte Hand und das Angebot einer engen Partnerschaft in den Wind zu schlagen: „Insgeheim hoffte er [Wladimir Putin] bei seinem Amtsantritt, Europa würde Russland beim Wiederaufstieg helfen und Russland in

der gesamteuropäischen Familie akzeptieren. Zwei Wochen nach den Anschlägen vom 11. September kam er nach Berlin, um im deutschen Bundestag eine versöhnliche Grundsatzzrede über das Ende des Kalten Kriegs zu halten und eine strategische Partnerschaft, beispielsweise bei gemeinsamen Modernisierungsprojekten in Sibirien, anzuregen. Eine konkrete Antwort ist der Westen Putin schuldig geblieben. Heute kann Putin seine Wut und Enttäuschung über seine im Großen und Ganzen verfehlte Westoffensive kaum verbergen.“⁶

Noch im unmittelbaren Vorfeld des US-Angriffskrieges gegen den Irak war allenthalben die Rede von der sich herausbildenden Achse Paris-Berlin-Moskau, die symbolhaft für die Formierung eines gegen die Vereinigten Staaten gerichteten Gegenblocks stand. Ihren energiepolitisch-geostrategischen Niederschlag fand dieses Bündnis bspws. im Vorhaben, eine Gaspipeline von Russland durch die Ostsee nach Deutschland zu verlegen (North Stream bzw. Ostseegaspipeline), die das Ziel hat, Moskaus Einfluss auf die bisherigen Transitländer für westeuropäisches Gas, v.a. die Ukraine, zu vergrößern. Nun hat sich bekanntlich der Wind gedreht, eine neue Eiszeit im russisch-europäischen Verhältnis ist ausgebrochen, selbst eine neuerliche Blockkonfrontation, ein Neuer Kalter Krieg, ist nicht mehr ausgeschlossen. Dies hängt einerseits mit den Regierungswechseln und der Rückkehr zu einer stark pro-amerikanischen – und damit anti-russischen – Politik in Frankreich und Deutschland zusammen, aber mindestens ebenso mit der Tatsache, dass Moskau nicht gewillt war, in besagter Achse länger den Juniorpartner zu spielen, der jeden russlandfeindlichen Schachzug seiner „Partner“ klaglos hinnimmt.

In diesem Kontext war es neben den NATO-Osterwei-

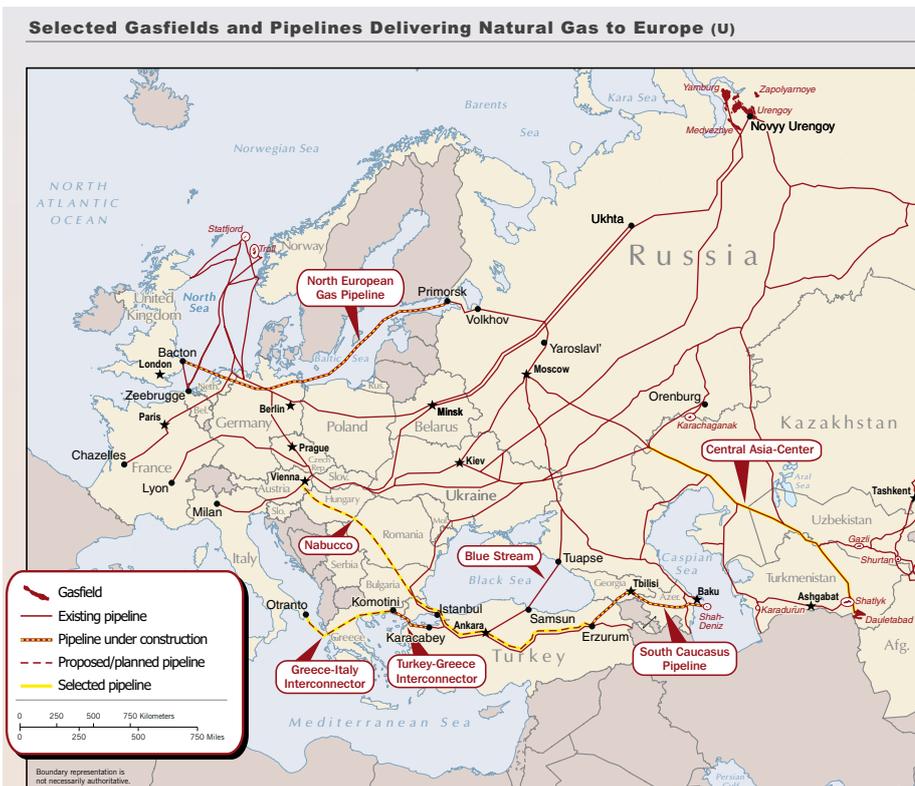
terungen vor allem die europäische (und natürlich amerikanische) Unterstützung der „bunten“ Revolutionen, bei denen pro-russische Regierungen in unmittelbarer Nachbarschaft Moskaus u.a. in Georgien (2003) und in der Ukraine (2004) durch pro-westliche Machthaber ersetzt wurden, die Russland zu einer Neubewertung seines Verhältnisses mit der Europäischen Union veranlassten. Moskau reagierte hierauf, indem es – zuweilen recht raubeinig – eine energiepolitische Gegenoffensive einleitete. Ein wesentliches Element hierfür ist der offensichtliche Versuch, die europäische Gasversorgung so weit wie möglich auf sich zu monopolisieren. Hierfür verfolgt Russland ein ganzes Bündel an Strategien: Verstärkte staatliche Kontrolle der eigenen Energieversorgungs- und Transportunternehmen; Zurückdrängung in Russland operierender westlicher Firmen; Einkauf in den westeuropäischen Energiesektor etc. Vor allem aber strebt Russland – teils unter massiven Drohungen bis hin zum Einsatz der „Energiewaffe“ (wie etwa in den russisch-ukrainischen „Gaskriegen“) – die Übernahme der osteuropäischen Energie- und Transportunternehmen und vor allem der Leitungsnetze nach Westeuropa an. Parallel dazu arbeitet Russland darauf hin, die kaspischen Reserven langfristig an das eigene Leitungsnetz zu binden und sich so ein – politisch mächtiges – Monopol für die europäische Gasversorgung zu verschaffen (siehe ausführlich AUSDRUCK Juni 2007).

Nabucco und Georgienkrieg

Bislang können die erheblichen kaukasischen und zentralasiatischen Gasvorkommen nur über das russische Leitungssystem nach Westeuropa befördert werden, womit Moskau de facto auch diese Reserven kontrolliert. Um

dieses Transportmonopol zu brechen, will die EU mit dem 8 Mrd. Euro teuren (ursprünglich waren es einmal 4 Mrd.) Pipeline-Projekt Nabucco ab 2013 eine alternative Trasse bereitstellen. Hierdurch solle ein „Bypass“ um Russland gelegt werden, heißt es dazu in der Presse.⁷

Das Projekt, mit dem kaspisches Gas u.a. über Aserbaidschan, Georgien und die Türkei nach Westeuropa geleitet werden soll, erfreut sich höchster EU-Unterstützung. „Zwei Drittel sollen von institutionellen Geldgebern wie der Europäischen Investitionsbank (EIB), der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) und der Österreichischen Kontrollbank kommen.“⁸ Ende 2007 wurde darüber hinaus mit dem ehemaligen niederländischen Außenminister Jozias van Aartsen ein eigener Nabucco-Koordinator ernannt. Seine Drohungen gegenüber Russland sind



Europas Versorgungsnetz der Gas-Pipelines, Karte: EIA/US-Regierung

gleichzeitig auch die Begründung, weshalb sich die EU so massiv für die Nabucco-Pipeline einsetzt: „Energie muss im Zentrum des Sicherheitsdenkens stehen. [...] Die EU muss auf den gegenwärtigen Druck seitens der Energieversorger mit einer kohärenteren internationalen Energiestrategie reagieren. [...] Es geht um wirklich viel. Was können wir tun? Die EU kann Klartext reden – Russland muss aufhören, seine Energie für politische Zwecke einzusetzen.“⁹

In der ersten Ausbaustufe soll Nabucco 8-10 Mrd. Kubikmeter Gas transportieren, um aber rentabel zu sein, muss diese Zahl langfristig auf 31 Mrd. steigen. Dies stellte das Projekt aber vor immense Probleme, einzig Aserbaidschan konnte bzw. wollte genug Gas für die erste Ausbaustufe zusagen, woher der Rest kommen sollte, stand lange in den Sternen. Nachdem es Wladimir Putin im Mai 2007 auch noch gelang, über neue Verträge sicherzustellen, dass ein Großteil des zentralasiatischen Gases für Jahrzehnte an das russische Leitungssystem gebunden bleibt, befand sich das Nabucco-Projekt kurz vor dem Aus. Die einzige nennenswerte Alternative, um an ausreichend Gas zu gelangen, wäre der Iran gewesen, was aber aus politischen Gründen abgelehnt wurde.

In diesem Zusammenhang konnte EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner im April 2008 aus ihrer Sicht erfreuliche Neuigkeiten verkünden, als sie der Presse mitteilte, das gasreiche Turkmenistan habe der Nabucco-Pipeline jährlich zehn Milliarden Kubikmeter Erdgas zugesagt. „Das ist ein Durchbruch“, so Ferrero-Waldner. „Bisher hat es nur allgemeine Äußerungen gegeben, doch jetzt haben wir eine echte, zusätzliche Perspektive für neue Gasfelder.“ Die verbindliche Zusage sei „ein wichtiger erster Schritt für die Nabucco-Pipeline.“¹⁰ Schon kurz zuvor vermeldete BP, das aserbaidschanische Gasfeld Shah Deniz II berge deutlich größere Reserven als erwartet, womit größere Mengen für Nabucco bereitgestellt werden könnten.¹¹ Somit schien sich alles zum Positiven für das Nabucco-Projekt zu entwickeln – doch dann kam der Krieg in Georgien, der bislang letzte Akt der Nabucco-Arie.

Auch wenn es sicher wichtige andere Gründe für den Krieg zwischen Georgien und Russland im Sommer 2008 gegeben hat, wäre es blauäugig seine energiepolitische Dimension zu vernachlässigen, denn sowohl die bereits gebaute wichtige Ölpipeline Baku-Tiflis-Ceyhan als auch die künftige Nabucco-Trasse verlaufen über Georgien. So zitiert das Insiderblatt *Caspian Investor* einen Kommentator mit folgenden Worten: „Das größte Opfer des Showdowns ist die naive westliche Vorstellung, Georgien könne einen sicheren alternativen Energiekorridor liefern, der sowohl Russland als auch den Iran als Mitglied der ‚Achse des Bösen‘ umgeht.“¹² Die um klare Worte selten verlegene Vizepräsidentenskandidatin John McCains, Sarah Palin, äußerte sich mitten im US-Wahlkampf über den Zweck der in den abtrünnigen georgischen Provinzen Süd-Ossetien und Abchasien stationierten russischen Truppen folgendermaßen: „Wir sehen, wie Russland eine wichtige Pipeline

im Kaukasus in Schach hält. Seine Strategie besteht darin, unsere europäischen Verbündeten zu entzweien und einzuschüchtern, indem Energielieferungen als Waffe eingesetzt werden.“¹³ Sollte dies tatsächlich eines der russischen Interessen gewesen sein, so war Moskau damit jedenfalls erfolgreich: „Die russische Invasion Georgiens hat ernsthafte Zweifel an der Durchführbarkeit von Nabucco verursacht, nicht zuletzt da sie droht, astronomische Versicherungskosten zu verursachen, um die Risiken eines bewaffneten Konflikts abzudecken.“¹⁴

Der russische Einmarsch in Georgien wird von vielen Anrainern als das wahrgenommen, was er zumindest in Teilen auch war: ein Fingerzeig, dass Russland machtpolitisch im Ringen um die kaspischen Energieträger nicht klein beigeben will und hierbei nötigenfalls auch bereit ist, auf Gewalt zurückzugreifen. So erhielt die Europäische Union aus Kasachstan eine Abfuhr, was die Bereitstellung von Gasreserven für die Nabucco-Trasse angeht. „Wir bekommen mächtigen Druck aus Moskau, bei Nabucco nicht mitzumachen“, sagte der kasachische Wirtschaftsminister Bachyt Sultanow dem Handelsblatt.¹⁵

Vor diesem Hintergrund äußern sich mittlerweile zahlreiche Beobachter skeptisch, was die Perspektiven des Projektes angeht. „Führende Energieexperten haben [am 19. Januar 2009] im Europäischen Parlament schwierige Fragen zur Zukunft des EU-Vorzeigeprojektes der Nabucco-Gaspipeline aufgeworfen. [...] Auf politischer Ebene sah es zunächst so aus, als ob die Nabucco-Pipeline durch die Krise an Glaubwürdigkeit gewonnen habe. Den Europaabgeordneten wurde gestern jedoch ein eher pessimistischer Berichtsentwurf über die Energiesicherheit der EU vorgelegt, in dem auch die Nabucco-Pipeline umfassend behandelt wird. Der Bericht wurde nur wenige Tage vor dem ‚Nabucco-Gipfel‘ vorgelegt, der am 27. Januar 2009 von Ungarn in Budapest veranstaltet wird.“¹⁶

Dennoch betonten schon unmittelbar nach dem Georgien-Krieg zahlreiche EU-Spitzenpolitiker, die Nabucco-Pipeline müsse nun umso dringender realisiert werden. Nach dem letzten der schon fast zur Routine gewor-



Trans-Sahara-Pipeline

denen russisch-ukrainischen Gaskriegen zum Jahreswechsel 2008/2009 und den damit einhergehenden Versorgungsengpässen in zahlreichen EU-Staaten wurde dem Projekt noch mehr Rückendeckung gegeben. So äußerte sich Bernd Pfaffenbach, Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMWi): „Der aktuelle Streit zwischen Russland und der Ukraine über den Transit nach Europa hat uns noch einmal drastisch vor Augen geführt, wie wichtig die Nabucco-Pipeline zur Erschließung zusätzlicher Lieferquellen ist.“¹⁷

Folgerichtig sicherten auf der bereits erwähnten Nabucco-Konferenz Ende Januar 2009 sowohl die tschechische EU-Ratspräsidentschaft als auch die EU-Kommission dem Projekt ihre Unterstützung zu. Auch die Europäische Investitionsbank erneuerte ihre Zusagen, zu einer Teilfinanzierung des Projektes bereit zu sein. Mehr noch: 200 bis 300 Mio. Euro sollen sofort zur Verfügung gestellt werden, um umgehend mit dem Bau beginnen zu können.¹⁸ Aserbaidschan vermeldete zudem nun, es sei in der Lage, die 8-10 Mrd. Kubikmeter, die für die Inbetriebnahme 2013 benötigt werden, bereitzustellen, weshalb die „Welt“ vermeldete, der Baubeginn könne nun noch auf dieses Jahr vorverlegt werden.¹⁹

Wo allerdings tatsächlich die für die späteren Ausbauphasen benötigten Gasmengen herkommen sollen, um die Rentabilität des Projektes zu gewährleisten, ist weiterhin unklar - der Iran jedenfalls dürfte hierfür auch nach dem Regierungswechsel in den USA weiterhin ausscheiden. Gegenwärtig hofft man darauf, dass sich in Turkmenistan deutlich größere Vorkommen befinden als bisher angenommen. Doch selbst wenn dies so wäre, ist es keineswegs ausgemacht, dass diese Nabucco zur Verfügung gestellt werden. Noch weniger existiert bislang eine - aus vielen Gründen - schwierig zu bauende Pipeline durch das Kaspische Meer, die erforderlich wäre, um turkmenisches Gas an die Nabucco-Pipeline anzuschließen. Zumal Russland alles daran setzen dürfte, dies zu verhindern.

So steht das Nabucco-Projekt, allen Lippenbekenntnissen zum Trotz, weiterhin vor enormen Hürden. Deshalb - und da selbst eine erfolgreiche Realisierung die Abhängigkeit von Russland nur bedingt reduzieren würde, Nabucco würde lediglich ein Drittel des deutschen Gasbedarfs decken - werden fieberhaft weitere Alternativen gesucht.

Afrikanische Nabucco: Die Trans-Sahara Gas-Pipeline

Das geopolitische Fingerhakeln zwischen Russland und der Europäischen Union bleibt nicht auf die kaspische Region begrenzt. Nach den russischen Teilerfolgen sieht Brüssel dringenden Handlungsbedarf: „In der EU gibt es von Seiten der Mitgliedsstaaten, besonders nach dem Georgienkrieg, eine erhebliche Nachfrage nach einer Diversifikation, einer wirklichen Diversifikation der Versorgung“, so EU-Energiekommissar Andris Piebalgs nach einem Gespräch mit hohen nigerianischen Energiebeamten. „Die EU-Regierungen sind besorgt über eine zu große Abhängigkeit von Russland.“²⁰ Ganz ähnlich äußerte sich EU-Kommis-

sionschef José Manuel Barroso: „Wir werden nicht untätig herumsitzen und zuschauen, wie die EU in eine Energieabhängigkeitskrise gerät.“²¹

Afrika spielt in diesen Überlegungen schon länger eine wichtige Rolle: „Europas Interesse an Energielieferungen aus Afrika wurde im November 2006 wiedererweckt, als feststand, dass man zu keinem neuen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Russland gelangen werde, das den gemeinsamen Beziehungen im Energiebereich eine offizielle Grundlage hätte geben können.“²² Schon auf dem Afrika-EU-Gipfel im Dezember 2007 vereinbarten beide Seiten eine engere Kooperation in „Energiefragen mit strategischer Bedeutung“. In der Zwischenzeit wurde die Zusammenarbeit weiter konkretisiert: „Bei einem Treffen der EU-Kommissare Piebalgs und Michel mit Vertretern der Afrikanischen Union (AU) im September 2008 in Addis Abeba bezeichneten beide Seiten die geplante Transsahara-Pipeline als ‚ersten konkreten Schritt‘ hin zur Energie-Partnerschaft EU-AU. [...] Gegenwärtig gibt es innerhalb der EU zudem Überlegungen, die Energieimporte aus Afrika durch Investitionen in die dortige Infrastruktur nochmals deutlich zu steigern.“²³

Vor allem die nigerianischen Gasvorkommen sind dabei derzeit das Objekt der Begierde - immerhin verfügt das Land über die größten Reserven Afrikas. Dieses Gas soll nun mit einer Trans-Sahara-Gaspipeline (TSG) durch halb Afrika geleitet und dann über das algerische Leitungsnetz nach Europa geschleust werden: „Das Ausgangsterminal dieser insgesamt 4300 km langen Pipeline wäre Brass im Nigerdelta. Die Pipeline würde durch Nigeria (1050 km), Niger (750 km) und Algerien (2500 km) verlaufen und entweder in Beni Saf oder in El Kala an der algerischen Mittelmeerküste enden. Von dort könnte das Gas durch die Medgaz- und die Galsi-Pipeline nach Spanien und Italien weiter transportiert werden. Ab 2015 könnten so jährlich ca. 20 Mrd. Kubikmeter und ab 2030 sogar 30 Mrd. Kubikmeter Erdgas nach Europa gelangen.“²⁴

Wichtiges EU-Projekt

Von EU-Seite wird das Vorhaben massiv unterstützt. So äußerte sich Energiekommissar Piebalgs folgendermaßen: „Die Trans-Sahara Gaspipeline könnte eine viel versprechende Versorgungsrouten für die EU darstellen.“²⁵ Auch in ihrer „Zweiten Überprüfung der Energiestrategie“ vom November 2008 hob die EU-Kommission die Bedeutung der Pipeline hervor: „Die Transsahara-Gaspipeline ist für die EU eine wichtige zusätzliche Gelegenheit zur Diversifizierung ihrer Versorgungswege und -quellen. Die EU ist bereit, die Realisierung dieser Pipeline durch unterschiedliche Instrumente zu fördern, namentlich im Zuge einer bilateralen Zusammenarbeit, durch das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument, den Europäischen Entwicklungsfonds und die Europäische Investitionsbank.“²⁶ Die Nigeria-Reise der EU-Kommissare Piebalgs und Michel im September 2008 diente explizit dem Zweck, „das Projekt voranzutreiben.“²⁷

Auch in Deutschland wurden die Zeichen der Zeit erkannt: „Im Rennen um Rohstoffe in Afrika darf Deutschland nicht im Abseits stehen, hat Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier diese Woche in Berlin gewarnt. Nun schmiedet die Bundesrepublik eine Energiepartnerschaft mit Nigeria. „Andere haben die Investitionsbedingungen erkannt und sind dabei, sich politische Einflussphären zu schaffen“, mahnte der SPD-Politiker auf der diesjährigen Botschafterkonferenz. In Nigeria immerhin versuchen die Deutschen, mit der Konkurrenz aus Asien und Russland mitzuhalten. Berlin schmiedet derzeit eine Energiepartnerschaft mit dem westafrikanischen Land, die in Afrika ihresgleichen sucht. Im Gegenzug für technologische Unterstützung habe Nigeria ‚uns zugesagt, Zugang zu Gasvorkommen zu verschaffen‘, pries Steinmeier das Projekt.“²⁸

Konkurrenz zu Russland

Kaum ein Hehl wird daraus gemacht, dass dieses Pipeline-Projekt darauf abzielt, Russlands energiepolitische Position zu schwächen, nicht umsonst wird sie in manchen Medien als „afrikanische Nabucco“ bezeichnet.²⁹ Doch überall wo die EU wildert, ist Russland derzeit nicht weit entfernt. „Der neueste Schauplatz im Kampf um Energiequellen liegt in Nigeria. Die EU und Russland wetteifern um das Recht, eine Gaspipeline durch die Sahara zu bauen“, titelte Ende 2008 die Neue Züricher Zeitung.³⁰ Das Nachrichtenportal Euractiv überschrieb einen Artikel ganz ähnlich mit den Worten „EU und Russland reißen sich um nigerianisches Gas.“ Weiter heißt es dann: „Die parallelen Schachzüge Brüssels und Moskaus illustrieren den Wettlauf um Rohstoffe.“³¹

Selbst der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages betont in einem Gutachten die geopolitische Konfliktkonstellation, vor deren Hintergrund die Sahara-Pipeline gebaut werden soll: „Die EU steht mit ihren Bemühungen um eine Erschließung der nigerianischen Gasvorkommen in Konkurrenz zum russischen Monopolisten Gazprom. Wenige Wochen vor dem Besuch der EU-Kommissare in Lagos schloss Gazprom sowohl mit Nigeria als auch mit Algerien Abkommen zur Exploration ihrer Gasvorkommen und zur Beteiligung an der Transsahara-Pipeline ab. Damit unterläuft Gazprom, wie in der jüngeren Vergangenheit schon häufiger, die Versuche der EU, unabhängiger von russischen Energielieferungen zu werden.“³²

Mit dieser Absichtserklärung scheint Russland die Europäische Union einmal mehr im Pipeline-Poker ausgestochen zu haben. „Gazprom – Europas Alptraum“ titelte im September 2008 die russische Zeitung „Gaseta“: „Gestern hat der russische Gasmonopolist ein Verständigungs-Memorandum mit der Nigerian National Petroleum Corporation (NNPCA) unterzeichnet und somit die energiewirtschaftliche Schlinge um Europas Hals noch fester zugezogen. [...] Nach dem gestrigen Memorandum mit der NNPCA zweifeln Experten nicht mehr daran, dass der Bau der Trans-Sahara ohne Gazprom kaum erfolgen könnte.“³³

Militarisierung der Region

Ein weiterer bislang kaum thematisierter Aspekt des TSG-Projektes stellt dessen Absicherung dar. „Im Nigerdelta um Port Harcourt machen Aufständische die Ölförderung unsicher; sie haben bereits damit gedroht, eine allfällige Trans-Sahara-Pipeline in die Luft zu sprengen. In Niger kämpfen Tuareg-Rebellen, in Algerien Islamisten gegen die Regierungen.“³⁴ Nicht nur Infrastruktur in Nigeria selbst, der gesamte Streckenverlauf soll „beschützt“ werden: „Die lange Strecke durch politisch instabile Regionen wie das nigerianische Niger-Delta, der wichtigsten Fördergegend auch für Gas, oder den Norden des Niger müsste gesichert werden.“³⁵ Was dies bedeutet, erläutert Susanne Nies vom French Institute of International Relations: „Das wäre dasselbe, wie eine Pipeline durch Afghanistan zu bauen – sie würde permanent bombardiert und angegriffen werden. [...] Man müsste die gesamte Pipeline militarisieren und eine Pipeline erfordert ein 20 bis 30jähriges Engagement.“³⁶

Solche Überlegungen sind maßgeblich dafür verantwortlich, dass Afrika immer stärker in den Fokus der EU-Militärpolitik gerät, schließlich betrachtet nicht zuletzt der EU-Außenbeauftragte Javier Solana den Schutz sog. „kritischer Infrastruktur“ als eine militärische Aufgabe: „Im Bereich der Krisenreaktion [...] müssen wir mehr tun, um zu gemeinsamen Risiko- und Bedrohungseinschätzungen zu gelangen. Damit zusammen hängt die Frage der physischen Absicherung – Raffinerien, Terminals, Pipelines, etc.“³⁷

Afrika: Schauplatz im Neuen Kalten Krieg

Afrika droht wieder verstärkt Austragungsort von Großmachtkonflikten zu werden. China liefert sich bereits im Sudan eine Art Stellvertreterkrieg mit den USA und der Europäischen Union. Nun kommt auch noch Russland, das ebenfalls nicht gerade für seinen rücksichtsvollen Umgang mit schwächeren Staaten bekannt ist, als Akteur hinzu: „Was sich jetzt in Afrika abspielt, ist in jeder Beziehung ein Neuer Kalter Krieg um Energie. Jetzt ist auch Russland als Mitspieler in diesem dreidimensionalen Wettlauf um Ressourcen auf den Plan getreten.“³⁸

Gas-OPEC und Energie-NATO

Aufgrund der beschriebenen erfolgreichen russischen Maßnahmen, die EU-Diversifikationsstrategie im Pipelinebereich zu durchkreuzen, versucht Brüssel auf anderem Wege an neue Gasquellen zu gelangen. Das Hauptproblem der EU ist, dass es augenblicklich nicht möglich ist, flexibel und kurzfristig auf Lieferengpässe zu reagieren, sollte ein Land die viel beschworene „Energiewaffe“ einsetzen. Denn weil Gas bislang nahezu ausschließlich über langfristige Verträge und via Pipelines bezogen werden kann, stellt es derzeit – noch – keine globale Handelsware wie Öl dar, die aus jedem Winkel der Welt gekauft werden könnte. In den vergangenen Jahren ist die Produktion von Flüssiggas, bei der der Stoff aufwendig heruntergekühlt und damit verschiffbar gemacht wird, jedoch effizienter, die Herstellung der für den Transport notwendigen Tanker um die Hälfte

günstiger geworden. Die EU setzt deshalb massiv auf den Ausbau dieses Bereiches, womit mittelfristig ein globaler Gasmarkt entstehen dürfte.

Doch auch diese Entwicklung macht sich Russland zunutze. Ohne globalen Gasmarkt machte bislang ein OPEC-ähnliches Kartell, mit dem Angebot und Nachfrage und damit der Preis bestimmt werden kann, ebenso wenig Sinn wie ein Zusammenschluss, um die eigenen Gasressourcen als machtpolitischen Hebel zu verwenden. Mit dem Ausbau des Flüssiggasbereiches ändert sich diese Konstellation jedoch grundlegend. Schon als sich Russland erstmals positiv zu Überlegungen zur Gründung einer Gas-OPEC äußerte, löste dies deshalb hysterische Reaktionen in den westlichen Hauptstädten aus.

Bereits im November 2006 warnte der NATO-Wirtschaftsausschuss in einer an sämtliche Mitglieder verschickten Studie, Russland strebe ein Gaskartell mit dem Ziel an, seine Ressourcen als machtpolitischen Hebel zu verwenden. Am Ende desselben Monats ging US-Senator Richard Lugar, einer der führenden NATO-Strategen, buchstäblich in die Offensive. Am Rande des NATO-Gipfels in Riga kritisierte er Moskau für seine Versuche, Öl als „Waffe“ gegen den Westen einzusetzen und schlug die Bildung einer „Energie-NATO“ vor. Kernidee dabei ist es, dass die NATO künftig eine Unterbrechung der Öl- und Gaszufuhr wie einen militärischen Angriff behandeln soll (siehe AUSDRUCK Juni 2007).

Anfang 2008 veröffentlichten fünf hohe NATO-Generäle ein Grundlagenpapier, das explizit als Forderungskatalog für die anstehende Aktualisierung des Strategischen Konzeptes der NATO in die Debatte eingespeist wurde: „Es wird eine zunehmende globale Konkurrenz um knappe Ressourcen geben, auf alle Fälle wird dies für fossile Brennstoffe zutreffen, was die Möglichkeiten für die Versorger anwachsen lässt, ihre Stellung und ihren Hebel zu missbrauchen. [...] Die Abhängigkeit von Öl und Gas ist eine Verwundbarkeit, die manche Regierungen versuchen werden auszunutzen – die Gazprom-Krise hat unter Beweis gestellt, wie einfach die Nachfrage manipuliert werden kann. Die Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC) ist ein Mechanismus – und wird es wohl auch bleiben –, um die Ölpreise künstlich hoch zu halten und jüngst haben Russland und die Vereinigten arabischen Emirate die Möglichkeiten zur Bildung einer Gas-OPEC untersucht. [...] Aus diesem Grund könnte es überlegenswert sein, in Betracht zu ziehen, die NATO als ein Instrument zur Energiesicherung zu verwenden.“³⁹

Mitte 2008 erneuerte Richard Lugar, der zwischenzeitlich als Obamas Verteidigungsminister im Gespräch war, bei einer Senatsanhörung seine Vorschläge zur Gründung einer Energie-NATO und setzte sich vehement für den Bau der Nabucco-Pipeline ein.⁴⁰ Bei derselben Anhörung lobte der neue US-Vizepräsident Joseph Biden ausdrücklich Lugars energiepolitische Arbeit und betonte die Bedeutung der Auseinandersetzungen in der kaspischen Region: „Es geht um viel, um hunderte von Milliarden Dollar Öl und

Infrastruktur, den Wiederaufstieg Russlands und die Energiesicherheit Europas. [...] Die Russen lieben Schach. Unsere strategische Antwort auf dem Schachbrett Zentralasiens muss es sein, eine Präsenz auf den Teilen des Bretts zu etablieren, die sie noch nicht kontrollieren. Das bedeutet neue Pipelines zu verlegen, die Alternativen [...] zum russischen Monopol eröffnen.“⁴¹

Russland ließ sich von diesem Säbelrasseln jedoch nicht beirren, am 23. Dezember 2008 fand der Gründungsgipfel von 16 gasexportierenden Ländern in Moskau statt, die Gas-OPEC ist damit Realität geworden.⁴² Manche Experten bezweifeln zwar die Durchschlagskraft dieses Kartells⁴³, aber allein schon die westlichen Reaktionen zeigen deutlich, wie ernst dieser Versuch genommen wird. So warnte David Clark, ein ehemaliger Berater des britischen Außenministeriums: „Dabei handelt es sich um einen eindeutigen Versuch Russlands und anderer Staaten, ihren Einfluss zu vergrößern und Energie als geopolitische Waffe zu verwenden.“⁴⁴ Etwas weniger brachial, aber dennoch deutlich war auch die Kritik vonseiten der EU-Kommission: „Die Kommission ist grundsätzlich gegen Kartelle zum Verkauf und Marketing von Produkten und Kohlenwasserstoffe machen da keine Ausnahme“, so Ferrán Tarradellas Espuny, Energiesprecher der Kommission. „Wir glauben, die besten Bedingungen für den Verkauf eines Produktes wie Gas sind freie und transparente Märkte.“⁴⁵

SCO und die Konturen des Neuen Kalten Krieges

In Russland reagiert man auf die westlichen Versuche, die Energiefrage zu militarisieren, äußerst empfindlich. „In letzter Zeit haben neue Mitglieder der Allianz vorgeschlagen, eine ‚Energie-NATO‘ zu gründen, ein Vorschlag, der in Washington auf enthusiastische Unterstützung traf. [...] Angesichts dieser Entwicklungen kann sich Russland nicht mehr länger auf die allgemeinen Versicherungen freundlicher Absichten des Blocks verlassen.“⁴⁶ Moskau reagierte hierauf, indem es die lange vor sich hindämmernde Shanghai Cooperation Organization (SCO), ein Bündnis mit China und vier zentralasiatischen Staaten, stärkte.

Schon heute stellt die SCO einen überaus potenten Machtblock dar, dessen sechs Mitglieder 25% der Weltbevölkerung, 8% der Öl- und 31% der Gasvorkommen auf sich vereinen. Während dabei den USA der beantragte Beobachterstatus verwehrt wird, wurde dieser neben der Mongolei (2004) im Jahr 2005 Pakistan, Indien und ausgerechnet dem Iran eingeräumt. Im Oktober 2008 kündigte Wladimir Putin darüber hinaus an, dass die Zusammenarbeit mit den Beobachterstaaten deutlich intensiviert und sie sukzessive in sämtliche SCO-Aktivitäten eingebunden werden sollen.⁴⁷ Dies könnte eine Vorstufe zu einer Vollmitgliedschaft darstellen, um die der Iran bereits ersucht hat. Sollte dies eintreffen, so würden die Mitgliedsstaaten über 18% der weltweiten Öl- und 37% der Gasvorräte verfügen.⁴⁸ Darüber hinaus wurde auf russische Initiative bereits im August 2007 ein „SCO-Energieclub“ eingerichtet, in dem im Rahmen des Bündnisses auch rohstoffrelevante

Fragen diskutiert werden.

Interessant sind in diesem Zusammenhang auch Pressemitteilungen, die angeben, die OPEC suche „den Schulterchluss mit den Nicht-Opec-Anbietern, um den Fall der Ölpreise zu stoppen. Opec-Präsident Chakib Khelil hat die Ölförderländer außerhalb seiner Organisation aufgefordert, sich an Produktionskürzungen zu beteiligen.“⁴⁹ Umgekehrt scheint sich auch Russland, das bislang einen solchen Schritt immer kategorisch abgelehnt hatte, künftig an die OPEC-Mengenbegrenzungen halten zu wollen: „Das russische Energieministerium plant die Einführung von ‚inneren Quoten‘, die die Erdölförderung in Russland regeln sollen. Dies würde zwangsläufig zur Begrenzung des Erdölexportes und zur Stärkung von staatlich kontrollierten Ölunternehmen führen. Marktteilnehmer sind der Auffassung, Moskau könne alsbald vollwertiges OPEC-Mitglied werden.“⁵⁰ Ganz deutlich äußerte sich der russische Präsident Dmitri Medwedew über einen möglichen OPEC-Beitritt Ende 2008: „Wir sind dazu bereit, wir müssen uns und unsere Einkommensbasis verteidigen.“⁵¹

So zeichnen sich derzeit gravierende Veränderungen innerhalb des internationalen Mächtegefüges ab. Insbesondere nach den heftigen Konflikten mit dem Westen im Kontext des russisch-georgischen Krieges im Sommer 2008 mehrten sich in Russland die Stimmen, die dafür plädieren, die SCO als anti-westlichen Gegenblock massiv auszubauen. So äußert sich etwa der Chef der Fernostabteilung der russischen Akademie der Wissenschaften, Anatoly Bolyatko, folgendermaßen: „Die SCO sollte möglicherweise damit beginnen, eine neue Rolle sowohl im als auch außerhalb des Kaukasus zu spielen. Was wir gegenwärtig beobachten, ist eine konkrete Krise der Vorstellung von einer unipolaren Weltordnung [...]. Ich bin der Ansicht, dass Organisationen wie die SCO und BRIC, die Russland mit Brasilien, Indien und China vereinigt, eine wichtigere Rolle spielen sollten. Viele Menschen haben bereits den Bedarf realisiert, dass die SCO und andere internationale Organisationen damit beginnen, sich stärker darauf zu konzentrieren, globale Sicherheit und Stabilität zu gewährleisten.“ Im Anschluss an diese Sätze warb Bolyatko dafür, Länder wie Indien, Pakistan und den Iran in die SCO aufzunehmen.⁵²

Bereits im Sommer 2007 fand im Rahmen der SCO das erste Militärmanöver („Peace Mission 2007“) aller sechs Mitgliedstaaten statt, an dem 6.500 Soldaten teilnahmen. Innerhalb des US-Militärs wird diese Übung als ein alarmierender Schritt gewertet, dass sich die SCO rasant in Richtung eines voll ausgewachsenen Militärbündnisses entwickelt.⁵³ Tatsächlich wird die SCO in russischen Zeitungen teils offen als „Anti-NATO“ und „Warschauer Pakt II“ bezeichnet.⁵⁴ Solche Aussagen werden in westlichen Sicherheitskreisen sehr ernst genommen, wo teils scharf vor dem neuen Militärblock gewarnt wird: „Das Jahr 2001 hätte ein Augenöffner sein können, aber der Westen, zu traumatisiert von den islamistischen Angriffen auf Amerika, versäumte es, eine ähnlich bedeutsame wenn auch weniger spektakuläre Entwicklung zu bemerken: [...] Es dauerte fünf weitere



Pressekonferenz der SCO Peace Mission 2007 mit Vertretern der beteiligten Streitkräfte, Bild: Russisches Verteidigungsministerium

Jahre, bis westliche Außenpolitikexperten realisierten, dass die sich herausbildende Shanghai Cooperation Organization de facto eine OPEC mit Bomben ist, die das Potenzial hat, sich mit der Zeit zu einer ‚NATO des Ostens‘ zu entwickeln.“⁵⁵

Ausstieg aus der Eskalationsspirale

Der Aufstieg Russlands (und Chinas) ist unvermeidlich, die Vorherrschaft des Westens und ihres militärischen Durchsetzungsorgans, der NATO, steht fundamental in Frage: „Zwar basiert die Weltordnung des beginnenden - den 21. Jahrhunderts weiterhin auf der Sicherheitsarchitektur der Transatlantischen Gemeinschaft und ihrem soliden Verteidigungsinstrument, der NATO. [...] Am fernen Horizont sind die Konturen einer neuen Weltordnung mit ihren Begriffen wie BRIC (inoffizielle Bezeichnung der am schnellsten wachsenden Schwellenländer Brasilien, Russland, Indien, China), Schanghai Organisation für Zusammenarbeit und der Gas OPEC zu erkennen.“⁵⁶

Wird der Westen bereit sein, Macht und Einfluss abzugeben oder (militärisch) auf seiner Vorherrschaft beharren? In Russland jedenfalls stellt man sich inzwischen auf heftige Konflikte ein. Die Einschätzung herrscht vor, der Westen wolle einen Wiederaufstieg Russlands unter allen Umständen verhindern.⁵⁷ Auch von Obama scheint man diesbezüglich keine substantielle Verbesserung zu erwarten. Leonid Ivashov, ehemaliger russischer Generalstabschef, schreibt hierzu: „Die globale US-Führerschaft und die Förderung amerikanischer Interessen waren schon immer die Prioritäten der politischen Elite der Vereinigten Staaten. [...] Kein US-Präsident wird die US-Strategie je ändern, noch würde ihm dies durch die finanziellen Schattenorganisationen erlaubt werden. Es ist diese Allianz aus Obama und dem globalen Finanzwesen (global finances), die bei den Wahlen am 4. November triumphierte. Gegenwärtig ist es eine Priorität dieser Allianz, den Aufstieg der Vereinigten Staaten zur globalen Vorherrschaft fortzusetzen, während dieser Kurs im Namen einer neuen US-Politik angekündigt werden wird.“⁵⁸

Der Vorschlag Dmitri Medwedews, eine „alternative Sicherheitsarchitektur“ zu schaffen, die im Gegensatz zur

NATO auch Russland einbindet, verhalte bislang ungehört. Auch der neue US-Präsident Barack Obama scheint davon nichts wissen zu wollen. Schlimmer noch: mit Michael McFaul ernannte er einen ausgewiesenen Russland-Hardliner zum Leiter des Arbeitsgebietes Russland im Nationalen Sicherheitsrat. Somit deutet wenig darauf hin, dass es unter Obama zu einem dringend erforderlichen Kurswechsel kommen wird, vielmehr läuft auch er Gefahr, den Neuen Kalten Krieg zu einer self-fulfilling prophecy zu machen.

Anmerkungen:

- 1 Kagan, Robert: Die Demokratie und ihre Feinde, Bonn 2008, S. 7.
- 2 Trenin, Dimitri: Energy geopolitics in Russia-EU relations, in: Pipelines, Politics and Power: The future of EU-Russia energy relations, Centre for European Reform, October 2008, S. 15-24, S. 15.
- 3 Bundesakademie für Sicherheitspolitik: Energiesicherheit 2050. Eine ressortübergreifende Herausforderung, Berlin, Juni 2008. Hervorhebung JW.
- 4 America's Army: The Strength of the Nation, The Army Modernization Strategy 2008, S. 5f.
- 5 Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat und das Europäische Parlament: Eine Energiepolitik für Europa, Brüssel, den 10.1.2007 KOM(2007) 1 endgültig.
- 6 Rahr, Alexander: Putin nach Putin – das kapitalistische Russland am Beginn einer neuen Weltordnung, Tübingen 2008, S. 29f.
- 7 Friedl, Dieter: Ein Bypass für die Gasversorgung, Wiener Zeitung, 28.01.2009.
- 8 Seiser, Michaela: Projekt „Nabucco“ für Europa, faz.net, 18.01.2009.
- 9 Aartsen, Jozias: Why energy must be the core of EU security thinking, Europeworld, 18.02.2008.
- 10 EU emanzipiert sich von russischem Gas, Die Presse, 14.04.2008.
- 11 Nothegger, Barbara: Europas lange Leitung, Die Zeit, 2/2008.
- 12 Georgian Conflict Obliges Export Route Reality Check, Excerpt from Caspian Investor by Dr. Kent Moors, Contributing, 21.08.2008, URL: <http://tinyurl.com/ckvugn> (02.02.2008). Siehe auch Georgia crisis could thwart EU project to bypass Russia for natural gas, International Herald Tribune, 28.08.2008.
- 13 US-Wahlkampf: Palin sieht in Russlands Energiepolitik Bedrohung für USA und Europa, RIA Novosti, 30.10.2008.
- 14 Europolitics, 16.09.2008.
- 15 Pany, Thomas: Europas Abhängigkeit von Russland, Telepolis, 13.11.2008.
- 16 Gaskrise sorgt für neuerliche Zweifel an Nabucco-Pipeline der EU, euractiv, 20.01.2009.
- 17 Glos will Einhaltung der Erdgas-Lieferversprechen, faz.net, 27.01.2009.
- 18 EU will Pipeline-Projekt Nabucco vorantreiben, yahoo Nachrichten, 27.01.2009.
- 19 Schraven, David: EU will Bau der Nabucco-Pipeline beschleunigen, Die Welt Online, 27.01.2009.
- 20 Green, Mathew: Brussels takes on Gazprom in Nigeria, Financial Times, 17.09.2008.
- 21 Pop, Valentina: EU to help Africa expand energy sector, Euobserver, 09.09.2008.
- 22 EU und Afrika: Ehrgeizige Energiepartnerschaft eingeleitet, euractiv, 09.09.2008.
- 23 Schneider, Jörg/Pohl, Marionka: Eine Gaspipeline von Nigeria bis zum Mittelmeer? Überlegungen in der Europäischen Kommission zum Bau einer Pipeline durch die Sahara, Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages, Nr. 30/08, 03.12.2008, S. 1.
- 24 Ebd.
- 25 Trans-Sahara Gas Pipeline conference: future possibilities for diversification of EU energy supply, Europaworld, 13.07.2007.
- 26 Zweite Überprüfung der Energiestrategie, KOM(2008) 781 endgültig, Brüssel, den 13.11.2008, S. 11.
- 27 Schneider/Pohl 2008, S. 2.
- 28 Zapf, Marina: Deutsche hoffen auf Nigerias Gas, Financial Times, 11.09.2008.
- 29 EU und Afrika: Ehrgeizige Energiepartnerschaft eingeleitet, euractiv, 09.09.2008.
- 30 Green, Mathew: Die EU will an Nigerias Erdgas, Neue Züricher Zeitung, 21.09.2008.
- 31 EU und Russland reißen sich um nigerianisches Gas, euractiv, 18.09.2008.
- 32 Schneider/Pohl 2008, S. 2.
- 33 Gazprom - Europas Albtraum - „Gaset“, RIA Novost, 04.09.2008.
- 34 Green 2008.
- 35 Claasen, Heimo: Wettlauf um afrikanisches Gas, welt-sichten 10-2008.
- 36 EU seeks best of bad options for energy security, Reuters, 17.09.2008.
- 37 Javier Solana, EU High Representative for the Common Foreign and Security Policy, Address at the Conference Towards an EU External Energy Policy, S324/06, Brüssel, 20. November 2006.
- 38 Engdahl, William F.: »Gazprom« und der Neue Kalte Krieg um die afrikanischen Bodenschätze, 16.01.2008, URL: <http://tinyurl.com/bzlxsm> (02.02.2008).
- 39 Naumann, Klaus u.a.: Towards a Grand Strategy for an Uncertain World: Renewing Transatlantic Partnership, Januar 2008, URL: <http://tinyurl.com/5bujl9> (02.02.2009), S. 47f.
- 40 U.S. Senate Committee on Foreign Relations, Senator Richard G. Lugar Opening Statement for Hearing on Oil, Oligarchs and Opportunity: Energy from Central Asia to Europe, 12.06.2008, URL: <http://tinyurl.com/df7tg8> (02.02.2009)
- 41 BIDEN: We Need to Confront Russia's Oil Dominance with Aggressive, 12.06.2008, URL: <http://tinyurl.com/crjhol> (02.02.2009). Vgl. auch Hantke, Martin: Imperiale Geopolitik: Ukraine, Georgien und der Neue Kalte Krieg zwischen der NATO und Russland, in: DFG-VK/IMI (Hg.): Kein Frieden mit der NATO, Tübingen 2009, S. 52-56.
- 42 Blick in die Röhre, nrv, 06.01.2009.
- 43 Vgl. etwa Götz, Roland: Pipeline-Popanz. Irrtümer der europäischen Energiedebatte, in: Osteuropa 1/2009.
- 44 European exports help Gazprom profits soar by 30%, Guardian, 23.10.2008.
- 45 Hotten, Russel: Gas producers plan Opec-style cartel, The Telegraph, 22.10.2008.
- 46 Kokeyev, Mikhail: Russia-NATO Relations: Between the Past and the Future, in: Russia in Global Affairs, April/Juni 2007.
- 47 Putin promotes SCO at international summit, Moscow News, 30.10.2008.
- 48 Pham, Peter: NATO's New Rival, National Interest Online, 19.08.2008.
- 49 Palm, Regine/Wiede, Thomas: Russland und Opec nähern sich an, Handelsblatt, 21.10.2008.
- 50 Gründet Russland Gas-Kartell für OPEC-Beitritt? RIA Novosti, 23.10.2008.
- 51 Russland kann in OPEC eintreten, Ölförderung drosseln, Russland Aktuell, 12.12.2008.
- 52 Korotun, Lada: Russia-China: SCO Military Alliance Challenges US-NATO Unipolar World, Globalresearch.ca, 07.09.2008.
- 53 Nerlich, Uwe: Energy Security or a New Globalization of Conflicts? Oil and Gas in Evolving New Power Structures, in: Strategic Insights, Volume VII, Issue 1 (February 2008).
- 54 Blomfield, Adrian: Putin praises strength of 'Warsaw Pact 2', London Telegraph, 17.08.2007.
- 55 Dillon, Dana: The Civilian Side Of the War on Terror, Policy Review, October/November 2007.
- 56 Rahr 2008, S. 10f.
- 57 Karaganov, Sergei: A New Epoch of Confrontation, Russia in Global Affairs, Oktober/Dezember 2007.
- 58 Ivashov, Leonid: Obama to Move Into the White House: Do Changes Await the US Geopolitics? Strategic Culture Foundation, 09.11.2008, URL: <http://en.fondsk.ru/article.php?id=1724> (02.02.2009).

Die ESVP-Mission in Georgien: „Vom Wasserträger zum Führungsspieler“

oder der Krieg in Georgien als Geburtsstunde des neuen Imperiums EU?

Von Tobias Pflüger

Am 15. September beschlossen die Außenminister der Europäischen Union (EU) während ihres Gipfeltreffens in Brüssel, spätestens bis zum 1. Oktober 2008 eine EU-Beobachter-Mission im Rahmen der so genannten Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) nach Georgien zu entsenden. Diese EU-Beobachter-Mission soll u.a. das Waffenstillstandsabkommen im Krieg zwischen Georgien und Russland überwachen, das auf EU-Vermittlung zustande kam.

Diese Entscheidung ist aus mehreren Gründen sehr problematisch:

1. Die Mission soll die Einhaltung eines Abkommens überwachen, von dem es nach Angaben des französischen Außenministers Bernard Kouchner verschiedene Fassungen gibt, somit gibt es bei der Auslegung des Waffenstillstandsabkommens erhebliche Meinungsunterschiede zwischen der russischen Regierung und der EU, vertreten durch die französische EU-Ratspräsidentschaft.

2. Die Europäische Union ist in diesem Konflikt nicht neutral, mehr und mehr ergreift sie einseitig zugunsten Georgiens Partei und betreibt damit de facto auch eine dezidiert anti-russische Politik. Da die zu entsendenden Beobachter unter ausschließlicher Hoheit der Europäischen Union agieren sollen, ist auch von ihnen kein unparteiisches Verhalten zu erwarten.

3. Die EU will über ihre Präsenz vor Ort ihren Einfluss in der energiereichen kaspischen Region ausdehnen und so eine Führungsrolle im dortigen Machtpoker übernehmen - weitere Konflikte mit Russland sind somit vorprogrammiert. Die Mission steht damit symbolhaft für den machtpolitischen Expansionsdrang der Europäischen Union, den Beobachter nicht von ungefähr als Anzeichen für die Herausbildung eines Europäischen Imperiums bewerten.

Notwendig wäre stattdessen eine wirklich neutrale Beobachtermission, die von beiden Kriegsseiten akzeptiert ist und die somit nur im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), versehen mit einem Mandat der Vereinten Nationen (UN) möglich ist. Sie sollte sich aus Beobachtern zusammensetzen, deren Staaten keine eigenen strategischen und machtpolitischen Interessen in der Region haben oder mit dieser Beobachtermission verbinden. Alle diese Kriterien treffen auf die geplante EU-Mission nicht zu, sie ist somit abzulehnen.

EU-Mission: „EUMM Georgia“

Schon seit Längerem bereitete man sich in Brüssel darauf vor, eine Beobachtermission zur Überwachung des Waffen-

stillstandsabkommens zwischen Russland und Georgien (6-Punkte-Plan) zu entsenden. Auf der Ratssitzung am 15. September einigten sich die EU-Außenminister nun darauf, dass der European Union Monitoring Mission (EUMM) genannte ESVP-Einsatz spätestens am 1. Oktober beginnen soll.

Die EUMM soll zunächst 12 Monate dauern und insgesamt 232 EU-Beamte (v.a. Polizisten) umfassen. Hinzu kommen noch 30 lokale Mitarbeiter. Den Löwenanteil davon entsenden Frankreich (60 bis 76), Deutschland (40: davon 20 Polizisten und über das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) in Berlin rekrutierte Personen), Italien (40), Polen (30), Schweden (27) und Großbritannien (27). Kostenpunkt des Einsatzes: 31 Mio. Euro aus Töpfen der EU (hinzu kommen noch einzelstaatliche Ausgaben für Gehälter, etc.). Das Hauptquartier des Einsatzes soll in Tiflis errichtet werden, wobei auch die Rede davon ist, dass Regionalbüros in Gori, Zugdidi und Poti eingerichtet werden sollen. Wichtig ist, dass der Einsatz, den der deutsche Hansjörg Haber leiten wird, von der Europäischen Union in Eigenregie durchgeführt wird: „Die EUMM wird nicht unter der Aufsicht der Vereinten Nationen (UN) oder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) durchgeführt werden. Stattdessen wird sie eine eigenständige Mission, die von der EU im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) geführt wird.“ (Euractiv, 16.09.08)

Umstrittenes Mandat

Das EUMM-Mandat umfasst vor allem drei Aufgabenbereiche. Die Mission soll zur Stabilisierung, Normalisierung und Vertrauensbildung im Georgien-Konflikt und in der gesamten Region beitragen (darüber hinaus soll sie beratend für die weitere EU-Politik in der Region tätig werden). Ein wichtiger Streitpunkt liegt in den Passagen zur Stabilisierung der Situation. Dem Mandat zufolge soll die EUMM „die Lage bezüglich des Stabilisierungsprozesses überwachen, analysieren und über sie auf Grundlage der vollen Einhaltung des 6-Punkte-Plans, einschließlich des Truppenrückzugs, berichten...“

Über die genaue Interpretation des Abkommens bestehen aber - milde formuliert - erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Dies hängt ganz wesentlich mit einer „Panne“ der französischen Krisendiplomatie zusammen, denn es gibt zwei völlig unterschiedliche Fassungen des 6-Punkte-Plans: „Der französische EU-Vorsitz musste eine Übersetzungspanne bei dem Waffenstillstands-Abkommen für den Kau-



Hand in Hand bei der Eskalation im Kaukasus, Foto: EU

kasus einräumen. In der russischen Übersetzung lautet der Text in einem zentralen Punkt anders als im französischen Original. Nach Darstellung von Außenminister Kouchner ist im Original des Friedensabkommens von der Sicherheit ‚in‘ den abtrünnigen georgischen Provinzen Südossetien und Abchasien die Rede. In der russischen Übersetzung geht es dagegen um die Sicherheit ‚für‘ die Regionen. Die Formulierung ist entscheidend, da Russland daraus das Recht auf Pufferzonen auf georgischem Territorium vor den jeweiligen Provinzen ableitet.“ (NZZ, 08.09.2008)

Zwar haben sich Russland und die Europäische Union am 8. September tatsächlich darauf geeinigt, dass Moskau seine Truppen spätestens 10 Tage nach Entsendung der EU-Mission aus Georgien zurückzieht, wohin und in welcher Form, bleibt allerdings umstritten. Überprüfen kann man jedoch die jeweiligen Standpunkte nicht, denn was im 6-Punkte-Plan genau festgelegt ist, darüber kann lediglich spekuliert werden: „Der Originaltext des Abkommens ist öffentlich nicht zugänglich, er liegt nicht einmal in den Außenministerien anderer EU-Staaten vor.“ (FAZ, 21.08.2008) Sowohl der Hohe Beauftragte der EU für Außen- und Militärpolitik Javier Solana als auch der Europaminister der französischen Ratspräsidentschaft Jean-Pierre Jouyet verweigerten beide auf Nachfragen im Auswärtigen Ausschuss nach dem Wortlaut des Originaltextes des Abkommens genauere Angaben.

Die russische Regierung scheint augenblicklich zwar nicht darauf zu drängen, ihre Soldaten in einer Pufferzone um Abchasien und Südossetien stationiert zu lassen, sie pocht aber

darauf, in beiden abtrünnigen Provinzen, deren staatliche Unabhängigkeit sie inzwischen anerkannt hat, künftig mit je etwa 3800 Soldaten präsent zu bleiben, doppelt so viele wie vor Ausbruch der Feindseligkeiten. Während Russland diesen Schritt vom 6-Punkte-Plan gedeckt sieht, erachtet die Europäische Union dies als eine Verletzung des Abkommens. Ganz deutlich bezieht die NATO in dieser Frage Position: „Nato-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer sagte, damit sei der EU-Friedensplan nicht eingehalten. Russland werde damit erlaubt, seine militärische Präsenz in den beiden abtrünnigen Regionen Abchasien und Südossetien zu verstärken.“ (Reuters, 15.09.2008)

Ein wichtiger Streitpunkt war auch, in welchem Bereich die EU-Beobachter agieren sollen, nämlich ob die EU-Beobachter ausschließlich im Kernland Georgiens oder auch in Abchasien und Südossetien tätig werden sollten. Im Ratsentwurf für das EUMM-Mandat, der bislang einzigen vorliegenden Arbeitsgrundlage, werden in Artikel 2 nicht weniger als drei Formulierungen zum Stationierungsgebiet gewählt, die jede für sich alles und nichts bedeuten können („on a country-wide base“, „in Georgia“, „throughout Georgia“). Aus diesem Grund fragte ich Javier Solana am 10. September im Auswärtigen Ausschuss des Europäischen Parlamentes nach dem konkreten Aktionsradius der EU-Beobachter, woraufhin ich folgende Antwort erhielt: „Der Einsatz der EU-Beobachter in Südossetien und Abchasien ist mit Russland nicht abgesprochen“. Die Beobachter sollten aber „in dem Geist entsandt werden, überall stationiert zu werden.“ (AFP, 10.09.2008).

Zwar wurde noch keine endgültige Entscheidung getroffen, ob auf einer Stationierung in den abtrünnigen Provinzen letztlich auch bestanden werden wird, in jedem Fall widerspricht aber auch hier die Brüsseler Interpretation der Vereinbarungen diametral derjenigen Moskaus: „Russlands Regierungschef Wladimir Putin sagte der Pariser Zeitung Le Figaro, dass die Abchasen und Südossetien einer Entscheidung von EU-Beobachtern zustimmen müssten. ‚Südossetien und Abchasien sind jetzt souveräne Staaten‘, erklärte Putin. Südossetien hatte den Einsatz bereits abgelehnt.“ (Die Zeit 15.9.08)

Angesichts dieser haarsträubenden „Pannen“, die der französischen Krisendiplomatie in der letzten Zeit unterlaufen sind, fällt es einem schwer, dabei an Zufall zu glauben. In jedem strittigen Punkt versucht die Europäische Union, beiderseitige Vereinbarungen mit der Folge einseitig umzuinterpretieren, dass Russland als böser Bube dasteht.

EU mischt mit im kaspischen Energie- und Machtpoker

Beim Rattstreffen am 15. September wurde nicht nur die ESVP-Mission beschlossen, sondern mit dem französischen Diplomaten Pierre Morel auch ein EU-Sonderbeauftragter für Georgien ernannt. Diese Entscheidung spiegelt das wachsende Interesse Brüssels wieder, seinen Einfluss in der Region auszudehnen. Denn Morel war zuvor EU-Botschafter in Zentralasien und damit maßgeblich mitverantwortlich dafür, dass die Region aufgrund ihres Energiereichtums ins geopolitische Fadenkreuz der EU gerückt wurde. Hierzu schrieb der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier Anfang des Jahres: „Es geht um eine Region mit gewaltigen Energiereichtum. [...] Ich meine den Schwarzmeerraum und Zentralasien: beides Regionen mit einem enormem Potential für die Zusammenarbeit; beides Regionen, die wir deshalb während unserer Präsidentschaft in den Fokus europäischer Außenpolitik gerückt haben. [...] Das macht uns zu einem Spieler in einer Region, die nicht nur als Energie- und Transportkorridor heftig umworben wird, sondern die auch eine wichtige Brückenfunktion hat: in den Nahen und Mittleren Osten oder hin zum Kaspischen Meer.“ (Rede von Frank-Walter Steinmeier, 04.03.2008, URL: <http://tinyurl.com/4kvsom>)

Parallel zur Ernennung des EU-Sonderbeauftragten für Georgien verabschiedete die Europäische Union ein Hilfspaket für das Land in Höhe von 500 Mio. Euro, was allerdings keineswegs eine rein karikative Maßnahme darstellt. Vielmehr soll mit einem Teil der Gelder ein zentrales, gegen Russland gerichtetes Pipelineprojekt vorangetrieben werden. Dabei handelt es sich um die Nabucco-Pipeline, mit der zentralasiatisches Gas unter Umgehung Russlands nach Europa gebracht und damit Moskaus bisheriges Transportmonopol gebrochen werden soll. Da die Pipeline auch über georgisches Territorium verlaufen soll, vergrößerte der Georgien-Krieg ohnehin vorhandene Zweifel an der Realisierbarkeit des Projektes. Die EU beabsichtigt deshalb, „dem schwer angeschlagenen Nabucco Pipeline Projekt einen Schub zu verschaffen.“ (Europolitics, 16.09.08) Darin be-

steht explizit eine der Hauptaufgaben des angekündigten Hilfspaketes: „Teile dieser finanziellen Hilfe würden den Bereichen Energie und Infrastruktur in Georgien zugute kommen, erklärte die Kommissarin, da man befürchte, dass sich das Pipeline-Vorzeigeprojekt der EU, Nabucco, das Gas aus anderen Ländern als Russland nach Europa liefern soll, nach dem russischen Einmarsch in Georgien in der Schwebelage befinden könnte.“ (Euractiv, 16.09.2008)

Ein wichtiges Detail in diesem Zusammenhang enthüllt das Nachrichtenmagazin Europolitics (16.09.2008): „Die russische Invasion Georgiens hat ernsthafte Zweifel an der Durchführbarkeit von Nabucco verursacht, nicht zuletzt da sie droht, astronomische Versicherungskosten zu verursachen, um die Risiken eines bewaffneten Konflikts abzudecken.“ Pikant ist deshalb in diesem Kontext folgender Satz des EUMM-Mandats, der nur so zu verstehen ist, dass die ESVP-Mission gewissermaßen als Rückversicherung in Georgien stationiert werden soll, um die Realisierbarkeit der Nabucco-Pipeline zu garantieren: „Die Mission wird außerdem die Sicherheit von Transportverbindungen, Energieinfrastruktur und Einrichtungen überwachen...“ Die EUMM ist damit integraler Bestandteil der EU-Geopolitik, mit einer neutralen Beobachtermission hat sie nichts zu tun. Sie ist aus diesem Grund abzulehnen.

Die Stunde der Euro-Chauvinisten

Die Europäische Union hat den Krieg in Georgien erfolgreich dazu genutzt, ihren machtpolitischen Aufstieg weiter voranzutreiben - es schlug die Stunde der Euro-Chauvinisten. So kommentierte Jochen Bittner, Europa- und Nato-Korrespondent der ZEIT in Brüssel, die Ereignisse in einem Artikel mit dem bezeichnenden Titel „Imperium Europa: Die neue Nato heißt EU. Welches Bündnis sorgt eigentlich noch für mehr Sicherheit in Europa? Die Nato oder die EU?“ mit folgenden Worten: „Das Resümee der Georgien-Krise lautet deshalb: Das Solidaritäts- und Sicherheitsversprechen des Westens hat sich nach Osten verschoben. Weg von der Nato, hin zur EU. Der Westen ist nicht mehr Washington-zentrisch, er ist Brüssel-zentrisch.“ (Die Zeit, 18.09.2008) Ganz ähnlich äußert sich der CSU-Europa-abgeordnete Ingo Friedrich mit Blick auf die jüngste EU-Mission: „Wir haben es durch Lernbereitschaft und Disziplin auf der diplomatischen Weltbühne vom Wasserträger zum Führungsspieler geschafft.“ (<http://www.cducsu.eu/content/view/5213/4/>)

Wenn die Europäische Union nicht endlich ihre immer dezidiert anti-russisch agierende Politik verändert - die Ersetzung der EUMM durch eine wirklich neutrale OSZE-Beobachtermission wäre hier ein sinnvoller erster Schritt -, dann drohen schwere Auseinandersetzungen mit Russland. Da man hierzu aber nicht bereit ist, prognostiziert die FAZ (15.9.08) nüchtern: „Eine sichere Lehre aus der kaukasischen Krise gibt es jedoch: Der Westen sollte sich darauf vorbereiten, dass im Verhältnis zu Moskau noch ganz andere Unwetter aufziehen können.“

Tschad: Die EUFOR als Brandbeschleuniger

von Christoph Marischka

Die EU hat seit Anfang 2008 eine verhältnismäßig kleine Truppe, die für ihr eingeschränktes Mandat völlig unpassend ausgerüstet ist, im Grenzgebiet des Tschad und der Zentralafrikanischen Republik mit dem Sudan stationiert. Offizieller Auftrag ist der Schutz von Flüchtlingslagern und humanitären Organisationen in der Region. Die vielfältigen und grenzüberschreitenden, gesellschaftlichen, politischen und militärischen Konflikte wurden dabei aber nicht ausreichend beachtet. Im Tschad selbst ist ein Diktator an der Regierung, der von den dort stationierten französischen Soldaten gestützt wird. Durch seine Misswirtschaft ist die Bevölkerung verarmt und ein ausgeprägtes Bandenwesen im Einsatzgebiet entstanden. Gegen die Regierung sind zahlreiche Milizen aktiv, die teilweise aus dem Sudan heraus operieren und von der Regierung in Khartum unterstützt werden, welcher die EU feindlich gegenüber steht. Die im Sudan aktiven Milizen, insbesondere die JEM, werden nun verstärkt von Deby unterstützt, um gegen die Opposition im Tschad vorzugehen. Die EU-Soldaten, selbst kaum handlungsfähig, drohen diese Konflikte zu eskalieren. Damit offenbart der jüngste EUFOR-Einsatz strukturelle Defizite der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die um jeden Preis an Bedeutung gewinnen will und die einzelstaatlichen Kosten für militärische Abenteuer so weit senkte, dass diese ohne öffentliche Debatte und auch ohne jeden Sinn und Verstand durchgeführt werden können.

Die Vorwürfe, welche auch die militärisch-strategischen Thinktanks¹ der EU und ihrer Mitgliedsstaaten an die Planer des EUFOR-Einsatzes im Tschad und der Zentralafrikanischen Republik richten, sind von ungewohnter Deutlichkeit und Schärfe: Es fehle an politischer Zielsetzung, an Verständnis für die Hintergründe des Konflikts und die nachrichtendienstliche Aufklärung im Vorfeld habe sich als armselig erwiesen. Der EUFOR-Einsatz sei geeignet, die Lage in der Region zu destabilisieren und einen Stellvertreterkrieg zwischen Sudan und dem Tschad zu provozieren. Die humanitäre Lage, die offiziell mit dem Einsatz verbessert werden sollte, würde sich somit nur weiter verschlimmern.

Eskalation bei Ankunft der Soldaten

Tatsächlich bestätigt die Chronologie der Ereignisse dies eindeutig: Einen Tag nachdem die EU den Einsatz im Rat absegnete, verhängte der Präsident des Tschad, Idriss Déby, den Ausnahmezustand im Osten des Landes.² Teile der zuvor frisch geschmiedeten Allianz der Rebellen drohten der EU-Mission mit dem „totalen Krieg“, falls diese

sich nicht neutral verhalte.³ Unmittelbar nachdem die ersten EU-Truppen Ende Januar 2008 über die Hauptstadt N'Djamena eingeflogen wurden, wurde die Stadt von den Rebellen angegriffen, hunderte Bewohner starben, tausende flohen, 15 österreichische Soldaten verbarrikadierten sich im Keller des dortigen Kempinski-Hotels.⁴ Frankreich, Haupttruppensteller des EUFOR-Einsatzes und schon seit 1986 mit eigenen Soldaten im Tschad präsent, lieferte Débys Truppen Munition aus Libyen und stellte ihnen Aufklärungskapazitäten sowie militärische Berater zur Verfügung – allerdings außerhalb des EU-Einsatzes.⁵ In einer Krisensitzung froren die EU-Außen- und Verteidigungsminister die Verlegung der EU-Truppen ein, Vertreter der internationalen Gemeinschaft wurden aus der Hauptstadt evakuiert. Thinktanks der EU-Sicherheitspolitik rieten schon zu diesem Zeitpunkt, den Einsatz zu überdenken und erst dann wieder aufzunehmen, wenn eine klare politische Zielsetzung der EU gemeinsam mit Frankreich formuliert wäre. Durch die französische Hilfe konnten die Rebellen nach einigen Tagen zurückgeschlagen werden, Déby nahm jedoch die Gefechte zum Anlass, wichtige Vertreter der zivilen Opposition, die mit den Gefechten nichts zu tun hatten, verhaften zu lassen – bei einigen von ihnen ist bis heute unklar, ob sie noch leben und wo sie inhaftiert sind.⁶

Die Verlegung der EUFOR-Soldaten lief danach nur zögerlich wieder an. Erst am 15. März wurde eine bedingte Einsatzbereitschaft der Truppe erklärt, während die EU immer noch fieberhaft die Mitgliedsstaaten aufforderte, Truppen beizusteuern und bereits Verhandlungen mit Albanien und Russland aufnahm, die jeweils Soldaten anboten.⁷ Aus den Reihen der Militärs vor Ort wurde immer öfter Unmut öffentlich, Aufgabe und Ziel des Einsatzes seien unklar. Der Oberkommandierende der EUFOR im Einsatzland äußerte noch Anfang Juni deutliche Kritik an der Aufstellung der Truppe: Sie sei weder für eine humanitäre Mission geeignet noch für eine Entwaffnung der Bevölkerung. Übergriffe auf Dörfer und größere grenzüberschreitende Fluchtbewegungen, wie sie das eigentliche Mandat begründeten, fänden nicht statt, es sei „als wolle man eine Fliege mit Hammer und Amboss erschlagen“.⁸ Wenige Tage später wiederum – die EU-Truppe hatte ihre volle Einsatzbereitschaft noch immer nicht erreicht – wurde sie jedoch in erste Gefechte verwickelt und zwar mit voller Absicht der Rebellen.

Diese griffen die Stadt Goz Beida im Osten des Landes an, die nur etwa 150 Kilometer südöstlich von Abéché liegt, wo die EUFOR ebenso wie viele weitere westliche und inter-

nationale Organisationen ihren Stützpunkt hat. Goz Beida selbst weist die größte Dichte an Flüchtlingslagern und Camps auf, und entsprechend viele EU-Soldaten sind dort stationiert. Die Rebellen plünderten u.a. das lokale Büro des UNHCR, bedrohten dessen Mitarbeiter und nahmen einige Jeeps, Satellitentelefone und Benzin mit. Dabei sollen auch Schüsse gefallen sein.⁹ Erst als sie sich selbst bei Gefechten zwischen den Milizionären und den Regierungstruppen gefährdet sahen, gaben die 450 vor Ort stationierten irischen Soldaten Warnschüsse ab, anschließend bezogen sie tatsächlich ernsthaft Stellung um die Flüchtlingscamps herum und nahmen 250 Menschen in ihren Lagern in Obhut. Die lokale Vertreterin des UN-Flüchtlingshilfswerks, Annette



Polnischer Militärhubschrauber über dem Tschad, Bild: UN

Rehrl, richtete danach scharfe Kritik an die EUFOR-Soldaten und die EU,¹⁰ ebenso später der Präsident Déby, beide hatten ein entschiedeneres Eingreifen der EUFOR erwartet.¹¹ Javier Solana und die militärische Führung verteidigten hingegen das Vorgehen der Soldaten.

Der Ton zwischen der EU und Frankreich auf der einen Seite und der Regierung des Tschad auf der anderen ist seitdem schärfer geworden, was die Rebellen als Erfolg für sich verbuchen können. Daneben ist es ihnen gelungen, Stärke zu demonstrieren. Verschiedene Seiten äußerten sich überrascht über Umfang, Ausrüstung und Taktik der Milizen. Sie verfügten offensichtlich über 500-600 Fahrzeuge und bis zu 7.000 Soldaten, die sich über Funk an Orten verabreden, über die sie nur kurzfristig die Kontrolle übernehmen und dann weiterziehen. Dabei fahren sie in kleinen Konvois unterschiedliche Routen, um die französische Luftaufklärung über ihre Ziele im Unklaren zu lassen. Nach dem Überfall auf Goz Beida gaben sie zwar offiziell an, die Hauptstadt im Westen angreifen zu wollen, tatsächlich nahmen sie anschließend jedoch eher Kurs Richtung Norden, wo sie noch mehrere Städte im oder am Rande des EUFOR-Einsatzgebietes vorübergehend besetzten.

Für die französische Armee sowie die EUFOR war ihre Handlungsunfähigkeit, v.a. im Bereich der Aufklärung, tatsächlich peinlich, weshalb Frankreich in der Folge elf weitere Drohnen im Osten des Tschad stationierte, welche, auch mit Infrarot-Kameras ausgestattet, „Tag und Nacht“ Bilder der Region liefern sollen, „vor allem, [um die] Bewegung bewaffneter Gruppen [zu] kontrollieren“.¹² Die Rebellen, obwohl sie zuletzt eine Niederlage gegen Débys Truppen einstecken mussten, äußerten sich selbstbewusst: Die EUFOR könne nun im Land bleiben, da sie sich offensichtlich nur um den Schutz der Flüchtlinge und der humanitären Organisationen kümmere, was gut sei. Die Sicherheit im Osten des Tschad würde fortan jedoch durch die Milizen

gewährleistet, die Einnahme der Hauptstadt sei weiterhin deren Ziel und stünde unmittelbar bevor. Auch die sudanesishe Regierung versuchte anschließend, die EUFOR für sich zu instrumentalisieren und Frankreich und die Regierung Déby zu spalten: Am 19.6.2008 bat der sudanesishe Außenminister, Deng Alor, seine „französischen Freunde“ um Vermittlung mit N'Djamena, damit es zu keinem Krieg zwischen den beiden Ländern komme.¹³

Drei Wahrnehmungen des Konflikts

Diese missliche, peinliche und für die eingesetzten Soldaten äußerst unangenehme Lage der EUFOR ist der Tatsache geschuldet, dass es dem Einsatz an politischer Zielsetzung fehlt und er geplant wurde, ohne dass dem komplizierten Machtgefüge zwischen Tschad, Sudan und Zentralafrikanischer Republik sowie zwischen Regierungen und Rebellen im Vorfeld ausreichend Aufmerksamkeit geschenkt wurde.¹⁴ Auch die sozio-ökonomischen Ursachen der Unsicherheit – nämlich eine Konzentration der Öleinnahmen in den Händen einer kleinen und militaristischen Elite – wurden überhaupt nicht in die Überlegungen eines Militäreinsatzes einbezogen.

Grundsätzlich bestehen drei Wahrnehmungen des Konflikts unter den europäischen sicherheitspolitischen Eliten: Die einen nehmen ihn relativ isoliert als humanitäre Notlage wahr oder sehen im Osten des Tschad ein „Machtvakuum“, das für sich genommen durch europäische und internationale Sicherheitskräfte gefüllt werden müsse. Andere sehen in den dort aktiven Banden und Milizen einen „Stellvertreterkrieg“ zwischen den Regierungen in N'Djamena und Khartoum. Die dritte Perspektive versteht den Konflikt zwischen Regierung und Rebellen v.a. als innenpolitischen Machtkampf mit starken grenzüberschreitenden Implikationen, der insbesondere durch das militärische Engage-

ment der EU zu einem internationalen Stellvertreterkrieg anschwellen könnte. Diese drei Perspektiven legen auch je unterschiedliche Begründungen für den Einsatz im Tschad nahe.

Die erste Perspektive spricht dafür, dass die Zielsetzung des Mandates in diesem Falle tatsächlich mit den wesentlichen Triebfedern des EU-Militäreinsatzes übereinstimmt: Die internationale Gemeinschaft sieht der humanitären Notlage in Darfur schon lange zu, skandalisiert diese auch, um Druck auf Khartum auszuüben, aber kann auf sudanesischem Territorium nicht effektiv eingreifen. Um dem innenpolitischen und internationalen Druck der Menschenrechtskrieger zu einem militärischen Engagement für die Flüchtlinge nachzukommen, wurden nun Truppen im Osten des Tschad stationiert, mit dem Einverständnis der dortigen Regierung, die gute Erfahrungen mit der Unterstützung durch französische Soldaten gemacht hat und deshalb EU-Soldaten solchen unter UN-Mandat vorzieht.¹⁵ Wer nicht daran glaubt, dass sich die EU einfach nur auf öffentlichen Druck hin in ein militärisches Abenteuer stürzt, kann folgender Lesart folgen: Die humanitäre Notlage im Tschad entsteht durch das fehlende Gewaltmonopol, durch das Scheitern des Staates Tschad. Solche „Scheiternde Staaten“ werden von der EU per se als Sicherheitsbedrohung wahrgenommen, welchen durch militärischen Stabilitätsexport und eine Reform des Sicherheitssektors begegnet werden soll. Diese Einheit zwischen moralischer Verpflichtung und (nationalen) Sicherheitsinteressen prägt das Bild der insbesondere von liberaler Seite eingeforderten „Weltinnenpolitik“.¹⁶ Dass beides zusammen zu einem kostspieligen Militäreinsatz führt, ist natürlich umso wahrscheinlicher, wenn sich im Einsatzgebiet kostbare Ressourcen wie Öl finden lassen oder das Land sich als Transitstrecke hierfür anbietet. Beides ist im Tschad der Fall.¹⁷ Ob nun die humanitäre Notlage oder Eigeninteressen bei der Planung des EUFOR-Einsatzes dominiert haben, zeichnet sich diese erste Perspektive dadurch aus, dass sie sowohl das innenpolitische als auch das internationale Machtgefüge ignoriert und unerwünschte Nebeneffekte des Einsatzes deshalb nicht in Betracht gezogen wurden.

Einige Analysten auch unter den Planern des Einsatzes betrachten die Unsicherheit im Osten des Tschad hingegen als einen „Stellvertreterkrieg“ mit dem Sudan. Der EU-Einsatz dient aus dieser zweiten Perspektive demnach auch der militärischen Eindämmung – möglicherweise sogar Destabilisierung – der Regierung in Khartum und der mit dieser verbündeten Milizen. Entsprechend einfach erscheint die militärische Strategie: In einem Peacekeeping-Einsatz müssten zwei Kontrahenten getrennt werden.¹⁸ Insbesondere von den Medien wird immer wieder die „Spill-Over-Theorie“ vermittelt, nach der die Unsicherheit in Darfur quasi auf den Osten des Tschad ausstrahlt und beide Länder ohne den dortigen Konflikt in Frieden leben würden.¹⁹ Die sudanesische Regierung vertritt natürlich eine ähnliche Sicht und interpretiert den Militäreinsatz der EU in ihrem Nachbarland als Vorläufer oder abgespeckte Variante einer Intervention im Sudan, mit der sie schon mehrfach gedroht hat. Insofern ist es durchaus wahrscheinlich, dass Khartum – trotz zuletzt versöhnlicherer Töne gegenüber Frankreich – die Rebellen im Osten des Tschad nun verstärkt mit Waffen und Fahrzeugen unterstützt. Der Spill-Over zum Stellvertreterkrieg wäre somit eine Prophezeiung, die sich durch den EUFOR-Einsatz selbst erfüllen könnte.

Die dritte Perspektive betrachtet die Unsicherheit im Osten des Tschad als innenpolitischen Konflikt. So verweisen Kenner der Region darauf, dass es im Tschad noch nie einen verfassungsmäßigen Regierungswechsel gegeben hätte und die Präsidenten stets mit Gewalt an die Macht gekommen wären. Eine Demokratisierung und gerechtere Verteilung des Wohlstandes ist so stets verhindert worden. Häufig haben die späteren Präsidenten ihre Rebellion gegen die aktuelle Regierung aus Darfur heraus begonnen, wie das auch bei Déby der Fall war. Auch, dass sich der Konflikt gerade jetzt verschärft, sich die Rebellen vereint hätten und im Auftrieb befänden, ist aus dieser innenpolitischen Perspektive weitgehend ohne die Krise im Sudan zu erklären. Wesentliche Teile der jetzigen bewaffneten Opposition waren enge Vertraute von Déby, bis dieser 2004 die Verfassung änderte, um sich eine weitere Amtszeit zu ermöglichen. Gleichzeitig wurde klar, dass die steigenden Öleinnahmen



Die EU kommt - EU und UN Einsatzfahrzeuge im Tschad, Bild: UN

nur seinem eigenen Stamm und v.a. seinen eigenen Sicherheitskräften zugute kommen und deshalb eine bewaffnete Rebellion, auch wegen der vorgesehenen Ausbildung von regierungstreuen Polizeieinheiten durch die UN, immer schwieriger wird.²⁰ In diesem Kontext war der Beschluss eines Einsatzes der EU ein Katalysator für die vorübergehende Zusammenarbeit der drei größten Rebellengruppen im Dezember 2007. Denn diese mussten natürlich annehmen, dass die EU-Truppe, entsandt auf Initiative aus Paris mit Frankreich als größtem Truppensteller, ebenso wie die französische Regierung selbst, Déby bedingungslos unterstützen und einen Umsturz noch schwieriger machen würde. Tatsächlich kommt die EUFOR trotz wachsender Distanz zu Déby kaum umhin, seine Herrschaft zu sichern. Ein Umsturz während der Anwesenheit europäischer Soldaten wäre nicht nur peinlich, sondern würde diesen zweifellos auf die eine oder andere Weise mit der EU-Mission in Verbindung bringen. Noch delikater aber wäre die Tatsache, dass europäische Truppen auf einem Gebiet stationiert wären, das plötzlich der offiziellen Herrschaft von Verbündeten der sudanesischen Regierung unterstehen würde. Verhandlungen mit dieser über den weiteren Verbleib oder auch den Abzug aus einer äußerst unvorteilhaften Position heraus, wären dann unvermeidbar.²¹

Der Stellvertreterkrieg beginnt, die humanitäre Lage verschlechtert sich

Selbst Quellen, die im Tschad schon seit 2005 einen Stellvertreterkrieg mit dem Sudan sehen, räumen ein, dass dieser sich Ende 2007, also nach dem Beschluss der EU-Mission und unmittelbar vor deren Verlegung, intensiviert hätte.²² Zur Jahreswende starteten die in Darfur aktiven Truppen des Justice and Equality Movement (JEM) eine Offensive in den Rückzugsgebieten der bewaffnete Opposition gegen Déby im Sudan und besetzten Städte auf der sudanesischen Seite der Grenze zum Tschad – angeblich mit Unterstützung der Regierung Déby.²³ Dieser reagierte außerdem auf die (angeblich aus Khartum koordinierte) Vereinigung der Rebellengruppen, indem er Luftangriffe auf deren Rückzugsgebiete jenseits der sudanesischen Grenze durchführen ließ. Die sudanesische Regierung beschwerte sich über diese Verletzung seiner Grenzen offiziell bei der UN und reklamierte für sich das Recht, auf diese „Aggression“ in Übereinstimmung mit der UN-Charta zu reagieren. Déby nahm dazu keine Stellung, ließ aber verlautbaren, dass der Sudan die Rebellen aufrüste, um die EU-Mission zu verhindern.²⁴ Während sich die Rebellen wenig später auf dem Rückzug aus N'Djamena befanden, eröffneten sie eine zweite Front in der östlichen Grenzstadt Adré und zwangen Débys Truppen somit, die JEM um Hilfe zu bitten, die auch tatsächlich schnell vor Ort war und erstmals offen auf Seiten der Regierung des Tschad militärisch eingriff. Militärisch führte dies zwar zum Erfolg, politisch hat es Déby insofern stark geschwächt, als er fortan seine Verbindungen zu den Rebellengruppen im Sudan nicht mehr leugnen konnte. Die sudanesische Regierung flog daraufhin vom 8. bis 10. Februar

Luftangriffe auf die von der JEM im Grenzgebiet besetzten Städte, die anschließend von der sudanesischen Armee und regierungsfreundlichen Milizen überfallen wurden.²⁵ Am 3. März 2008 überquerten das erste Mal, anscheinend versehentlich, zwei französische Soldaten der EUFOR die Grenze in den Sudan. Die genaueren Umstände sind bis heute unklar, eventuell hat es sich um eine nachrichtendienstliche Operation gehandelt. Sie wurden jedenfalls unter Beschuss genommen, wahrscheinlich von der sudanesischen Armee, ein französischer Soldat starb, der andere wurde später in der Grenzregion verletzt aufgefunden.

Am 10. Mai 2008 griff die JEM, ihrerseits gestützt durch die Regierung in N'Djamena, Khartoum an. Das UNHCR im Tschad machte diesen Angriff in einem Bericht zur Sicherheitslage kurz darauf dafür verantwortlich, dass sich „die Alarmbereitschaft und die Furcht vor einer Eskalation der Gewalt“ weiter erhöht hätten. Insgesamt hätten sich zwischen Oktober 2005 und April 2008 140 Angriffe auf humanitäre Helfer und Organisationen ereignet, wobei 84 Fahrzeuge gestohlen worden seien. Alleine von Januar bis März 2008 gab es 26 solche Vorfälle, mehr als jemals zuvor.²⁶ Am 10. Juli 2008 gab der Sprecher der EUFOR, Dan Harvey, eine Einschätzung der ersten Monate der Mission ab, die in deren Zwischenstandsbericht einfließen sollte. Abgesehen davon, dass er die Ereignisse Mitte Juni eklatant anders darstellte, als es seinerzeit die Soldaten vor Ort, das UNHCR und die Presse taten – nämlich dass die EUFOR frühzeitig und engagiert eingegriffen hätte – betonte er, dass die EU-Truppe seit Einsatzbeginn (auf wann auch immer dieser letztlich datiert wird) bereits 211 Zusammenstöße mit Banditen und Rebellen gemeistert hätte, die humanitäre Helfer und Organisationen bedroht hätten.²⁷

Ein Beispiel für einen solchen Einsatz ereignete sich just am Tag zuvor: Zehn bewaffnete Banditen hätten ein Flüchtlingslager 50km südlich von Goz Beida beschossen, das UNHCR um Unterstützung gebeten. Die EUFOR hätte 45 Soldaten der Schnellen Einsatzkräfte entsandt, die kurz darauf von 16 Schützenpanzern verstärkt worden seien. Dieses „Show of Strength“ hätte eine ernsthafte Konfrontation verhindert, jedoch seien die fliehenden Angreifer von Regierungstruppen gestellt und mindestens einer von ihnen getötet worden.²⁸ Unabhängig von solchen Pseudo-Erfolgsmeldungen wird damit deutlich: Die Provokation in Goz Beida war kein Einzelfall, und die Angriffe auf humanitäre Einrichtungen haben seit dem EUFOR-Einsatz massiv zugenommen: von 140 in zweieinhalb Jahren auf 211 in nur wenigen Monaten. Auch die vor Ort aktive medizinische Hilfsorganisation Médecins Sans Frontières berichtete Ende Juni 2008 von einer sich verschlechternden Sicherheitslage und zunehmenden Angriffen auf humanitäre Organisationen.²⁹ Bezeichnenderweise gehen die offiziellen Dokumente der EU auf diese Sicherheitslage kaum ein, es finden sich allenfalls Formulierungen wie diese: „Die 77 vor Ort aktiven NGOs haben unterschiedliche Positionen zur Anwesenheit bewaffneter Kräfte zu ihrem Schutz“.

Die möglichen Zusammenhänge zwischen der Häufung

solcher Angriffe und dem EUFOR-Einsatz, der sie eigentlich verhindern sollte, sind vielfältig: Absurderweise scheinen alle Parteien (außer vielleicht die Regierung in Khartum) ein Interesse an der Beschäftigung der EUFOR-Soldaten und ihrem Verbleib vor Ort zu haben. Insbesondere Déby selbst, der meint, durch eine Verzögerung bzw. Verlängerung der EU-Mission einen UN-Einsatz verhindern und seine Macht festigen zu können.³⁰ Zweifellos hat die EU-Mission dazu geführt, dass die im Grenzgebiet aktiven Milizen von den Regierungen in Khartum und N'Djamena verstärkt unterstützt werden und sich der Konflikt zwischen beiden Ländern zuspitzte. Zuletzt können die jüngsten Angriffe auf NGOs auch als neues Aufrüsten für den nächsten Angriff auf N'Djamena gelesen werden, denn meist werden Benzin, Satellitentelefone und Fahrzeuge entwendet.

Einsätze am Fließband

Obwohl von verschiedenen Seiten eine möglichst schnelle Beendigung des EUFOR-Einsatzes gefordert wird, spricht im Moment einiges dafür, dass er über die ursprünglich vorgesehenen 12 Monate hinaus verlängert wird. Denn die UN, die eigentlich parallel zum EU-Einsatz eine Polizeimission (MINURCAT) beginnen³¹ und nach einem Jahr die EU-Mission übernehmen wollte, kann hierfür keine Einsatzkräfte aufreiben und ist mittlerweile vorsichtiger geworden. Nicht so beispielsweise der irische Verteidigungsminister, der erst am 13. Juli 2008 die Situation im Tschad als „hochgradig unberechenbar“ einschätzte und meinte, es handle sich dabei um die „herausforderndste Situation, der unsere Truppen je gegenüberstanden“.³² Falls sich die Ablösung durch die UN verzögern sollte, wäre er trotzdem dafür, dass sich die Iren weiter beteiligen, schließlich hätten sie ihr Camp dort bereits aufgebaut.³³

Insofern offenbart der EUFOR-Einsatz verschiedene Probleme der EU-Sicherheitspolitik. Eines dieser Probleme ist die Tatsache, dass relativ kleine Zirkel einen EU-Militäreinsatz vorbereiten und vorschlagen können und all diese Vorschläge bisher angenommen wurden. Nach der Zustimmung des EU-Ministerrates besteht die letzte Hürde zur Verwirklichung darin, dass die Mitgliedsstaaten die notwendigen Truppen und Ressourcen zur Verfügung stellen. Falls dies nicht gelingt, werden Drittstaaten unter dem Banner der EU beteiligt. Die Kosten für die Einzelstaaten sind jedoch verhältnismäßig gering – gemessen jedenfalls an der Intervention durch einen einzelnen Mitgliedsstaat –, und entsprechend knapp fällt auch die jeweilige öffentliche Debatte aus. Der EU-Mission generell können die einzelnen Verteidigungsminister bedenkenlos zustimmen, denn jeder gemeinsame Einsatz – so die offizielle Lesart – stärkt die Position der EU auf dem internationalen Parkett. Zudem wurde seit dem Artemis-Einsatz in der DR Congo 2003 eine enge Kooperation zwischen UN und dort insbesondere dem militärischen DPKO und der EU aufgebaut, welche die EU weiter ausbauen möchte.³⁴

Selbst wenn einige kerneuropäische Staaten einem EU-Einsatz eher skeptisch gegenüberstehen, werden genügend

Truppen durch diejenigen Mitgliedsländer zur Verfügung gestellt, die sich davon eine Stärkung ihrer Position in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik versprechen oder auch eine Ausweitung ihrer nationalstaatlichen militärischen Fähigkeiten erwarten. Hierfür diene z.B. die Beteiligung Deutschlands an den zwei EU-Missionen in der DR Congo, die damals vermeintlich humanitäre Ziele verfolgten, mittlerweile aber ganz unverblümt als „Probeweinsätze“ oder „Testläufe“ bezeichnet werden.

Genauso entwickelte sich die EUFOR-Mission im Tschad. Sie wurde vorbereitet vom französischen Außenministerium im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee der EU und dem Vorsitzenden des UN Department of Peacekeeping Operations, der zuvor selbst für das französische Außenministerium arbeitete. Auf eine von ihm initiierte offizielle Anfrage der UN hin wollten die Minister der EU freilich Handlungsfähigkeit demonstrieren und stimmen zu. Danach ging das Geschacher um beizusteuern Truppen und die Führung des Einsatzes los, wobei wichtige Staaten wie Deutschland, Großbritannien, Italien und Spanien sich sehr zurückhaltend verhielten. Also stellte Frankreich selbst das Hauptquartier in Mont Valérien bei Paris, in das dann aber immerhin Offiziere aus allen EU-Staaten entsandt wurden, um der Mission einen europäischen Anstrich zu geben. Truppen im Einsatzgebiet stellen neben Frankreich selbst hingegen v.a. Irland, Österreich und Polen. Die beiden ersten Truppensteller sind ihrer Verfassung nach eigentlich neutral, und der Einsatz in Zentralafrika bietet einen willkommenen Anlass für sie, sowohl ihre eigene Öffentlichkeit als auch ihre Soldaten an Auslandseinsätze zu gewöhnen – in einem Maßstab, der eher an ein Manöver erinnert, als an eine einzelstaatliche Intervention. Für Polen hingegen war die Beteiligung ein lange eingefordertes „Bekenntnis zu Europa“, nachdem es sich bislang v.a. für die USA im Irak militärisch beteiligte.

Neben der fehlenden europäischen Öffentlichkeit und den verhältnismäßig geringen nationalen Kosten spielt ein dritter Faktor eine Rolle dabei, dass EU-Auslandseinsätze leicht und damit auch allzu unüberlegt durchgeführt werden können: Bei der flankierenden Diplomatie dieser Einsätze kommt das politische Gewicht der EU als Ganzes zum Tragen. Sie kann auf die guten Kontakte der Einzelstaaten bei der Genehmigung von militärischen Überflugrechten ebenso zurückgreifen wie auf deren militärische Ressourcen und Stützpunkte in den ehemaligen Kolonien. Wenn es darum geht, Druck auf die Einsatzländer auszuüben, damit diese der Stationierung ausländischer Truppen zustimmen und diesen weitgehende Rechte einräumen, sind diese Verhandlungen umso asymmetrischer, als die EU in ihnen geschlossen auftritt und beispielsweise Zuwendungen aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EDF) versprechen kann, in den alle Mitgliedsstaaten einzahlen. So wurden dem Tschad von der Brüssler Bürokratie in den nächsten fünf Jahren Zahlungen in Höhe von 299 Mio. Euro aus dem EDF versprochen und der Zentralafrikanischen Republik, auf die sich der EUFOR-Einsatz ebenfalls erstreckt,

immerhin 137 Mio. Euro.³⁵

Ein letztes Element, welches sinnlose und gefährliche EU-Militäreinsätze begünstigt, sind diejenigen Eliten der europäischen „Zivilgesellschaft“, die - bestens vernetzt - kontinuierlich von Völkermord reden und - das ist das Problem daran - den Einsatz des Militärs zu dessen Beendigung fordern.³⁶ Wie maßlos sie dabei die Möglichkeiten eines militärischen Einsatzes in komplexen Gesellschaften und riesigen Landstrichen über- und die mit diesem verbundenen Eskalationspotentiale unterschätzen, zeigt der EUFOR-Einsatz an der sudanesischen Grenze.

Anmerkungen

1 Darunter u.a. das EU-eigene European Union Institute for Security Studies, das bereits am 5.2.2008 empfahl, die Verlegung der Truppen erst wieder aufzunehmen, wenn eine klare politische Vision für den Einsatz bestünde, welche die französischen Interessen integriert. Hierfür müsse das Mandat überdacht und eine gemeinsame Position gegenüber der Regierung des Tschad gefunden werden (Damien Helly: Crisis in Chad - implications for the EU, EUISS Analysis - no. 0, February 2008).

Auch Félix Arteaga vom spanischen Thinktank Real Instituto Elcano legte bereits am 10.3.2008 nahe, die nächsten Schritte zu überdenken, „um zu verhindern, dass die Mission selbst Teil des Problems wird“ (Félix Arteaga: The Chad Conflict, United Nations (MINURCAT) and the European Union (EUFOR), <http://www.globalpolicy.org>). Etwas später veröffentlichte Paul-Simon Handy eine Analyse für dasselbe Institut in der er, wie Felix Arteaga, auf die große kulturelle und ökonomische Fragmentierung und die Dynamik von Rebellenbewegungen und Regierung im Tschad verweist. Diese strukturellen Bedingungen müssten durch demokratische Reformen überwunden werden, damit „internationale Interventionen, wie die europäische EUFOR CHAD ... sich [nicht] nur auf das Bewahren von Stabilität konzentrieren und damit Teil des Problems und nicht der Lösung werden.“ Er warnt, dass sich durch die EU-Intervention autoritäre Regime in der Region festigen werden. (Paul-Simon Handy: Chad - Democratisation Challenges and Limits of International Intervention, Analysis Real Instituto Elcano (ARI) 59/2008). Bereits im November verfasste Bjoern H. Seibert für das MIT Security Studies Program ein Working Paper, in dem er insbesondere die logistischen Herausforderungen der EUFOR-Mission beschrieb. Er kam zu dem Schluss, dass die Verlegung einer Truppe im angestrebten Umfang zwar machbar, aber äußerst kostspielig sei, diese Truppe ihrem Mandat nicht gerecht werden könnte und eine eingeschränkte Strategie verfolgen müsste. „Diese Aussicht sollte bedenklich stimmen, denn Differenzen zwischen militärischer Strategie und den Zielen der Mission haben in der Vergangenheit zum Scheitern wohlgemeinter Interventionen geführt“. Außerdem erwartete Seibert damals schon, dass die UN den Einsatz nicht wie vorgesehen nach einem Jahr übernehmen könne und sich der zugrunde liegende Konflikt nicht schnell lösen lassen wird, deshalb sei „es möglich, dass sich die EU einer langfristigen Mission verpflichtet hat ... Je länger die EUFOR jedoch in Tschad und der Zentralafrikanischen Republik bleibt, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie in das komplexe Netz von Konflikten verstrickt wird, welches die Region seit 20 Jahren plagt.“ Diese Ausführungen tragen entsprechend den Titel „Afrikanisches Abenteuer?“ (Bjoern H. Seibert: African Adventure? Assessing the European Union's Military Intervention in Chad and the Central African Republic, Massachusetts Institute of Technology, MIT Security Studies Program Working Paper November 2007).

2 Jérôme Tubiana: The Chad-Sudan Proxy War and the 'Darfurization' of Chad - Myths and Reality, HSBA Working Paper 12, Small Arms Survey 2008.

3 "Rebels warn of 'total war' if EU force is not neutral", www.irinnews.org, 14.9.2007.

4 Wilhelm Theuretsbacher: EUFOR-Soldaten flüchteten in Hotelbunker, kurier.at, 4.2.2008.

5 Brian Rohan: France says transported Libyan munitions for Chad, Reuters, 14.2.2008.

6 Human Rights Watch: Chad - Opposition Leader Ibni Still Missing, HRW, 4.3.2007.

7 Erst nach der Ankunft albanischer Soldaten wird die EUFOR ihre volle Einsatzfähigkeit erklären können, geplant ist dies für Mitte September. Gegenwärtig (Juni 2008) verhandelt die EU mit Russland über die Lieferung dringend benötigter Hubschrauber.

8 Ganascia: "Il faut revoir les missions de l'Eufor au Tchad", Le Figaro, 9.6.2008; sowie: European peacekeepers take to policing eastern Chad, chinaview.cn, 16.5.2008.

9 Conor Lally: Irish troops criticised by UN body for failing to protect staff, irishtimes.com, 18.6.2008.

10 Ebd.

11 Solana lauds European peacekeeping mission in Chad, chinaview.cn, 18.6.2008.

12 Frankreich stationiert Drohnen für EUFOR-Einsatz im Tschad, Agence France Presse, 27.6.2008.

13 Chad rebels deny military defeat, aljazeera.net, 19.6.2008.

14 Zu diesem Machtgefüge siehe: Paul-Simon Handy, a.a.O., sowie: Gerhard Hauck: Schwache Staaten? Überlegungen zu einer fragwürdigen entwicklungspolitischen Kategorie, in: PERIPHERIE Nr. 96, 24. Jg., Verlag Westfälisches Dampfboot 2004.

15 Diese Sicht wird vom EUISS beispielsweise der französischen Regierung unterstellt.

16 Marlies Glasius, Mary Kaldor: Die menschliche Sicherheit - Überlegungen für eine neue Interventionspolitik der Europäischen Union, Frankfurter Rundschau, 16.12.2004.

17 Martin Zint: Hunderttausende auf der Flucht, Hintergründe der Flüchtlingsströme im Tschad, Wissenschaft und Frieden (W&F) 2/2008.

18 Beispielhaft dafür: Colin Thomas-Jensen: Nasty Neighbors Resolving the Chad-Sudan Proxy War, ENOUGH Strategy Paper 17, 2008. Das "ENOUGH-Project to end Genocide and Crimes against Humanity" wurde durch die International Crisis Group und das Center for American Progress ins Leben gerufen und fordert kontinuierlich Militäreinsätze, für deren Ausgestaltung es recht präzise Vorschläge macht.

19 Paul-Simon Handy, a.a.O.

20 Paul-Simon Handy, a.a.O.

21 Damien Helly, a.a.O.

22 Colin Thomas-Jensen, a.a.O.

23 UNHCR: Ninth periodic report of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the situation of human rights in the Sudan - Attacks on civilians in Saraf Jidad, Sirba, Silea and Abu Suruj in January and February 2008.

24 Sudan lodges complaint to Security Council against Chad, The Sudan Tribune, 30.2.2007.

25 UNHCR: Ninth periodic report of the UNHCR, a.a.O.

26 UNHCR: Briefing Note Humanitarian Security, Mai 2008 (<http://www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/chad?page=home>).

27 Ann Cahill: Irish troops report 211 clashes with Chad rebels, irishexaminer.com, 10.7.2008.

28 Tom Brady: Troops save aid workers in Chad drama, independent.ie, 10.7.2008.

29 MSF: Chad - MSF continues emergency medical aid amidst fresh fighting, MSF, 24.6.2008.

30 Diese These wird u.a. von Damien Helly, a.a.O., vertreten.

31 Deren Aufgabe soll es sein, die Polizeikräfte im Tschad auszubilden.

32 Defence Minister describes situation in Chad as highly volatile, belfasttelegraph.co.uk, 13.7.2008.

33 Ann Cahill, a.a.O.

34 Christoph Marischka: Battle-Groups mit UN-Mandat - Wie die Vereinten Nationen die europäische Rekolonialisierung Afrikas unterstützen, Studien zur Militarisierung Europas 31/2007.

35 EU Council Secretariat: BACKGROUND - EU Military Operation in Eastern Chad and North Eastern Central African Republic, Januar 2008.

36 Beispielhaft hierfür: Das Enough-Project to end Genocide and Crimes against Humanity, a.a.O.

Risiken und Nebenwirkungen

Neoliberaler Kolonialismus und NATO/EU-Aufstandsbekämpfung im Kosovo

von Jürgen Wagner

Erfolg ist bekanntlich eine Sache, die primär im Auge des Betrachters liegt. So verhält es auch beim Angriffskrieg gegen Jugoslawien und der daran anschließenden Besatzungspolitik des Westens. Für diejenigen, die diese Aggression zu verantworten haben, schlägt auf der Positivseite zu Buche, dass das Ziel, den „jugoslawischen Riegel“ aufzubrechen und das dortige sozialistische durch ein marktwirtschaftliches System zu ersetzen, verwirklicht werden konnte. Mehr noch: Im Kosovo wurde im Rahmen der militärischen Besatzung sogar eines der neoliberalsten Wirtschaftssysteme der Welt etabliert. Dass dieses Ziel von Anfang an integraler Bestandteil der Agenda war, bestätigt Strobe Talbott, seinerzeit stellvertretender US-Außenminister: „Während die Länder überall in der Region ihre Volkswirtschaften zu reformieren, ethnische Spannungen abzubauen und die Zivilgesellschaft zu stärken versuchten, schien Belgrad Freude daran zu haben, beständig in die entgegengesetzte Richtung zu gehen. Kein Wunder, dass die NATO und Jugoslawien schließlich auf Kollisionskurs gingen. *Der Widerstand Jugoslawiens gegen den umfassenden Trend zu politischen und wirtschaftlichen Reformen – und nicht die Bitte der Kosovo-Albaner – bietet die beste Erklärung für den Krieg der NATO.*“¹

Zudem erfuhr der 1991 begonnene Umbau der NATO zu einem global agierenden Interventionsbündnis mit dem Angriffskrieg seinen „krönenden“ Abschluss. Lediglich einen Monat nach dessen Beginn im März 1999 wurde dieser „informelle Vertragswandel“ (Varwick/Woyke) weg von der Landesverteidigung mit der Verabschiedung des Neuen Strategischen Konzepts schriftlich fixiert. Mit der Aggression setzten die NATO-Staaten zudem ein unmissverständliches Zeichen, sich bei Kriegseinsätzen künftig nicht mehr an eine Zustimmung des UN-Sicherheitsrates - und damit von Russland und China – gebunden zu fühlen. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an die diesbezüglich deutliche Aussage des damaligen Chefs des NATO-Militärausschusses Klaus Naumann: „Wir haben ihnen gezeigt, daß sie keine Chance haben, Interventionen der NATO durch ein Veto Rußlands zu behindern. Und ich hoffe, Moskau hat das verstanden.“²

Mit der Formel „illegal aber legitim“³ wurde versucht, das Problem zu umschiffen, dass der ohne UN-Mandat durchgeführte Krieg einen eklatanten Verstoß gegen die UN-Charta darstellte. Da hierdurch mit dem Nicht-Einmischungsgebot eines der wichtigsten Prinzipien der UN-Charta faktisch für ungültig erklärt wurde, haben die NATO-Staaten damit dem Völkerrecht womöglich irreparablen Schaden zugefügt wurde. Schließlich wollte und will

man sich nicht durch irgendwelche rechtlichen Einschränkungen von Militärinterventionen abhalten lassen.

Durch die spätere Besatzung und schließlich die Anerkennung des Kosovo durch die Mehrheit der westlichen Staaten wurde darüber hinaus auch noch das Prinzip der souveräner Gleichheit und territorialer Unversehrtheit außer Kraft gesetzt, indem Serbien gegen dessen erklärten Willen zerschlagen wurde. Auch dies dürfte im Sinne der Aggressoren gewesen sein, ging es doch nicht zuletzt darum, auf dem Balkan einen Präzedenzfall zu schaffen, um künftig kleinere Staaten nicht angreifen, sondern deren Grenzen auch im eigenen Sinne zurechtrücken zu können. Damit wurde aber die Büchse der Pandora geöffnet, Russland wusste diese Steilvorlage zu nutzen, indem es sich die westliche Argumentation zu Eigen machte und seinerseits auf nahezu dieselbe Weise versucht, Südossetien und Abchasien aus Georgien herauszubrechen - dies war eine sicherlich nicht beabsichtigt „Nebenwirkung“ des ganzen Unterfangens.

Was schließlich ganz sicher nicht beabsichtigt war, ist die Tatsache, dass es der Westen geschafft hat, nicht nur die serbische, sondern auch die kosovo-albanische Bevölkerung gegen sich aufzubringen. Ein deutlicheres Zeichen dafür, wie katastrophal die westliche Politik vor die Wand gefahren ist, kann es nur schwerlich geben. Die unglaubliche Dreistigkeit, mit der die Provinz unter dem Deckmantel einer „Unabhängigkeit unter internationaler Überwachung“ in ein neoliberales EU-Protectorat verwandelt wurde, sorgt für wachsenden Widerstand. NATO und EU reagieren hierauf, indem sie sich Hand in Hand verstärkt auf die Niederschlagung von Unruhen vorbereiten. Hierfür fanden zwischen Januar und März 2009 erstmals drei NATO-EU-Übungen statt, bei denen erstmals beide Organisationen die gemeinsame Aufstandsbekämpfung im Kosovo probten.

Kosovo: Anatomie einer westlichen Kolonie

Einen eigenständigen Staat Kosovo gab es nie und wird es in absehbarer Zeit auch nicht geben. Im Anschluss an den Angriffskrieg wurde die Provinz von der NATO-Truppe KFOR mit 50.000 Soldaten besetzt. Auch heute, mehr als zehn Jahre später, stellen immer noch knapp 15.000 Militärs (**Tabelle: Die KFOR im Kosovo**) sicher, dass die Geschichte der Provinz (aber auch der gesamten Region) den gewünschten Verlauf nehmen.

Letzten Endes sichert die NATO damit die Arbeit der Besatzungsbehörde ab, die von den Vereinten Nationen mit der UNMIK unmittelbar nach den Kampfhandlungen etabliert wurde. Der Wirtschaftshistoriker Hannes Hofbauer

weist in diesem Zusammenhang auf die Tragweite dieses Vorgangs hin: „Die UN-Mission ist in dieser Form einzigartig: noch nie in der neueren Geschichte hat es eine solche international getragene externe Verwaltung über ein Territorium



Treffen zwischen KPC und KFOR, Bild: KFOR

gegeben.“⁴ Die UNMIK wurde so zur ultimativen Autorität im Kosovo, indem sie Exekutive, Legislative und Judikative in sich vereinte.

Über bindende Verordnungen (regulations), denen faktisch Gesetzescharakter zukommt, wurde der gesamte Umfang der Kompetenzen der Besatzungsbehörde näher präzisiert. U.a. gönnte man sich damit das „Recht“, im Kosovo jedes Gesetz zu annullieren und jeden gewählten Beamten zu feuern. Weiter sah man sich befugt (bzw. ermächtigte sich selbst dazu), im Namen des Kosovo internationale Verträge abzuschließen und Niederlassungen mit Botschaftscharakter zu eröffnen. Schließlich wurde u.a. noch festgelegt, dass die westlichen Akteure nicht der kosovarischen (geschweige denn der serbischen) Rechtssprechung unterliegen. Sukzessive übernahm also die UNO somit alle relevanten exekutiven Funktionen und übte damit praktisch die vollständige Souveränität im Kosovo aus - und sie wusste diese Befugnisse zu nutzen, indem sie die Provinz nach neoliberalen Vorgaben komplett umkremelte.

Neoliberales Protektorat

Gleich zu Beginn der Besatzung zeigte sich, wohin die Reise gehen sollte, indem Serbien faktisch enteignet wurde: „Mit einer ersten Verordnung nach dem Einzug von KFOR und UNMIK vom 25. Juli 1999 beschlagnahmte der Hohe Repräsentant der UN-Mission, Bernard Kouchner, sämtliche beweglichen und

unbeweglichen Eigentumstitel der Bundesrepublik Jugoslawien, die sich im Kosovo befanden. Darunter waren Telekommunikationseinrichtungen, Infrastruktur, Energiewesen, Banken, Produktionsstätten, Immobilien, Fuhrparks und vieles mehr zu finden.“⁵

Nachdem zuvor am 2. September 1999 noch die Deutsche Mark als Währung eingeführt wurde,

schrub die „Provisorische Verfassung“ Anfang 2001 unmissverständlich die Einführung der freien Marktwirtschaft vor und übertrug dem „Hohen Repräsentanten“ die Verantwortung für die Geld- und Wirtschaftspolitik. Dass diese Verfassung in Form einer UNMIK-Verordnung (2001/9) der Bevölkerung ohne jegliche Absprache schlichtweg übergestülpt wurde, sagt eigentlich alles über die Machtverhältnisse in der Provinz aus.

Innerhalb der UNMIK war die Europäische Union für den Bereich „Wiederaufbau und ökonomische Entwicklung“ zuständig. Unter ihrer Ägide wurde aus dem Kosovo eine Art neoliberales Vorzeigeprojekt gemacht.⁶ Hierfür wurde die „Kosovo Trust Agency“ (bzw. nun vorrangig die „Kosovo Privatisation Agency“) per Dekret (Verordnung 2001/3) beauftragt, die vormals staatseigenen Betriebe und Genossenschaften zu privatisieren. In bislang 33 „Privatisierungswellen“, die letzt schwappte im Dezember 2008 über den Kosovo hinweg, wurde mittlerweile der Löwenanteil zu günstigen Preisen veräußert.⁷ Auch die Zölle wurden nach bekanntem Muster nahezu ebenso vollständig abgeschafft wie Mengenbegrenzungen für die Einfuhren westlicher Produkte. „Kosovo hat eines der liberalsten Handelsregime der Welt“, bilanziert die Weltbank, „mit zwei Zolltarifsätzen, einem 0%igen und einem 10%igen Tarif sowie ohne jede Mengenbeschränkungen.“ Die Folge dessen war ebenso absehbar wie beabsichtigt: „Massenhaft billige Einfuhren

KFOR Truppensteller

NATO

Belgien	209
Bulgarien	47
Kanada	7
Tschech. Republik	404
Dänemark	365
Estland	29
Frankreich	1774
Deutschland	2129
Griechenland	638
Ungarn	461
Italien	2019
Lettland	20
Litauen	36
Luxemburg	22
Niederlande	8
Norwegen	22
Polen	285
Portugal	255
Rumänien	148
Slowakei	141
Slowenien	283
Spanien	632
Türkei	537
Großbritannien	161
USA	1492

Nicht-NATO

Armenien	70
Österreich	674
Finnland	440
Irland	233
Marokko	235
Schweden	240
Schweiz	209
Ukraine	186

Stand: 14. Februar 2009 14411

überschwemmen den kosovarischen Markt.“ (S. 169) Da die einheimischen Betriebe (so es sie denn überhaupt noch gibt) der ausländischen Konkurrenz nicht gewachsen sind, kann sich eine kosovarische Industrie unter diesen Bedingungen nicht entwickeln: „Produziert wird beinahe nichts, der Industrieanteil am Bruttoinlandsprodukt ist laut dem kosovarischen Wirtschaftsinstitut ‚Riinvest‘ zwischen 1989 und 2006 von 47 auf 17% gesunken.“⁸ Hieraus resultiert ein eklatantes Handelsbilanzdefizit, im Jahr 2006 beliefen sich die Importe auf 1,25 Mrd. Euro, exportiert wurden lediglich Waren im Wert von 77 Mio. Euro. Nebenbei ging auch bspws. noch das Bankenwesen zu $\frac{3}{4}$ in ausländischen (deutschen, österreichischen und belgischen) Besitz über.

Auch hier liegt der Erfolg im Auge des Betrachters. Während die dem Kosovo aufgezwungenen Wirtschaftsstrukturen westlichen Konzernen zum Vorteil gereichen, sieht dies für die Bevölkerung natürlich genau andersherum aus. So haben die zahlreichen Privatisierungsrunden zu Massenentlassungen geführt, weshalb die Arbeitslosenquote nach offiziellen Angaben 42-50% beträgt (inoffizielle Schätzungen liegen mit 60-70% weit höher). Arbeiterrechte oder Gewerkschaften sind faktisch nicht existent und versucht sich eine Belegschaft mit Betriebsbesetzungen zu wehren, haben die westlichen Besatzer immer noch das Militär in der Hinterhand, um die Proteste wortwörtlich zu bekämpfen. So geschehen beispielsweise, als die Belegschaft versuchte, sich gegen den Verkauf der Trepca-Mine zu wehren, deren Wert allein auf ca. 5 Mrd. Euro geschätzt wird. Auf Anordnung des damaligen Hohen Repräsentanten und heutigen französischen Außenministers Bernard Kouchner wurde darauf hin die Mine im August 2000 von 3.000 KFOR-Soldaten gestürmt.

Es ist diese Wirtschaftspolitik, die maßgeblich für die verheerende soziale Lage im Kosovo verantwortlich ist. Laut Weltbank leben 45% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze (45€/Monat): „Rund 15% der Bevölkerung ist extrem arm, hat also Schwierigkeiten die Grundernährung zu sichern.“⁹ Die Gleichzeitigkeit von neoliberalen „Reformen“ und schreiender Armut ist deshalb beileibe kein

Zufall: „Kosova gilt zugleich als wirtschaftsliberalster Platz in Europa und als Armenhaus des Kontinents.“¹⁰

Sezession als Steilvorlage

Wiederholt wurde darauf hingewiesen (siehe AUSDRUCK Dezember 2007 und April 2008), dass die Abspaltung des Kosovo von Serbien gegen dessen erklärten Willen völkerrechtswidrig ist. Bis heute gilt die Resolution 1244 vom 10. Juni 1999, die Serbiens Unteilbarkeit unzweifelhaft festschreibt, eine andere Rechtsgrundlage liegt nicht vor. Dennoch erklärte sich der Kosovo am 17. Februar 2008 für unabhängig und wurde bereits kurz darauf zuerst von den USA und wenig später von Deutschland sowie zahlreichen anderen Staaten offiziell anerkannt.

Die Zerschlagung Serbiens gegen dessen erklärten Willen erfolgte somit ohne völkerrechtliche Grundlage, womit das staatliche Souveränitätsrecht und damit das Recht auf territoriale Unversehrtheit de facto außer Kraft gesetzt wurde. Hiermit hat die „internationale Gemeinschaft“ (sprich: der Westen) aller Wahrscheinlichkeit nach bewusst einen überaus gefährlichen Präzedenzfall geschaffen. Dies zeigte sich rasch anhand der Ereignisse in Georgien, als Süd-Ossetien und Abchasien sich nach der georgischen Aggression im Sommer 2008 lossagten und argumentierten, sie würden für sich lediglich dieselben Rechte reklamieren, die zuvor dem Kosovo zugebilligt wurden. Auch Russland nutzte die westliche Politik als Steilvorlage, indem es die beiden Provinzen umgehend unter Verweis auf den Präzedenzfall Kosovo anerkannte: „Der Kosovo hat damit im Kaukasus sein geopolitisches Gegenstück gefunden.“¹¹ Dem Bestreben der Großmächte, die Grenzen kleinerer Staaten im Konfliktfall nahezu beliebig im eigenen Sinne zurechtzurücken, wurde hierdurch Tür und Tor geöffnet. Die scharfen Drohungen gegen Russland, das lediglich die westliche Politik imitiert hatte, zeigen allerdings, dass der „Westen“ dieses Recht exklusiv für sich beansprucht.

Ahtisaaris „unabhängige“ Kolonie

Trotz der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo – und seiner Anerkennung durch zahlreiche Staaten – wird sich



Übung macht den Meister: Video einer NATO-EULEX-Übung zur Auflösung von Demonstrationen

am kolonialen Charakter der westlichen Präsenz auf absehbare Zeit nichts verändern. Grundlage für die fortgesetzte Fremdherrschaft, „Unabhängigkeit unter internationaler Überwachung“ genannt, bildet der so genannte Ahtisaari-Plan der EU: „Der von Moskau abgelehnte und im Sicherheitsrat nicht einmal zur Abstimmung gelangte Ahtisaari-Plan wurde – mit kleinen Abweichungen – am 9. April in 14 Kapiteln und 162 Artikeln als kosovarische Verfassung in Prishtine ratifiziert und trat am 15. Juni in Kraft. Kosovo Protektoratsstatus wird darin konstitutiv.“¹² Der Plan legt fest, dass die Kontrolle über die Provinz der Europäischen Union übertragen wird. Um die reibungslose Verwaltung ihrer frisch erworbenen Kolonie zu gewährleisten, entsendete die Europäische Union die EULEX-Mission, die gegenwärtig (Stand: 23. März 2009) aus knapp 1700 Beamte (Juristen, Zöllner und Polizisten) besteht, die von etwa 800 Kosovaren unterstützt wird.

Dem EU-Prokonsul wird im Ahtisaari-Plan weiterhin das Recht zugesprochen, jedes Gesetz zu annullieren und jeden kosovarischen Beamten (auch Minister) bei unbefugtem Benehmen zu feuern – ohne jede rechtliche Einspruchsmöglichkeit. Weiter kann der Hohe Repräsentant auch direkt zahlreiche Posten besetzen: „Der oberste Kolonialverwalter besitzt auch die vollständige Personalhoheit. So setzt er den Rechnungshofpräsidenten, den Direktor des nationalen Pensionsfonds, die internationalen Richter und Staatsanwälte, den Zolldirektor, den Leiter der Steuerbehörde, den Chef der Zentralbank [...] und viele andere ein.“¹³ Weiter wird festgelegt, dass der Kosovo erst dann die vollständige Unabhängigkeit erlangen wird, wenn er sich für eine Aufnahme in die Europäische Union „qualifiziert“ hat, worüber selbstredend wiederum die westlichen Besatzer entscheiden. Auch die Nationalhymne des „Landes“ ist so unverschämt wie symptomatisch: „Der Titel ‚Europa‘ für eine Hymne in einem Land, das von der Europäischen Union verwaltet wird, ist passend, wiewohl etwas zynisch ausgewählt.“¹⁴

Nicht weniger als acht Mal wird in der kosovarischen Verfassung Bezug auf den Ahtisaari-Plan genommen und in



Kapitel XIII schließlich explizit festgelegt: „Die Maßnahmen des umfassenden Vorschlags für das Übereinkommen zum Status des Kosovo vom 26. März 2007 haben Priorität über alle anderen Gesetzesmaßnahmen im Kosovo.“ Hierzu merkt Hofbauer an: „In verständlichen Worten: Der Ahtisaari-Plan [...] steht über der kosovarischen Verfassung.“ Vor allem im Wirtschaftsbereich hat man weiterhin nichts zu melden: Die Einführung der „freien Marktwirtschaft“ wird nochmalig als alternativlos vorgeschrieben (Kapitel I/Artikel 7), der Privatisierungsprozess fortgesetzt und auch auf das eigene Budget hat man keinerlei Einfluss: „Die frühere serbische Provinz [...] hat sich also die Überwachung der Budgetpolitik durch den EU-Kommissar und den IWF in ihre nationale Verfassung hineinschreiben lassen. Mehr Fremdherrschaft ist nicht möglich.“¹⁵ Kein Wunder also, dass die wirtschaftsliberale Politik auch nach der „Unabhängigkeit“ ungebremst ihre Fortsetzung fand: „Knapp sechs Monate nach der angeblichen Unabhängigkeit bekommt Kosova eine Flat-Tax. Die Regierung in Prishtina hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, den Steuersatz für Unternehmen von zwanzig auf zehn Prozent zu senken. Laut Lutfi Zharku, Minister für Handel und Industrie, wird auch die Einkommenssteuer herabgesetzt. Diese liegt nun zwischen 0 und 10 Prozent. Die Mehrwertsteuer wird hingegen von 15 auf 16 Prozent angehoben.“¹⁶

Widerstand und Aufstandsbekämpfung

Dass die serbische Bevölkerung des Kosovo die westlichen Besatzer als Feinde betrachtet und auf die Barrikaden geht, ist angesichts der dortigen Vorgänge nicht weiter verwunderlich. Gegen die selbstherrliche Politik der westlichen Akteure regt sich mittlerweile jedoch auch innerhalb der kosovo-albanischen Bevölkerung Widerstand. Schon im Juli 2004 machten 75% der Kosovo-Albaner die Besatzungsbehörden direkt für die miserable wirtschaftliche Situation verantwortlich. Vor allem die Gruppe Vetevendosje kritisiert die westliche Kolonialverwaltung und ihre wirtschaftsliberale Ausrichtung.¹⁷ Bei den zunehmenden Massenprotesten kam es bereits zu vielen Verletzten und teils sogar schon zu Todesopfern.

Auch in dieser Hinsicht ist der Kosovo leider typisch. Denn nicht nur dort spitzen sich die Konflikte in jüngster Zeit massiv zu, weshalb die USA und die EU-Staaten regelrecht gezwungen sind, enger bei der Niederschlagung von Aufständen zusammenzuarbeiten. Schon im Herbst 2008 unterzeichneten die USA und die EU hierfür ein Abkommen, mit dem sich die USA an der EU-Mission EULEX im Kosovo beteiligt. In einer EU-Presserklärung wird dabei explizit auf den bahnbrechenden Charakter der Vereinbarung hingewiesen: „Hierbei handelt es sich um einen besonderen Fall, bei dem die Vereinigten Staaten an einer zivilen Mission der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik teilnehmen.“¹⁸ Dies war bislang absolut unüblich und ist hier erstmals der Fall.

So verwundert es auch nicht, dass NATO (KFOR) und EU (EULEX) sich gegenwärtig akribisch darauf vorberei-

ten, künftige Proteste effektiv bekämpfen zu können. Hierfür fanden im Januar, Februar und März 2009 Übungen statt, in denen KFOR und EULEX erstmals Hand in Hand gemeinsam die Niederschlagung eines Aufstands („crowd and riot control“) probten. Dass man mittlerweile wirklich auf keiner Seite mehr Freunde hat, zeigen auch die den Übungen zugrunde liegenden Szenarien – in einem rüstet man sich gegen kosovo-albanische Proteste, im anderen gegen solche der serbischen Bevölkerung.

Die Übung im Januar, an der mehrere hundert Soldaten und Polizisten teilnahmen, war an die Unruhen im März 2008 im mehrheitlich von Serben bewohnten Nordteil Mitovicac angelehnt, als 500 Einsatzkräfte ein besetztes UN-Gerichtsgebäude stürmten und dabei Tränengas und Blendgranaten einsetzten. In einem Soldatenblog findet sich folgende Beschreibung des NATO-EU-Manövers: „Das Szenario war eine Großdemonstration mit gewalttätigen Ausschreitungen und Übergriffen auf die Polizei, wie sie im Kosovo bislang vorkamen. Nachdem seit Dezember die EULEX die Verantwortlichkeit in einer Assistenzfunktion übernommen hat und das EULEX-Mandat gilt, das den kosovarischen Behörden die Verantwortlichkeiten in erster Linie überlässt, war auch der Übungsablauf der Mandatslage angepasst. Erst als die Kosovo Police von Umfang und Intensität der Lage ‚überfordert‘ war, kamen (second line) EULEX-Kräfte der Special Police als Unterstützung zum Einsatz, als auch für die Kosovo Police Units und die EULEX-Police die Situation nicht zu bewältigen war, wurden (third line) KFOR Einheiten angefordert, die per Lufttransport heran geführt wurden und ins Geschehen eingriffen, so dass die Situation im Griff zu bekommen war.“¹⁹

Die zweite Übung fand Ende Februar statt und zielte augenscheinlich auf den kosovo-albanischen Bevölkerungsteil. Auf der Homepage des österreichischen Heeres wird das Szenario dieses beschönigend als „Ordnungseinsatz“ bezeichneten Manövers folgendermaßen wiedergegeben: „Eine unangekündigte aggressive Demonstration vor einem Kloster war Ausgangspunkt des Szenarios. In Zusammenarbeit mit der Kosovo-Polizei wurde versucht, die Demonstranten zu beruhigen. Diese wurden jedoch immer gewalttätiger und weigerten sich, sich zurück zu ziehen. Die vor Ort eingesetzten KFOR-Kräfte der Multinationalen Task Force Süd forderten daher Verstärkung an. Zusätzliche Soldaten wurden in mehreren Luftlandungen mit Hubschraubern herangeflogen. Zwei Militärhundeführer und ihre speziell ausgebildeten Diensthunde wurden ebenfalls eingeflogen, um bei einer weiteren Eskalation bereitzustehen. Durch die Verstärkung aus der Luft wurden die aggressiven Demonstranten unter Kontrolle gebracht.“²⁰ Über eine dritte für den 13. März vorgesehene Übung war bislang noch nichts Näheres in Erfahrung zu bringen. Aus einer EULEX-Vorankündigung geht jedoch hervor, dass sie im Wesentlichen den beiden vorherigen geähnelt haben dürfte.²¹

In gewisser Weise ist diese Vorbereitung auf die Aufstandsbekämpfung auf traurige Weise folgerichtig und konsequent. Da man offensichtlich nicht gewillt ist, den Menschen eine soziale Perspektive zu geben, bleibt den Besatzern letztlich nur der Rückgriff auf Gewalt – im Kosovo und anderswo.

Anmerkungen:

- 1 Klein Naomi: Die Schickstrategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus, Frankfurt 2009, S. 457f. Hervorhebung JW.
- 2 Naumann, Klaus: Der Gewalt nicht nachgeben. Erfahrungen aus dem Kosovo-Einsatz, in: Truppenpraxis, Wehrausbildung, 11/99, S. 732-742, S. 736.
- 3 Independent International Commission on Kosovo, Kosovo Report 2000.
- 4 Hofbauer, Hannes: Experiment Kosovo. Die Rückkehr des Kolonialismus, Wien 2008, S. 116.
- 5 Ebd., S. 160.
- 6 Vorbildcharakter hatten die Wirtschaftsreformen im Übrigen auch dahingehend, dass sie nahezu in identischer Form später dem Irak und Afghanistan verordnet wurden.
- 7 Privatisation Agency of Kosovo, URL: <http://www.pak-ks.org/?id=59>
- 8 Hofbauer 2008, S. 168.
- 9 World Bank: Kosovo Poverty Assessment Report, URL: <http://tinyurl.com/c2pngc>
- 10 Hofbauer 2008, S. 167.
- 11 Ebd., S. 221.
- 12 Ebd., S. 231.
- 13 Ebd., S. 240.
- 14 Ebd., S. 218.
- 15 Ebd., S. 183.
- 16 Sadiku, Agron: Kosova - Die Flat-Tax begünstigt nur die Reichen, Kosova aktuell, 29.07.2008.
- 17 Allein deshalb in Vetevendosje eine linke, progressive Kraft zu sehen, wie es teilweise geschieht, ist zumindest umstritten. So gibt es durchaus kritische Stimmen, die dies in Frage stellen. Vgl. etwa Oschlies, Wolf: Albin Kurti: Mit wohlbekannten Methoden auf dem Weg nach Groß-Albanien, in: Eurasisches Magazin, 30.07.2006.
- 18 Joint Press Statement by the United States of America and the European Union on US participation in the EULEX mission in Kosovo, Council of the European Union, Brussels, 22 October 2008, 14619/08 (Presse 295).
- 19 Erste KFOR-EULEX Übung - ein reales Szenario, <http://tinyurl.com/c5j8kq>; Ein Video der Übung findet sich hier: <http://www.eulex-kosovo.eu/?id=29&v=14>; Vgl. für die Beschreibung der KFOR: „Great Coordination“ in the First-ever Joint Kosovo Force (KFOR) – European Union Rule of Law Mission in Kosovo (EULEX) Exercise, NATO, 27.01.2009: <http://www.nato.int/kfor/docu/inside/2009/01/i090127a.htm>
- 20 KFOR übt Ordnungseinsatz - Crowd and Riot Control, Österreichisches Bundesheer, 25.02.2009, <http://www.bundesheer.at/ausle/kfor/artikel.php?id=2740>
- 21 „Die dritte und letzte dieser Serie an Übungen wird am 13. März stattfinden, wo das Szenario sein wird, dass die Kosovo-Polizei, unterstützt von EULEX-Polizeispezialeinheiten [sprich Paramilitärs] eine Situation öffentlicher Unruhe kontrolliert und sich die KFOR darauf vorbereitet, die Situation zu übernehmen, sollte die Lage außer Kontrolle geraten.“ Vgl. EULEX and KFOR train at Camp Vrello, EULEX, 27.02.2009, <http://tinyurl.com/dmcwfs>

Militarismus und Antimilitarismus: Immer zuerst und zentral gegen die „eigene“ Regierung!

von Tobias Pflüger

Obwohl mittlerweile mehr als hundert Jahre seit der Veröffentlichung von Karl Liebknechts Schrift „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung (1907)“ vergangen sind, ist sein Werk bedrückend aktuell, sowohl was seine politischen als auch analytischen Kernaussagen anbelangt. Für Liebknecht erfüllt die „Armee der kapitalistischen Gesellschaftsordnung [...] einen doppelten Zweck.“ Sie ist nicht nur das zentrale Mittel zur Durchsetzung kapitalistischer Expansionsbestrebungen, sondern Liebknecht hat wie kaum ein anderer auch auf ihre Funktion zur Aufrechterhaltung der Ausbeutungsstrukturen innerhalb der kapitalistischen Staaten aufmerksam gemacht.

Aufgrund der zentralen Bedeutung des Militärs gab sich Liebknecht keinen Illusionen hin, dass jeglicher Widerstand von Seiten der Herrschenden mit brutaler Repression beantwortet würde: „Natürlich ist diese Empfindlichkeit gegen den Antimilitarismus ebenso international wie der Kapitalismus und wie der Militarismus; und die Reaktionen gegen die antimilitaristische Betätigung sind allenthalben, wie in andern Zusammenhang gezeigt, schroff und brutal.“ Liebknecht musste dies selbst schmerzlich am eigenen Leib erfahren: Unmittelbar nach dem Erscheinen von „Militarismus und Antimilitarismus“ wurde er des Hochverrats für schuldig befunden und anschließend achtzehn Monate inhaftiert. Liebknecht blieb jedoch bei seiner bis heute wichtigen Haltung, dass Antimilitarismus und Antikapitalismus zwei Seiten derselben Medaille sind, weshalb es in der Kriegsfrage zu keinerlei Kompromissen kommen kann und darf. Aus diesem Grund stimmte er am 2. Dezember 1914 auch als einziger Abgeordneter gegen die Bewilligung der Kriegskredite. Nicht zuletzt aus Respekt davor, dass Liebknecht (wie auch Rosa Luxemburg) seine konsequente Haltung im Januar 1919 mit dem Leben bezahlen musste, sollten wir dafür sorgen, dass seine politischen und analytischen Überlegungen zu Militarismus und Antimilitarismus nicht in Vergessenheit geraten und in unsere heutige Arbeit einfließen.

Die Doppelfunktion des Militärs: Raub im Äußeren...

„Sie [die Armee] ist zuvörderst eine nationale Einrichtung, bestimmt zum Angriff nach außen oder zum Schutz gegen eine Gefährdung von außen, kurzum bestimmt für internationale Verwicklungen oder, um ein militärisches Schlagwort zu gebrauchen, gegen den äußeren Feind.“ Liebknecht sah dabei in den ökonomischen Rivalitäten der kapitalistischen Mächte die wichtigste Triebfeder von Kriegen und Konflikten: „Wir wissen, daß diese Spannung eine notwendige Folge der sich verschärfenden wirtschaftlichen Konkurrenz Englands und Deutschlands auf dem Weltmarkt ist, also eine direkte Folge der zügellosen kapitalistischen Entwicklung und internationalen Konkurrenz.“

Auch heute sind ähnliche Tendenzen zu beobachten. Neue Akteure sind auf den Plan getreten, die die westliche Dominanz mittlerweile teils offen in Frage stellen. Als Resultat beobachten wir derzeit eine massive Verschärfung der Konflikte zwischen den NATO-Staaten und Russland (sowie China). Um für diese Auseinandersetzung buchstäblich gerüstet zu sein, wird die NATO derzeit für diesen von vielen Kommentatoren bereits als Neuer Kalter Krieg bezeichneten Konflikt in Stellung gebracht: NATO-Raketenschild, Expansion in den postsowjetischen Raum, globale Interventionsausrichtung, etc.

Nicht nur um sich die für diese Auseinandersetzung notwendigen Ressourcen zu verschaffen, sondern auch um die Profitinteressen ihrer Konzerne zu bedienen, setzen die westlichen Staaten – auch dies hat sich leider nicht verändert – auf offenen Raub oder um eine heute geläufigere Formulierung zu wählen, auf „Akkumulation durch Enteignung“ (David Harvey). Bosnien, Kosovo, Afghanistan, Irak: Auf brutale Weise werden mehr und mehr Länder angegriffen und im Zuge der anschließend als „Stabilisierungseinsätze“ getarnten Kolonialbesetzungen schamlos ausgeplündert – unter fadenscheinigen Begründungen und auf Kosten unzähliger Opfer. Liebknecht geißelte bereits vor mehr als 100 Jahren eine solche Kolonialpoli-



Liebknecht-Gedenkstein in Ilmenau

tik, „die unter der Vorspiegelung, Christentum und Zivilisation zu verbreiten oder die nationale Ehre zu wahren, zum Profit der kapitalistischen Kolonialinteressen mit frommem Augenaufschlag wuchert und betrügt, Wehrlose mordet und notzüchtigt, den Besitz Wehrloser sengt und brennt, Hab und Gut Wehrloser raubt und plündert, Christentum und Zivilisation höhnt und schändet.“

Präziser lässt sich auch heute kaum beschreiben, was die „humanitären“ Interventionen des Westens in Wirklichkeit anrichten: Im Irak marschierten die USA (unterstützt von zahlreichen weiteren Ländern) unter einer – offensichtlich an den Haaren herbeigezogenen – Begründung ein und versuchen nun auf Biegen und Brechen mit dem in Washington geschriebenen irakischen Ölgesetz eine der größten Enteignungsaktionen der jüngeren Geschichte durchzudrücken. Bereits im Juni 2003 kündigte der damalige US-Verwalter des Irak, Paul Bremer, eine „Schocktherapie“ an, in deren Folge die irakische Wirtschaft mit verschiedensten Erlassen entlang neoliberaler Vorgaben umgekrempelt wurde. Seither wird versucht, alles was nicht niert und nagelfest ist, zu privatisieren. Weit über Hunderttausend US-Soldaten (und bis zu 200.000 Söldner) sichern diesen Raub ab, der unterschiedlichen Schätzungen zufolge zwischen 500.000 und 1 Million irakischen Menschen das Leben gekostet hat. Das Land wird auch in Zukunft eine US-Kolonie bleiben.

Entgegen der allgemeinen Wahrnehmung hat der neue US-Präsident Barack Obama keineswegs die Absicht, die amerikanischen Truppen aus dem Irak komplett abzuziehen. Vielmehr will er auch künftig US-Truppen im Land stationiert lassen: „Dies [die versprochene Truppenreduzierung] würde im Sommer 2010 abgeschlossen sein. [...] Nach dieser Restrukturierung würden wir eine Kerntruppe (residual force) für bestimmte Aufgaben im Irak belassen: für das Vorgehen gegen die Reste von Al-Kaida; den Schutz unserer Dienstleister und Diplomaten; und die Ausbildung und die Unterstützung der irakischen Sicherheitskräfte, so lange, bis die Iraker Fortschritte machen.“ Über die genaue Größe dieser „Kerntuppe“, die man auch als „Restbesatzung“ bezeichnen könnte, schweigt sich Obama zwar aus. Lediglich bei einer Senatsanhörung machte er vage Andeutungen, dass er dabei etwa 30.000 Soldaten im Auge hat. Sein Verteidigungsminister Robert Gates ließ im Dezember 2008 in einem Interview mit der Washington Post die Katze aus dem Sack: 40.000 US-Soldaten sollen „für Jahrzehnte“ im Irak stationiert bleiben. Auch von einem Rückzug der bis zu 200.000 im Irak operierenden Söldner, die meisten davon sind als Subunternehmer des Pentagon unterwegs, ist nirgends die Rede. So bleibt von dem vollmundig versprochenen Abzug aus dem Irak in der Praxis kaum mehr etwas übrig.

Nicht besser sieht es in Afghanistan aus, wo mittlerweile mehr als 50.000 NATO-Soldaten, 4.500 davon aus Deutschland, stationiert sind. Auch sie sichern eine nach der Militärintervention Ende 2001 installierte Marionettenregierung ab, die seither willfährig wirtschaftsliberale

„Reformen“ einleitet. Gleichzeitig verschwindet ein Großteil der westlichen Hilfsgelder – so sie denn nicht sofort zur Bekämpfung des Widerstands zweckentfremdet werden – direkt in die Taschen westlicher Konzerne: „Afghanistan Inc.“ nennt die afghanische Politikwissenschaftlerin Fariha Nawa die traurige Realität des westlichen „Wiederaufbaus“ ihres Landes. Als Resultat hat sich die humanitäre Lage in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert: 61% der Bevölkerung ist chronisch unterernährt, 68% verfügen über keinen Zugang zu Trinkwasser. Dies verschafft dem Widerstand regen Zulauf, darauf reagiert die NATO mit einer weiteren Eskalation ihrer Kriegsführung. Mit einem Stabilisierungseinsatz hat der NATO-Krieg beileibe nichts mehr gemein, selbst die der Bundesregierung zurarbeitende Stiftung Wissenschaft und Politik räumt ein, mittlerweile stehe der „Operationsschwerpunkt Aufstandsbekämpfung“ im Zentrum der Planungen.

Auch die verschiedenen EU-Interventionen in der Demokratischen Republik Kongo zielen auf den Raub der zahlreichen Rohstoffe des Landes. Ganz offen wurde von der EU-Kommission und insbesondere von dem belgischen EU-Entwicklungskommissar Louis Michel der kongolische Autokrat Joseph Kabila bei den Wahlen 2006 unterstützt. Um sicherzustellen, dass er auch wirklich als Sieger hervorging, wurde eine mehr als 2000 Mann starke EU-Truppe entsandt. Die „Absicherung der freien Wahlen“, wie seinerzeit die Bundeswehr den Zweck des Einsatzes beschrieb, war dabei der Vorwand, um die europäische Position im Kampf um die Rohstoffe des Landes gegenüber anderen Konkurrenten zu verbessern, wie Ex-Verteidigungsstaatssekretär Walter Stützle unverhohlen einräumte: „Im Kongo ist das Problem, dass der Öffentlichkeit von der Bundeskanzlerin nicht gesagt worden ist, worum es eigentlich geht. Das konnte man in Paris sehr deutlich hören. In Paris hat man gehört, wir können Afrika nicht China und den Vereinigten Staaten überlassen, Punkt! [...] Da man das aber [in Deutschland] eigentlich nicht sagen wollte, hat man dann die Erfindung mit der Wahl gemacht.“

Im Kongo sind mittlerweile nahezu alle Bodenschätze und Reichtümer des Landes mit Hilfe des Präsidenten Kabila für ein Butterbrot an ausländische Konzerne verscherbelt worden. Allerdings ging der Löwenanteil davon bislang an den EU-Konzernen vorbei, wie Manfred Eisele, bis 1998 General bei der Bundeswehr und heute Beigeordneter des Generalsekretärs der Uno für die Planung und Unterstützung von Uno-Einsätzen, bemängelt. Nun, nachdem sich die EU militärisch so stark in dem Land engagiert habe, müssten die Konzessionen „gerechter“ verteilt werden: „Langfristig werden sicherlich auch europäische Interessen an der Lieferung von Rohstoffen aus einem stabilen Kongo auf der Tagesordnung stehen. [...] ‚Phelps Dodge‘ zum Beispiel hat womöglich den größten Reibach gemacht, als sie sich unmittelbar von Kabila eine Konzession zum Abbau der größten Kupferreserven der Welt für nicht mal ‚nen Appel und ein Ei geben ließen. [...] Dafür dürfen sie so viel abbauen,

wie 50 Jahre lang für die Sicherung des Staatshaushaltes des Kongo nötig wäre. Das wird vor internationalen Gremien neu zu verhandeln sein.“ Auch die jüngsten Debatten um eine neuerliche Entsendung von EU-Soldaten in den Ostkongo sind auch im Kontext der Konkurrenz um die dortigen Rohstoffvorkommen zu sehen. Es geht darum, wer wieviel vom Kuchen abbekommt, wodurch aber die kongolesische Bevölkerung weiterhin bettelarm bleiben wird.

Wie unmittelbar der Zusammenhang zwischen kapitalistisch-neoliberaler Weltwirtschaftsordnung und Militäreinsätzen ist, zeigt ein letztes Beispiel: Als Somalia in den 80er Jahren durch Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds (IWF) zur Übernahme neoliberaler Politiken gezwungen wurde, brach der Staat in der Folge zusammen. Staatsangestellte konnten nicht mehr entlohnt werden, weshalb u.a. die Küstenwache entlassen wurde. Dies hatte zur Folge, dass vor allem europäische Fischfangflotten die Region leer fischten und den somalischen Fischern die Lebensgrundlage entzogen. Aus diesen zwei Gruppen – ehemalige Angestellte der Küstenwache und verarmte Fischer – setzt sich ein Großteil der nun in den Blick der Öffentlichkeit geratenen Piraten zusammen, die am Horn von Afrika Schiffe aufbringen (und damit aus westlicher Sicht den freien Warenverkehr gefährden). Anstatt aber die Ursachen des Phänomens anzugehen, entsendete die Europäische Union Ende 2008 im Rahmen der ATALANTA Mission Kriegsschiffe in die Region, um das Problem wortwörtlich zu bekämpfen: „Die Debatte über die Reaktion auf die Piraterie am Horn von Afrika in Deutschland ist leider wieder ein Ausdruck des militarisierten Denkens und Handelns deutscher Politiker. Anstatt sich mit den wirtschaftlichen und politischen Ursachen der Piraterie zu befassen, geht es ausschließlich um die militärische Absicherung deutscher und europäischer Wirtschaftsinteressen“, so Wolfgang Heinrich, Experte des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) für das Horn von Afrika.

... und Repression im Inneren

Die überwiegende Mehrheit der Weltbevölkerung hat von den Kriegen der Obrigkeit nichts Positives zu erwarten, im Gegenteil – auch hieran ließ Liebknecht keine Zweifel aufkommen: „Das Proletariat der gesamten Welt hat von jener Politik, die den Militarismus nach außen notwendig macht, keinen Nutzen zu erwarten, seine Interessen widersprechen ihr sogar auf das aller-schärfste. Jene Politik dient mittelbar oder unmittelbar den Ausbeutungsinteressen der herrschenden Klassen des Kapitalismus. Sie sucht der regellos-wilden Produktion und der sinnlos-mörderischen Konkurrenz des Kapitalismus mit [mehr] oder weniger Geschick über die Welt hinaus den Weg zu bereiten.“

Nicht zuletzt hat dieser Militarismus auch gravierende soziale Folgen im Inneren. Während die Sozialleistungen in den letzten Jahren in nahezu allen westlichen Staaten massiv zurückgefahren werden, erleben wir gleichzeitig einen regelrechten Rüstungsboom. So ist zwar die genaue Bestim-

mung der US-„Verteidigungs“ausgaben eine Wissenschaft für sich, da zahlreiche Posten wie etwa die Kosten für die Kriege im Irak und in Afghanistan (aber auch vieles andere), überhaupt nicht im offiziellen Etat aufgeführt werden. Allein der offizielle Haushalt hat aber mit 547 Mrd. Dollar im Jahr 2007 mittlerweile gigantische Dimensionen angenommen. Ähnlich verhält es sich in der Europäischen Union, deren Mitgliedstaaten inzwischen über 200 Mrd. Euro für Rüstung ausgeben, mit steigender Tendenz. Dazu kommt, dass der bisher zivile EU-Haushalt immer mehr zum Steinbruch für die Waffenträume von Militärs und Rüstungslobbyisten wird. So wird etwa das zunehmend militärisch relevante Galileo-Satellitensystem aus dem EU-Agrar- und Transporthaushalt bezahlt. Und diese Entwicklung schreitet mit „Lichtgeschwindigkeit“ (Solana) voran. 2007 wurden die ersten EU-Schlachtgruppen (Battlegroups) in Dienst gestellt. Dazu kommt die Aufstellung einer Schnellen Eingreiftruppe im Umfang von 60.000 Mann, berücksichtigt man die hierfür notwendige Reserve bedeutet die eine Gesamtgröße von etwa 180.000 Soldaten.

Da auch in Deutschland immer mehr Menschen im Zuge der Agenda 2010 verarmen und gerade Jugendliche angeben, sie müssten sich bei der Bundeswehr verpflichten, um die Kriege der Reichen zu führen, da sie keine andere Perspektive auf dem zivilen Arbeitsmarkt sehen, wächst das innenpolitische Konfliktpotenzial massiv an. So besteht eine zweite zentrale Funktion des Militärs darin, falls erforderlich, politische Unruhen im Keim zu ersticken, wie schon Liebknecht betonte: „Der Militarismus ist aber nicht nur Wehr und Waffe gegen den äußeren Feind, seiner harret eine zweite Aufgabe, die mit der schärferen Zuspitzung der Klassengegensätze und mit dem Anwachsen des proletarischen Klassenbewusstseins immer näher in den Vordergrund rückt, die äußere Form des Militarismus und seinen inneren Charakter immer mehr bestimmend: die Aufgabe des Schutzes der herrschenden Gesellschaftsordnung, einer Stütze des Kapitalismus und aller Reaktion gegenüber dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse.“

Hierin besteht also die „doppelte Funktion“ des Militärs: es soll die bestehenden Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse sowohl im Äußeren, aber eben auch im Inneren durchzusetzen und absichern. „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“, war schon das Credo der Monarchisten im 19. Jahrhundert und auch heute werden Panzer gegen demokratische Proteste aufgeföhren wie etwa beim G8-Gipfel in Heiligendamm. Ein Beitrag in der Zeitschrift „griephan global security“ (Herbst 2007), die gegenwärtig versucht, sich als Zentralorgan an der Schnittstelle zwischen Sicherheitspolitik und Wirtschaft zu etablieren, bringt die diesbezüglichen Gedankengänge der Herrschenden überdeutlich auf den Punkt: „Zur Zeit ist eines der größten Risiken, dass die gegenwärtig Ausgeschlossenen irgendwann Gehör finden und ihren Einfluss dann auf nationaler Ebene wieder geltend machen. Daraus entsteht sowohl für globale Unternehmen als auch für Investoren eine Herausforderung: Wie

schützt man globale Unternehmensstrukturen in einer Zeit, wo sich das ‚Länderrisiko‘ im weitesten Sinne verschärft? Unternehmen müssen [sich] gegen politische und soziale Unruhen in den Nationalstaaten sichern.“

Doch die Kriegspolitik der Herrschenden hat gerade hier in Deutschland abgewirtschaftet, immer größere Teile der Bevölkerung lehnen die Auslandseinsätze der Bundeswehr ab. Es ist davon auszugehen, dass bei künftigen Kriegen die Diskrepanz zwischen politischer Klasse und Bevölkerung immer größer werden wird. Es kommt nun darauf an, diese Abneigung gegen Militäreinsätze in einen generellen Widerstand gegen Krieg und Kapitalismus umzumünzen. Denn nur dann kann gegen die kommenden Kriege Erfolg versprechend gehandelt werden.

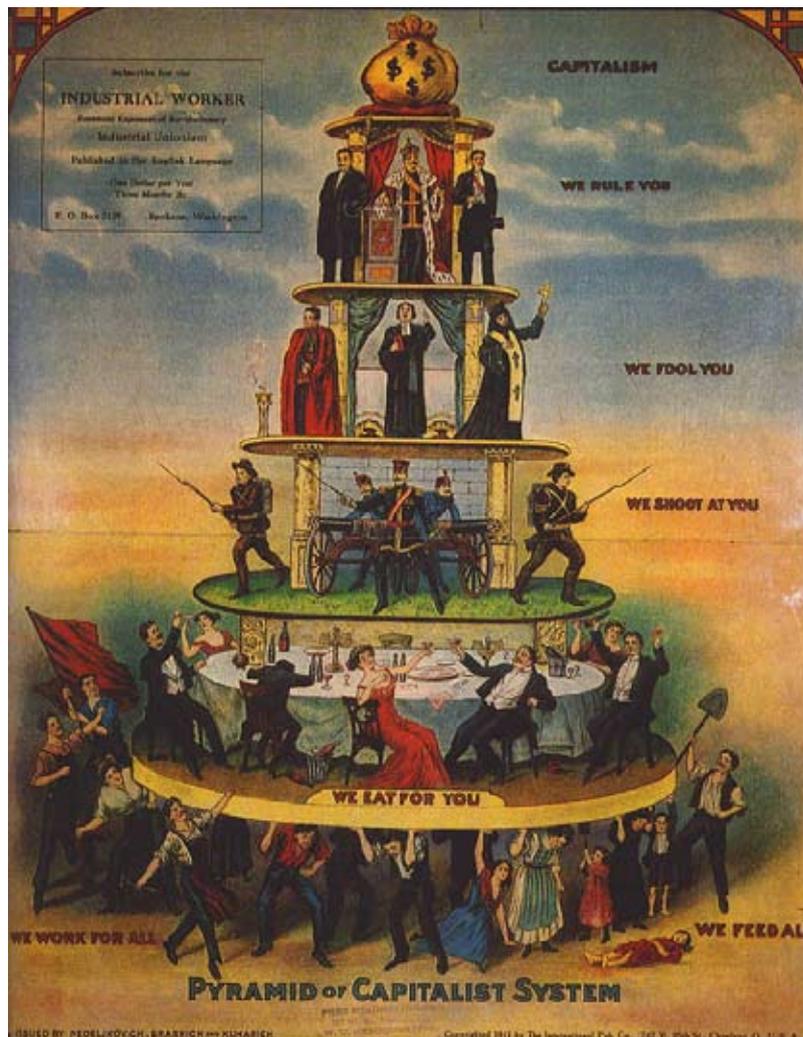
Antimilitarismus und Antikapitalismus: Zwei Seiten derselben Medaille

„Das letzte Ziel des Antimilitarismus ist die Beseitigung des Militarismus, das heißt: Beseitigung des Heeres in jeder Form“, so Liebknecht, der immer wieder die besondere Bedeutung des Antimilitarismus betont hat, den er als untrennbaren und zentralen Bestandteil des Antikapitalismus erachtete: „Wir sind Antimilitaristen als Antikapitalisten.“ Hierbei handelt es sich um eine zentrale Aussage. Die Zustimmung zu Kriegseinsätzen war schon im ersten Weltkrieg der entscheidende Grund für den Bruch in der Sozialdemo-

kratie und für die Gründung von USPD, Spartakusbund und KPD. Auch heute gilt, wer sich für Kriegseinsätze ausspricht, kann nicht glaubhaft für sich reklamieren, politisch links zu stehen.

Gerne wird auch der Versuchung erlegen, die „Schuld“ an Krisen und Konflikten anderen in die Schuhe zu schieben: wie schnell ist man etwa in Deutschland bereit, alle Probleme der Welt auf die Politik der Vereinigten Staaten zurückzuführen, die eigene Regierung aber geflissentlich von jeglicher Verantwortung freizusprechen. Auch hier bleiben Liebknechts eindeutigen Aussagen von bleibender Bedeutung. Im Mai 1915, mitten im Ersten Weltkrieg, erschien sein berühmtes Flugblatt, in dem er den Gegner für die hiezulande lebenden Menschen klar und deutlich benannte: „Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen Lande gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampf, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht.“

Dies - immer zuerst und zentral gegen die „eigene“ Regierung - ist ein grundlegender Ansatz, den es bei allen politischen Aktivitäten zu bedenken gilt.



TOBIAS PFLÜGER, MdEP

AUSSCHÜSSE

- Mitglied im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (AFET)
- Mitglied im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung (SEDE) dort
- Obmann für die Linksfraktion (GUE/NGL)
- Stellvertretendes Mitglied im Entwicklungsausschuss (DEVE)

DELEGATIONEN

- Erster Vizepräsident in der Delegation für die Beziehungen zu den Golfstaaten und Jemen.
- Stellvertretendes Mitglied der Delegation für die Beziehungen zum Iran.
- Mitglied der Delegation für die Beziehungen zur Parlamentarischen Versammlung der NATO.

INTERPARLAMENARISCHE GRUPPEN

- Co-Präsident der Intergruppe „Friedensinitiativen“

ARBEITSSCHWERPUNKTE

Lissabon-Verfassungsvertrag, Außen- und Militärpolitik der Europäischen Union, Friedenspolitik, Antifaschismus, Asyl- und Migrationspolitik und Anti-Atompolitik.
Ansprechpartner für Die LINKE Landesverbände Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und Saarland.

